ALFRED KLAHR GESELLSCHAFT
MITTEILUNGEN

26. Jg. / Nr. 2
Juni 2019

Preis: 1,50 Euro

# „dachaureif“

## Die Deportation österreichischer Kommunisten mit dem „Prominententransport“ in das KZ Dachau am 1. April 1938

CLAUDIA KURETSIDIS-HAIDER

In den Abendstunden des 1. April 1938 verließ ein Personenzug in Richtung München den Wiener Westbahnhof. In den Abteilen und Großraumwaggons saßen 150 Männer – zusammengepfercht und gezeichnet von Misshandlungen. Es handelte sich dabei um den ersten Massentransport von Österreichern, die in das Konzentrationslager Dachau deportiert wurden.

Der damalige Referent der Arbeiterkammer und spätere Wiener Kulturstadtrat Viktor Matejka schildert die Abfahrt in seinen Erinnerungen: „Die SS-Stiefel halfen nach. ‚Rein in die Wagons!‘ ‚Seid ihr Hunde noch nicht drin!‘ Gewehrkolben sausten auf Köpfe. Jeder bekam seinen Sitzplatz zugewiesen, in alphabetischer Reihenfolge. Die einen waren in die kleinen Abteile gepfercht, die anderen in die großen Räume. [...] Der Posten stand vor der Tür. Es begann eine ‚Spezialbehandlung‘. Sie bestand aus einer Unzahl von Ohrfeigen, stundenlangem Ins-Licht-Starren, Kniebeugen, Fußtritte Gebrüll, blutige Gesichter, Gewehrkolben in die Zähne. Um 10 Uhr nachts setzte sich der Zug in Bewegung.“[1]

Die größte Gruppe dieses ersten Österreicher-Transports nach dem „Anschluss“ im März 1938 bildeten Funktionäre der Dollfuß-Schuschnigg-Diktatur, Angehörige des austrofaschistischen Polizei- und Justizapparats und des Bundesheeres sowie NS-Gegner aus den Bereichen Kunst, Medien und Wissenschaft. Aus diesem Grund bürgerte sich später der Begriff „Prominententransport“ ein. Die Häftlinge des ersten Dachau-Transports waren teilweise bereits in der Nacht vom 11. auf den 12. März 1938 von lokalen illegalen Nationalsozialisten festgenommen worden. Diese Verhaftungswelle erreichte ihren ersten Höhepunkt noch bevor deutsche Wehrmachtsverbände die österreichische Grenze überschritten hatten. Schon in den frühen Morgenstunden des 12. März waren deutsche Polizeikräfte unter der Führung von Reichsführer SS Heinrich Himmler mit dem Flugzeug in Aspern (heute Wien-Donaustadt) gelandet. HistorikerInnen schätzen, dass innerhalb der ersten sechs Wochen zwischen 50.000 und 76.000 Menschen inhaftiert wurden.[2] Bis Monatsende wurde aus den bis dahin Verhafteten eine Liste von 150 Personen zusammengestellt, die im Polizeigefangenenhaus Rossauer Lände an der Elisabethpromenade im 9. Bezirk (im Volksmund „Liesl“ genannt) konzentriert und am Abend des 1. April zum Westbahnhof gebracht wurden.

Auffallend ist, dass sich kein führender KPÖ-Funktionär im ersten Dachau-Transport befand und der Anteil der Kommunisten weitaus geringer war als später, als sie die größte Häftlingsgruppe unter den politischen Gefangenen stellten. Erst am 27. September 1938 ordnete der Chef des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS Reinhard Heydrich an, dass der „präventiven Bekämpfung des Kommunismus und des Marxismus ganz besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden ist“.[3]

### Erich Fein

Von den 149 Gefangenen des ersten Dachau-Transports waren lediglich 14 (also knapp zehn Prozent) vor 1938 Mitglied der (illegalen) KPÖ gewesen, zwei weitere – der Wiener Kulturstadtrat Viktor Matejka und der Leiter des Bezirkspolizeikommissariats Wien-Margareten Viktor Benda – traten erst nach der Befreiung Österreichs im Jahr 1945 der KPÖ bei. Vier der 14 am 1. April 1938 nach Dachau transportierten Kommunisten erhielten bei der Registrierung im Konzentrationslager die Kategorie „Schutzhaft – Jude“ zugeordnet.

Einer von ihnen war Erich Fein, geboren am 25. Juni 1909 in Wien, von Beruf Goldarbeitergehilfe. Fein wurde 1927 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), von der er 1931 ausgeschlossen wurde, worauf er im Mai dieses Jahres dem Kommunistischen Jugendverband (KJV) beitrat. Im September 1931 fuhr er als Mitglied einer Jugendarbeiterdelegation in die Sowjetunion. 1933, im Jahr des Verbots der KPÖ, wurde er zum Organisationsverantwortlichen der Wiener Stadtleitung des KJV bestimmt.

Die folgenden Jahre verbrachte Fein mehrfach in Polizeihaft und verbüßte Arreststrafen wegen Verbreitung eines Flugblatts sowie wegen Betätigung für die illegale *Proletarierjugend*, die Zeitung des KJV. An den Februarkämpfen im Jahr 1934 nahm er in Ternitz im niederösterreichischen Industriegebiet aktiv teil. Anfang April 1935 wurde Erich Fein bei einem Treffen der illegalen Gewerkschaftsjugend im Wienerwald verhaftet. Von März 1936 bis September 1937 sowie von November 1937 bis zum 17. Februar 1938 war er Häftling im Anhaltelager Wöllersdorf. Nach dem tags zuvor unterzeichneten Berchtesgadener Abkommen amnestierte die Regierung von Bundeskanzler Kurt Schuschnigg politische StraftäterInnen und entließ ca. 3.000 von ihnen – in erster Linie Nationalsozialisten, aber auch andere politische GegnerInnen – in die Freiheit.

Fein wurde am 13. März 1938 erneut inhaftiert und zunächst im „Notgefängnis“ Karajangasse in Wien-Brigittenau angehalten. Dort richtete die Gestapo unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs an das Deutsche Reich in der ehemaligen Volksschule ein Durchgangslager ein. Unter den Gefangenen befanden sich neben Erich Fein auch der spätere Bundeskanzler Bruno Kreisky und der Kabarettist und Schriftsteller Fritz Grünbaum. Fein wurde in weiterer Folge in das Polizeigefangenenhaus auf der Elisa-

**Erich Fein (1909–1983)**

bethpromenade überstellt. Die Geheime Staatspolizei erstellte aus den dort einsitzenden politischen Gegnern eine Liste mit 151 Namen, unter denen sich auch jener von Erich Fein befand. Er erhielt auf dieser Gestapo-Liste die Nummer 22 und wurde schließlich im Konzentrationslager Dachau mit der Gefangenennummer 13.883 – Häftlingskategorie „Schutzhaft – Jude“ – registriert.

In seinen Erinnerungen schreibt Erich Feind: „Wir waren die ersten Ausländer im KZ-Dachau und erhielten zum Unterschied gegenüber den anderen Gefangenen von der SS-Verwaltung als erste Gruppe die zebragestreifte Häftlingskleidung und wurden so die Zielscheibe schwerer SS-Misshandlungen. […] In den ersten Wochen der KZ-Haft waren fast alle in schweren Arbeitskommandos […] eingesetzt. Bei unserer Einlieferung in das Lager sahen wir Häftlinge als Zugtiere, vorgespannt an Lastkraftwagen-Anhänger im Laufschritt vorbeifahren. [...] Etwa 24 Häftlinge zogen mit Gurten diese, von ihnen mit Kies, Steinen und Zementsäcken beladenen Wagen zu Baustellen außerhalb des Lagers. Dazu wurden jüdische Häftlinge und ein nichtjüdischer Vorarbeiter eingeteilt.“[4]

Am 23. September 1938 wurde Fein in das KZ Buchenwald überstellt, wo er bis zur Befreiung des Lagers am 11. April 1945 in Haft blieb. Der Grund für die Überstellung nach Buchenwald war, dass am 27. September 1939 das KZ Dachau für knapp fünf Monate geschlossen werden musste, weil die SS das Gelände einige Monate zur Ausbildung von 7.000 Angehörigen der SS-Division „Totenkopf“ nutzte. Von den Österreichern des ersten Dachau-Transports wurden in diesem Zuge insgesamt 56 Personen nach Buchenwald verlegt.

Nach der Befreiung Österreichs und seiner Rückkehr nach Wien war Erich Fein Funktionär der KPÖ Niederösterreich und wurde 1957 zum Bundessekretär des KZ-Verbands ernannt. Er gehörte zu den Gründungsmitgliedern des *Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes* und war dort langjähriges Vorstandsmitglied sowie Vizepräsident. Fein starb am 11. Mai 1983 in Wien.

## Wöllersdorf–Kommandant Emanuel Stillfried

Neben Erich Fein waren elf weitere Mitgefangene des ersten Dachau-Transports ebenfalls als politische Häftlinge in Wöllersdorf angehalten worden. Von 5. August 1935 bis Dezember 1936 war Gendarmeriemajor Emanuel Stillfried, geboren am 24. August 1898 in Pilsen Kommandant des Anhaltelagers und gleichzeitig Gendarmerieabteilungskommandant von Wiener Neustadt. Da in Wöllersdorf während der Jahre der austrofaschistischen Diktatur auch viele illegale Nationalsozialisten einsaßen, wurde Stillfried am 13. März 1938 als politischer Gegner verhaftet und nach Wöllersdorf gebracht, wo die Nationalsozialisten das Anhaltelager nach dem „Anschluss“ in ein Lager für niederösterreichische „Schutzhäftlinge“ umgewandelt hatten. Stillfried wurde mit der Nummer 110 auf die Liste der nach Dachau zu transportierenden Gefangenen gesetzt und erhielt dort die Gefangenennummer 13.808.

Einer seiner Mithäftlinge, der Sportjournalist Maximilian Reich, schilderte die Behandlung Stillfrieds durch SS-Angehörige: „[...] die Dachauer SS [hatte] Instruktionen erhalten [...], Rache für Wöllersdorf zu nehmen. Man kann sich daher einen ungefähren Begriff von dem Martyrium machen, das der ehemalige Kommandant, Baron Stillfried, durchmachte. Eine zeitlang habe ich, Schulter an Schulter mit ihm im Laufschritt aufs schwerste beladene Lastkarren schleppen müssen. So war ich Zeuge vieler Misshandlungen, denen er ausgesetzt war und die er mit Würde und Gleichmut, wie ein Held ertrug.“[5] Reich wurde im Oktober 1938 freigelassen und konnte danach über Belgien nach Großbritannien flüchten, wo er seine Erinnerungen an die Monate im KZ niederschrieb.

Ludwig Soswinski sollte Stillfried auf Geheiß eines SS-Wachmannes körperlich misshandeln. In einem Interview für die DÖW-Dokumentation „Erzählte Geschichte“ schilderte er den Vorfall: „So sind wir mit dem ersten Österreicher-Transport nach Dachau gekommen. [...] Dann sind wir aufgerufen worden: [...] ‚Soswinski‘ – es hat natürlich keinen akademischen Titel mehr gegeben – ‚Kommunist!‘ Kein Mensch hat sich darum gekümmert. […] Dann ist man bei der politischen Abteilung gestanden. Man musste einen Bogen ausfüllen und Ähnliches mehr. Das war der Empfang des Lagerkommandanten. [...] Im Alphabet hinter mir steht der Stillfried, der Lagerkommandant von Wöllersdorf. [...] An sich war Stillfried ein kleiner Mann, [...] und ein – das muss ich sagen – völlig unpolitischer Mann. Man hat den Stillfried gefragt: ‚Was waren Sie?‘ Der SS-Mann hätte vielleicht nicht einmal gewusst, dass Stillfried Kommandant in Wöllersdorf war. Wenn er gesagt hätte: ‚Ich war ein Gendarmerie-Oberleutnant‘ oder irgendetwas, wäre nichts passiert. Er sagte jedoch: ‚Ich war Kommandant in Wöllersdorf.‘ Na, und jetzt kommt eine der berühmten Geschichten, wie sie von der SS x-Mal in den Lagern gehandhabt wurden. Der SS-Mann gibt mir einen Stoß: ‚Schmier’ ihm eine! Der hat euch ja auch eingesperrt in Wöllersdorf!‘ Also schön, es gibt die Möglichkeit, Nein zu sagen. Alle jugendlichen Helden sagen: ‚Ich sage Nein.‘ Ich habe nie zu den Selbstmördern gehört, und das wäre an die Grenze des Selbstmords gegangen, das war Befehlsverweigerung. Es hätte nicht Selbstmord sein müssen, Strafkompanie hätte genügt. […] Ich hätte ihm eine leichte Ohrfeige geben können. Das habe ich aus den Büchern schon alles gekannt: ‚Das soll eine Watschn sein?‘, da hast einmal zwei, drei von dem SS-Mann gekriegt, dass dir die Zähne rausgefallen sind. Ich habe alles nachher erlebt. Dann hast du ihn erst recht schlagen müssen. Ich sage, überlegt: ‚Melde gehorsamst, ich war nie in Wöllersdorf!‘ [...] Etwas Besseres ist mir nicht eingefallen. Der SS-Mann geht weiter. Das war über seinem Intellekt, das war keine Befehlsverweigerung.“[6]

Im Zuge der Schließung des KZ Dachau wurde Stillfried am 27. September 1939 in das KZ Flossenbürg überführt und nach der Wiedereröffnung des Konzentrationslagers Anfang März 1940 nach Dachau rücküberstellt. Im September 1943 erfolgte seine Entlassung. 1945 wurde der ehemalige Kommandant des Anhaltelagers Wöllersodrf zum Chef der österreichischen Gendarmerie als Kommandant des Gendarmeriezentralkommandos sowie zum Abteilungsvorstand in der Generaldirektion für die

**Ludwig Soswinski (1905–1997)**

öffentliche Sicherheit ernannt. Er starb am 29. November 1965.

## Ludwig Soswinski

Der Jurist und Wirtschaftsprüfer Ludwig Soswinski, geboren am 15. Jänner 1905 in Wien, war zunächst Sekretär des *Verbandes Sozialistischer Studenten* und Zugskommandant der Akademischen Legion beim Republikanischen Schutzbund, ehe er 1934 nach den Februarkämpfen in die KPÖ eintrat. 1937/38 verbüßte er wegen illegaler politischer Tätigkeit sieben Monate Haft in Wien. Nach seiner Verhaftung im Gefolge des „Anschlusses“ wurde er – mit der Nummer 80 – auf die Gestapoliste zum Abtransport nach Dachau gesetzt, wo er am 2. April 1938 die Gefangenennummer 13.809 zugeteilt erhielt. Auch er wurde im Zuge der vorübergehenden Schließung des Lagers am 27. September 1939 in das KZ Flossenbürg überführt und Anfang März 1940 rücküberstellt. Als Kapo in der „Zahlmeisterei Schubraum“ war er mit der Verwaltung von Häftlingskonten beschäftigt.

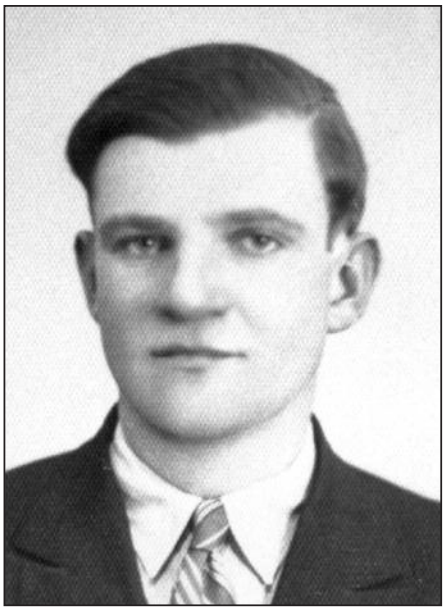
Nach der Aufdeckung finanzieller Transaktionen zu deren Gunsten erhielt er 45 Tage verdunkelte Einzelhaft im Lagerbunker und wurde dann einer Strafkompanie zugeteilt. In der 1954 ausgefertigten Anklageschrift gegen den SS-Sturmbannführer (und späteren Lagerkommandanten des KZ Flossenbürg) Egon Zill ist zu lesen: „Den Capo des Kommandos, [...] Dr. Soswinski, ließ [...] Zill [...] 1 Stunde ‚an den Baum hängen‘. Er verfügte wörtlich: ‚Den Hund hängen wir eine Stunde hin, damit er dann leichter schreibt.‘ Einige Tage später verhängte der Angeschuldigte über den Zeugen eine Strafe von 25 Stockhieben, 3 Tagen Arrest und Verlegung in die Strafkompanie. Etwa zwei Wochen später wurde an dem Zeugen die Prügelstrafe vollzogen, wobei er in Anwesenheit des Angeschuldigten 25 Doppelschläge, also 50 Schläge, erhielt und darüber hinaus noch zwei weitere, weil der 13. Doppelschlag zwei Mal gezählt wurde.“[7]

Soswinski überlebte diese schweren Misshandlungen und wurde am 28. Jänner 1944 in das KZ Lublin-Majdanek verlegt, von wo er Ende Juni 1944 in das KZ Auschwitz überstellt wurde. Dort war er führendes Mitglied der kommunistischen Widerstandsgruppe „Kampfgruppe Auschwitz“, der u.a. Alfred Klahr, Heinrich Dürmayer, Hermann Langbein, Ernst Burger, Rudolf Friemel und Ludwig Vesely angehörten. Ende Jänner 1945 endete Soswinskis Odyssee durch die nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslager im KZ Mauthausen, wo er am 5. Mai befreit wurde.

Von 1945 bis 1948 war Soswinski Mitglied des Generalrats der Österreichischen Nationalbank sowie bis 1958 Mitglied des Wiener Gemeinderats und Landtags. Danach war er in der Privatwirtschaft tätig. 1963 zählte er zu den Mitbegründern des DÖW und wurde später dessen Vizepräsident. Zudem war er Präsident der Österreichisch-Tschechoslowakischen Gesellschaft, seit 1964 Bundesobmann des KZ-Verbands und auch Obmann der Lagergemeinschaft Mauthausen. Soswinski starb am 9. Februar 1997 in Wien.

## Rudolf Duchon

Im ersten Dachau-Transport befanden sich nicht nur prominente Personen, sondern ein großer Teil der Gefangenen waren Arbeiter, Handwerker und einfache Angestellte – einige von ihnen gehörten der KPÖ an, darunter der Maschinenschlosser Rudolf Duchon. Geboren am 15. August 1898 in Wien, beteiligte sich Duchon aktiv an den Kämpfen im Februar 1934 und wurde am 18. Februar wegen „Verdachts des Aufruhrs“ in Untersuchungshaft genommen. Kurze Zeit später stellte die Staatsanwaltschaft das gegen ihn eingeleitete Verfahren ein und Duchon wurde entlassen. Am 31. Dezember 1935 wurde jedoch neuerlich die Untersuchungshaft über ihn verhängt. Der Prozess gegen Duchon endete am 9. Oktober 1936 mit einem Freispruch. Am 16. März 1938 wurde er wegen Verdachts der kommunistischen Betätigung verhaftet und auf die Dachau-Liste mit der Nummer 111 gesetzt. In Dachau



**Josef Händler (1910–1987)**

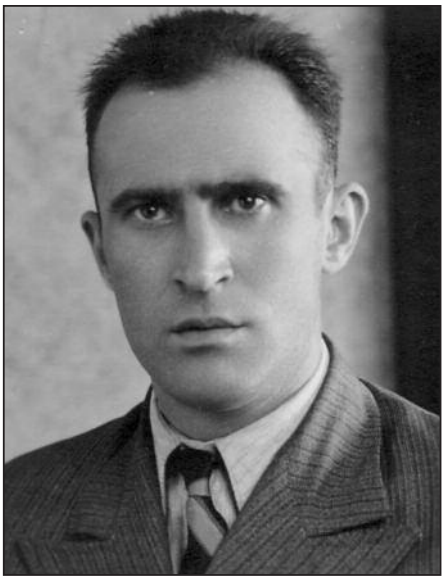
erhielt er die Gefangenennummer 13.792. Knapp ein Jahr später wurde Duchon am 10. Mai 1939 entlassen. Er ist 1968 verstorben.

## Richard Entinger

Der Buchhalter Richard Entinger, geboren am 3. Mai 1904 in Steyr, war seit 1931 Mitglied der KPÖ und erhielt vor 1938 mehrere Polizeistrafen bzw. wurde in Untersuchungshaft genommen. Nach dem „Anschluss“ wurde er wegen „kommunistischer Betätigung“ verhaftet, mit der Nummer 21 auf die Gestapo-Liste gesetzt sowie in Dachau mit der Gefangenennummer 13.823 registriert. Im Zuge der Schließung des KZ Dachau wurde Entinger am 27. September 1939 in das KZ Flossenbürg überführt und Anfang März 1940 nach Dachau rücküberstellt, wo er als Schreiber auf der TBC-Station eingesetzt war. Am 18. Juli 1944 erfolgte seine Einlieferung in das KZ Buchenwald, wo er bis zur Befreiung 1945 inhaftiert blieb. Nach 1945 war Entinger Mitglied der Landesleitung der KPÖ Oberösterreich und beruflich als Journalist bei den *Oberösterreichischen Nachrichten* tätig.

## Josef Händler

Der Anstreicher Josef Händler, geboren am 29. Jänner 1910 in Güns (Ungarn), war bis 1927 Mitglied des Vorstands der Sozialistischen Arbeiterjugend, dann trat er in den Kommunistischen Jugendverband ein, ein Jahr später wurde er auch Mitglied der KPÖ. Er beteiligte sich aktiv an den Februarkämpfen und wurde infolgedessen zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Trotz Begnadigung im Zuge der Weihnachtsamnestie 1935 erfolgte



**Josef Nischelwitzer (1912–1987)**

seine Einweisung in das Anhaltelager Wöllersdorf, wo er bis zum 17. Februar 1938 verblieb. Händler wurde beim Fluchtversuch, der ihn nach Spanien führen sollte, wo er sich den Internationalen Brigaden im Kampf gegen den Putsch des Generals Franco gegen die Spanische Republik anzuschließen wollte, beim Grenzübertritt in Vorarlberg verhaftet (Nummer auf der Gestapo-Liste: 27). Im KZ Dachau erhielt er die Gefangenennummer 13.830 und war Mitglied der illegalen politischen Lagerleitung. Dafür erhielt er sechs Wochen „Arrestbunker" und wurde später einer Strafkompanie eingegliedert.

„[...] Händler wurde, nachdem er [...] zunächst schwer verprügelt worden war, im Bunker 2 Stunden ‚an den Pfahl gehängt', um ihn zu einem Geständnis zu bringen. Der [...] [KZ-Wächter Egon Zill] brachte dabei den am Pfahl hängenden Zeugen durch Stoßen zum Schaukeln, wodurch dessen Schmerzen noch wesentlich gesteigert wurden. Während der anschließenden 6-wöchigen Bunkerhaft vernahm Zill [...] [den Häftling Händler] und erklärte, da dieser keine Aussagen machen wollte, immer wieder, er werde ihn schon mürbe machen. Nach der Bunkerhaft erhielt [...] [Händler] eine Prügelstrafe, und zwar 25 Doppelschläge."[8] Händler überlebte die schweren Misshandlungen. In einem 1981 gegebenen Interview schilderte er seine Qualen: „[...] und ich bin genauso kein Held [...] und ich hab' bei dem Pfahlhängen genauso gebrüllt und geschrien wie alle übrigen Häftlinge, weil das einfach die unmöglichsten Schmerzen waren."[9]

Im Zuge der Schließung des KZ Dachau wurde Händler am 27. September 1939 nach Mauthausen überstellt. Von 23. Jänner 1941 bis zur Befreiung 1945 war Händler Gefangener im KZ Neuengamme, wo er den Spitznamen „Jupp" erhielt. Er musste in verschiedenen Kommandos Zwangsarbeit leisten, u.a. beim Bau der Lagerstraße. Anfang April 1945 wurde er von der SS zur Aktenverbrennung abkommandiert. In den letzten Apriltagen wurde er zur SS-Kaserne nach Hamburg-Langenhorn überstellt und in die 36. SS-Division (ehemals SS-Sturmbrigade „Dirlewanger") eingegliedert. Die SS-Sondereinheit Dirlewanger kam ab September 1940 im „Generalgouvernement" (Polen), später auch in Weißrussland, bei der Niederschlagung des slowakischen Nationalaufstands sowie in Ungarn zum Einsatz und beging in großem Ausmaß Kriegs- und Humanitätsverbrechen an Juden/Jüdinnen, Angehörigen der Zivilbevölkerung und PartisanInnen. Ab Oktober 1944 wurden auch reichsdeutsche KZ-Häftlinge rekrutiert. Die Mehrzahl der Gefangenen ergriff jedoch beim ersten Fronteinsatz die Flucht, viele versuchten zur Roten Armee überzulaufen. Auch Händler konnte entkommen.

Nach dem Ende der NS-Herrschaft blieb Jupp Händler in Hamburg, wurde Mitglied des Präsidiums der 1948 gegründeten *Arbeitsgemeinschaft Neuengamme* und der KPD sowie nach deren Verbot in der DKP. Er starb am 10. August 1987 in Hamburg.

## Josef Luda

Der Gürtlergehilfe Josef Luda, geboren am 9. November 1913 in Wien, war zwischen 1930 und 1934 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Republikanischen Schutzbundes. Von 1934 bis 1937 war er Kreisleiter des Kommunistischen Jugendverbands, bevor er der KPÖ beitrat. Im Sommer 1935 und im Winter 1937/38 befand er sich für insgesamt zehn Wochen in Haft, davon drei Monate im Anhaltelager Wöllersdorf, wo er schließlich im Zuge der Februaramnestie entlassen wurde. Am 15. März 1938 erneut festgenommen, erhielt er die Nummer 145 auf der Gestapo-Liste und wurde am 2. April 1938 im KZ Dachau registriert. Bereits im September 1938 entlassen, wurde er ein Jahr später neuerlich verhaftet, in das KZ Buchenwald eingewiesen und Anfang Juli 1940 in Freiheit gesetzt. Nach seiner Einberufung zur Deutschen Wehrmacht war er zwischen 1943 und 1945 Mitglied einer Widerstandsgruppe in Norwegen, wo er in Kriegsgefangenschaft geriet. Nach seiner Rückkehr nach Wien 1946 war er Gewerkschafts- und Betriebsreferent der KPÖ-Bezirksleitung Wien-Fünfhaus. Im Oktober 1955 starb Josef Luda nach einem Unfall.

## Josef Nischelwitzer

Der Maurergehilfe Josef Nischelwitzer, geboren am 27. November 1912 in Simmerlach, Gemeinde Irschen in Kärnten, war vor 1934 Funktionär der Sozialistischen Arbeiterjugend und des Republikanischen Schutzbundes in Dellach sowie Mitglied der Bauarbeitergewerkschaft. Nach den Februarkämpfen 1934 trat er der KPÖ bei und wurde Bezirksleiter in Spittal an der Drau. Im Februar 1936 wurde er wegen Hochverrats und kommunistischer Betätigung verhaftet, aber vom Bezirksgericht freigesprochen.

Bereits am 12. März 1938 verhaftet, erhielt er die Nummer 51 auf der Gestapo-Liste sowie im KZ Dachau die Gefangenennummer 13.848. Im Zuge der Schließung des KZ Dachau wurde er am 27. September 1939 in das KZ Flossenbürg überführt und Anfang März 1940 nach Dachau rücküberstellt. Am 28. Mai 1942 wurde Nischelwitzer zu fünf Monaten Gefängnis wegen der Tötung des Mithäftlings und SS-Spitzels Baltes verurteilt,[10] allerdings am 22. Juni 1942 in das KZ-Außenlager St. Lambrecht überstellt. Das von der SS 1938 beschlagnahmte Benediktinerstift in der Steiermark war bis November 1942 ein Außenlager des KZ Dachau und wurde dann vom KZ Mauthausen übernommen. Nischelwitzer wurde daraufhin in das KZ Gusen überführt und blieb dort bis zur Befreiung am 5. Mai 1945.

Nischelwitzer war zwischen 1963 und 1980 Landesobmann der KPÖ Kärnten, Landesobmann des KZ-Verbands und Redakteur der Kärntner KPÖ-Zeitung *Volkswille*. Er starb am 23. Juli 1987. 2016 wurde in Klagenfurt eine Straße nach ihm benannt.

## Erwin Sitzmann

Der Handelsangestellte Erwin Sitzmann, geboren am 2. Jänner 1913 in Wien, trat 1931 der KPÖ bei und war Bezirksobmann des KJV Wien-Hernals. Im Oktober 1934 wurde er festgenommen und verbrachte drei Monate in Polizeihaft sowie vier Monate im Anhaltelager Wöllersdorf. Am 16. März 1938 verhaftet, erhielt er die Nummer 107 auf der Gestapo-Liste und wurde in Dachau mit der Gefangenennummer 13.885 in der Häftlingskategorie „Schutzhaft – Jude" registriert. Am 23. September 1938 wurde Sitzmann in das KZ Buchenwald überstellt.

Paul Springer (1917–1949)

Nach seiner Entlassung gelang ihm 1940 die Flucht Richtung Palästina. Die britische Mandatsregierung hatte jedoch rigide Einwanderungsquoten für jüdische Flüchtlinge festgelegt und ließ die auf Schiffen ankommenden Menschen zunächst nicht an Land. Einige Schiffe wurden zurückgeschickt, was für die Menschen den Tod bedeutete. Nach der Explosion eines der Schiffe vor der palästinensischen Küste wurden die Passagiere der dort ankernden Schiffe zwar an Land gelassen, aber sofort in ein Internierungslager gebracht. Von dort wurde eine Gruppe von mehr als 1.500 vorwiegend deutschen und österreichischen Juden und Jüdinnen im Dezember 1940 nach Mauritius abgeschoben. Sie kamen umgehend in ein Internierungslager in Beau Bassin, wo sie – Männer und Frauen strikt getrennt – bis 1945 unter furchtbaren Bedingungen leben mussten. Sitzmann kehrte im September 1945 nach Wien zurück, wo er als Sportreferent der KPÖ Wien-Ottakring tätig war und als Sportlehrer arbeitete. Er starb am 23. Dezember 1977 in Wien.

## Paul Springer

Der Handelsangestellte Paul Springer, geboren am 2. Oktober 1917 in Wien, war zunächst Mitglied bei den Roten Falken und ab 1934 Bezirksleiter des KJV in Ottakring sowie Mitglied der KPÖ. Von Oktober 1936 bis Februar 1937 befand er sich deshalb in Anhaltehaft in Wöllersdorf. Am 12. März 1938 festgenommen, erhielt er die Nummer 144 auf der Gestapo-Liste, wurde im KZ Dachau mit der Gefangenennummer 13.890 registriert und mit der Häftlingskategorie: „Schutzhaft – Jude“ versehen. Am 23. September 1938 in das KZ Buchenwald überstellt, wurde er Mitglied des dortigen bewaffneten militärischen Kaders und war an der Entwaffnung und Gefangennahme von SS-Angehörigen beteiligt. Springer überlebte die KZ-Haft, kam aber am 7. Oktober 1949 bei einem Autounfall im Burgenland ums Leben.

## Iganz Stieber

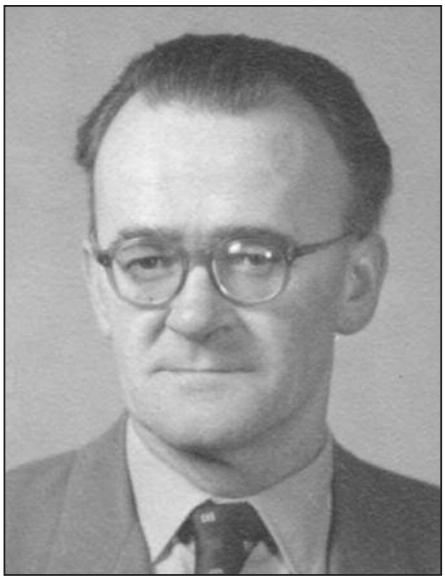
Der Hilfsarbeiter Ignaz Stieber, geboren am 28. Juni 1917 in Wien, befand sich 1936/37 wegen Betätigung für die KPÖ mehrere Monate in Anhaltehaft in Wöllersdorf. Im März 1938 verhaftet, erhielt er die Nummer 106 auf der Gestapo-Liste und wurde in Dachau mit der Gefangenennummer 13.913 in der Häftlingskategorie „Schutzhaft – Jude“ registriert. Am 23. September 1938 erfolgte die Überstellung in das KZ Buchenwald, von wo er am 24. Mai 1939 entlassen wurde. Vermutlich ist ihm in weiterer Folge die Flucht nach Italien gelungen, wo sich seine Spur verliert.

## Hans Vetrovsky

Der Kontorist Hans Vetrovsky, geboren am 6. Mai 1903 in Wien, hielt sich als kommunistischer Funktionär von 1934 bis 1936 in Moskau auf. Nach seiner Rückkehr nach Wien wurde er zu zehn Monaten Kerker wegen kommunistischer Betätigung verurteilt. Am 12. März 1938 verhaftet, erhielt er die Nummer 84 auf der Gestapo-Liste und wurde mit der Gefangenennummer 13.804 im KZ Dachau registriert. Von 27. September 1939 bis 2. März 1940 war er im KZ Flossenbürg inhaftiert, dann wurde er nach Dachau rücküberstellt, wo er bis zur Befreiung am 29. April 1945 verblieb. Er verweigerte als Blockältester die Auspeitschung von Mitgefangenen. Vetrovsky starb am 7. April 1948 in Wien.

## Hermann Wildpanner

Der Tischler Hermann Wildpanner, geboren am 28. August 1911 in Graz, war zunächst Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend, ehe er 1928 dem Kommunistischen Jugendverband und der KPÖ beitrat. Er bekleidete in weiterer Folge sowohl die Funktion des Obmanns in Spittal an der Drau sowie des Bezirkssekretärs in St. Pölten. Von Februar bis September 1934 und von Mai 1936 bis Jänner 1938 befand er sich in Anhaltehaft in Wöllersdorf. Am 12. März 1938 verhaftet, erhielt er die Nummer 89 auf der Gestapo-Liste und wurde mit der Gefangenennummer



Hermann Wildpanner (1911–1976)

13.813 im KZ Dachau registriert. Am 27. September 1939 in das KZ Flossenbürg überstellt, kam er Anfang März 1940 wieder nach Dachau zurück, wo er bis zur Befreiung am 29. April 1945 inhaftiert blieb. 1945 war er am Wiederaufbau der KPÖ in Niederösterreich beteiligt. Von 1948 bis 1973 war er Mitglied der Landesleitung sowie bis 1972 Landeskassier. Darüber hinaus gehörte er dem Präsidium des KZ-Verbands an und war Sekretär des niederösterreichischen Verbandes. Wildpanner starb am 2. Dezember 1976 in Wien.

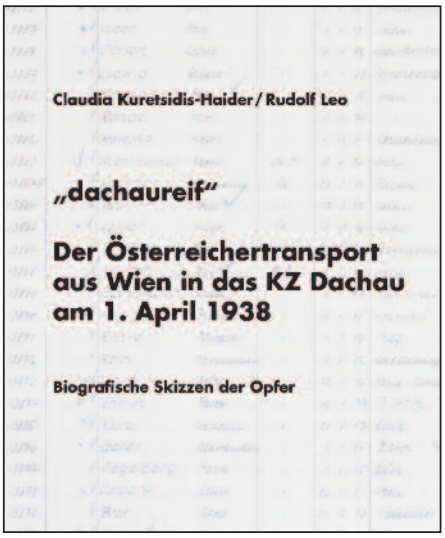
## Karl Wirtl

Der Maschinenschlosser Karl Wirtl, geboren am 27. Oktober 1889 in Wien, war bereits ab 1913 Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und nach dem Ende des Ersten Weltkriegs als Arbeiterrat in Wien-Favoriten tätig. 1921 trat er in die KPÖ ein, aus der er aber 1926 wieder ausschied und in weiterer Folge einige Jahre parteilos blieb. 1933 wurde er Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und trat 1934 neuerlich der KPÖ bei. Sein Schwerpunkt war der Wiederaufbau der illegalen Gewerkschaftsbewegung. 1935 wurde er Bezirksobmann des Verbands der Metall- und Bergbauarbeiter.

Am 12. März 1938 verhaftet, erhielt Wirtl die Nummer 90 auf der Gestapo-Liste und wurde mit der Gefangenennummer 13.801 im KZ Dachau registriert. Nach seiner Entlassung am 27. April 1939 arbeitete Wirtl als Monteur bei der Landmaschinen-Firma Hofherr & Schrantz. Bei einem Bombenangriff am 26. Juni 1944 wurde er verletzt und Schwerinvalide. Er starb am 8. August 1968 in Wien.

## DÖW-Dokumentation

Der erste Dachau-Transport als erster Massentransport von Österreichern in ein Konzentrationslager steht – wie auf der 1988 zum 50. Jahrestag enthüllten Gedenktafel im Westbahnhof zu lesen ist – für den „ersten Schritt auf jenem verhängnisvollen Weg, der im Weltkrieg und in Massenvernichtungslagern endete“.[11] Insgesamt wurden 1938 an die 8.000 ausschließlich männliche Österreicher in das KZ Dachau eingewiesen. Unter jenen, die den KZ-Terror überlebten, haben viele die Zweite Republik mit aufgebaut. Der nach 1945 oft beschworene „Geist der Lagerstraße“ – das, bei allen politischen Gegensätzen, gemeinsame Bekenntnis zur demokratischen Republik Österreich – bezog sich auf die gemeinsame Haft-Erfahrung der einstigen weltanschaulichen Gegner, die als politische Häftlinge im KZ Dachau einsaßen.




In einer von der Arbeitsgemeinschaft der NS-Opfer-Verbände und WiderstandskämpferInnen im Jahre 2008 herausgegebenen Broschüre von Wolfgang Neugebauer und Peter Schwarz wurde der erste Österreicher-Transport nach Dachau historisch kontextualisiert. In weiterer Folge recherchierte das DÖW zu den Häftlingen biografische Eckdaten und veröffentlichte diese auf seiner Website.[12] Im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft erstellten Claudia Kuretsidis-Haider und Rudolf Leo von der *Zentralen österreichischen Forschungsstelle Nachkriegsjustiz am DÖW* darauf aufbauend Biogramme aller Häftlinge dieses ersten Massentransportes von Österreichern in ein Konzentrationslager. Mit Focus auch auf die Zeit vor 1938 und nach 1945 werden dabei die Lebensgeschichten der Betroffenen anschaulich dargestellt und die Bandbreite ihres weltanschaulichen Hintergrundes sichtbar gemacht. Zu vielen Personen konnten Bilder ausfindig gemacht, ihnen somit ein „Gesicht“ gegeben werden. Dazu kommen Zitate aus der zahlreich erschienenen Erinnerungsliteratur, um die Perspektive der Betroffenen aus eigener Darstellung näherzubringen. Das Buch ist am 2. April 2019 erschienen und kann beim DÖW bestellt werden.

*Claudia Kuretsidis-Haider/Rudolf Leo: „dachaureif “. Der Österreichertransport aus Wien in das Konzentrationslager Dachau am 1. April 1938. Biografische Skizzen der Opfer. Wien: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 2019, 344 S., mit zahlr. Abb., 25 Euro*
Bestellung: office@doew.at

**Anmerkungen:**

1/ Viktor Matejka: Widerstand ist Alles, Notizen eines Unorthodoxen. Wien 1983, S. 77.
2/ Wolfgang Neugebauer/Peter Schwarz: „Stacheldraht, mit Tod geladen ...“. Der erste Österreichertransport in das KZ Dachau 1938. Wien 2008, S. 8.
3/ Ebd., S. 36f.
4/ Erich Fein: Die Erinnerung wach halten. Widerstand & Verfolgung 1934–1945 und der Kampf um Anerkennung und Entschädigung der Opfer, hg. von Herbert Exenberger, Hilde Fein und Albert Dlabaja. Wien 2008, S. 81.
5/ Maximilian Reich/Emilie Reich/Henriette Mandl (Hg.): Zweier Zeugen Mund. Verschollene Manuskripte aus 1938 Wien – Dachau – Buchenwald. Wien 2007, S. 133f.
6/ Erzählte Geschichte. Jüdische Schicksale. Berichte von Verfolgten, Bd. 3, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1992, S. 191.
7/ Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau, A 4829, Anklageschrift gegen Egon Zill beim Schwurgericht des Landgerichts München II, 10.8.1954, S. 7.
8/ Ebd., LG München 12 Js 315/53, Zeugenaussage von Jupp Händler im Prozess gegen den ehemaligen KZ-Wächter Egon Zill.
9/ Interview mit Josef Händler am 15.6.1981, http://media.offenes-archiv.de/ha2_2_1_bio_840.pdf [1.2.2019].
10/ Information der KZ-Gedenkstätte Dachau, 25.9.2018.
11/ Heinz Arnberger/Herbert Exenberger: Gedenken und Mahnen in Wien 1934–1945. Gedenkstätten zu Widerstand und Verfolgung, Exil, Befreiung. Eine Dokumentation, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Wien 1998, S. 335f.
12 https://www.doew.at/erinnern/fotos-und-dokumente/1938-1945/der-erste-dachau-transport-aus-wien-1-april-1938 [1.3.2019].

## Neuerscheinung

**Heimo Halbrainer: „Wenn einmal die Saat aufgegangen, …“**
*Letzte Briefe steirischer Widerstandskämpferinnen und -kämpfer aus Todeszelle und Konzentrationslager*
360 S., mit zahl. Abb., 20,00 Euro

Zwischen 1938 und 1945 wurden in der Steiermark über 20.000 Menschen aus politischen Gründen von der Gestapo verhaftet. Tausende kamen in Konzentrationslager oder wurden vor ein nationalsozialistisches Gericht gestellt und hingerichtet. Bevor sie hingerichtet wurden, durften sie noch einen letzten Brief schreiben.

So beendete etwa am 6. Dezember 1942 der Grazer Architekt Herbert Eichholzer seinen Abschiedsbrief an den ehemaligen Sekretär der Sezession Graz, Gustav Scheiger, mit den Worten: „Wenn einmal die Saat aufgegangen, wenn unser damaliges Wollen sichtbare Früchte tragen wird, wenn das Verständnis für unsere Art auch da bei uns unten einmal anklingt, dann denkt an Euren Herbert!“

Eichholzers Brief ist einer von über 70 Briefen und Kassibern, in denen die zum Tode verurteilten WiderstandskämpferInnen Abschied von Familie und Freunden nehmen und ihnen nicht selten bis zuletzt Trost zusprechen. Mit diesen Briefen werden Männer und Frauen, Junge und Alte, Arbeiter und Priester, Akademiker und Hausfrauen dem Vergessen entrissen.

# Österreich als „Brückenkopf des Westens“

## Die KPÖ und der Marshall-Plan

Manfred Mugrauer

Nach dem für sie enttäuschenden Wahlergebnis vom 25. November 1945 war die Kommunistische Partei Österreichs in der von Leopold Figl gebildeten Konzentrationsregierung mit nur noch einem Minister vertreten. Sie hielt damit an ihrem Selbstverständnis als konstruktiv mitgestaltende „Staatspartei“ fest, gleichzeitig war aber klar, dass die Partei in wesentlichen Fragen in Opposition zur Westorientierung der Regierung Figl-Schärf und deren Kursnahme auf eine kapitalistische Restauration stehen würde. Angesichts dieser Doppelrolle bewegte sich die KPÖ in den Jahren 1946 und 1947 im Spannungsfeld von Regierung und Opposition. Die im November 1946 von ihr gestartete Neuwahlkampagne war ein erster Versuch, die Kräfteverhältnisse in Bewegung zu bringen und einen prinzipiellen Kurswechsel einzuleiten. Diesem Zweck diente auch die immer stärker werdende Konzentration auf außerparlamentarische Aktivitäten und sozialökonomische Massenbewegungen, die an die miserable wirtschaftliche Situation und die soziale Lage der Bevölkerung anknüpften.

Am deutlichsten kam der Zwiespalt der KPÖ zwischen Regierung und Opposition in jenen Gesprächen zum Ausdruck, die der KPÖ-Nationalratsabgeordnete Ernst Fischer Mitte Mai und Anfang Juni 1947 mit führenden Politikern der ÖVP über eine Umbildung der Regierung führte („Figl-Fischerei“).[1] Diese Aussprachen über eine stärkere Einbeziehung der KPÖ in die Regierungsgeschäfte stellen den letzten realistischen Versuch der Partei dar, auf der Ebene des Parteienbündnisses einen außenpolitischen Kurswechsel und eine innenpolitische Wende der von ihr verfolgten antifaschistisch-demokratischen Orientierung einzuleiten. Nach der Skandalisierung der Gespräche wurde unübersehbar, was de facto seit dem November 1945 festgestanden war, nämlich dass für eine dahingehende Zusammenarbeit jede Grundlage fehlte.

### Antikommunistisches Instrument

Es dauerte schließlich nur noch etwas mehr als fünf Monate, bis die Konzentrationsregierung auch formal zerbrach und die KPÖ im November 1947 infolge ihrer Kritik an der Währungsreform aus der Regierung austrat. In den Monaten bis zum Ausscheiden aus der Regierung war die KPÖ nicht mehr in der Lage, einen sichtbaren Einfluss auf die Regierungsgeschäfte zu nehmen. Karl Altmann blieb als Minister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung stärker denn je von den zentralen politischen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Die KPÖ war im Gegenteil sogar gezwungen, weitere Schritte mitzutragen, die die politische und wirtschaftliche Westorientierung Österreichs vertieften, allen voran die Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan, der unmittelbar nach der „Figl-Fischerei“ von US-Außenminister George C. Marshall präsentiert worden war.

Wie für die Besatzungszeit insgesamt war auch für den Ausgrenzungsprozess der KPÖ die enge Verbindung von innen- und außenpolitischen Faktoren charakteristisch. Der Marshall-Plan war ein entscheidender Katalysator dieser Entwicklung. Den europäischen Regierungen wurde seitens der Vereinigten Staaten Hilfe beim Wiederaufbau der angeschlagenen Wirtschaft zugesagt: „Dies aber nur, wenn sie sich dazu bereiterklärten, eine liberale und auf dem Prinzip des Freihandels basierende Wirtschafts- und eine betont antikommunistische Außen- und Innenpolitik zu verfolgen“, wie der Historiker Wolfgang Wippermann den Zusammenhang von politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der USA im Hinblick auf die westeuropäischen Staaten verdeutlicht.[2] Wesentlicher politischer Zweck des Marshall-Plans war – so der übereinstimmende Befund in der Forschungsliteratur – die „Zurückdrängung des sowjetischen Einflusses“ in Europa.[3] Er erweiterte den Kalten Krieg und die im März 1947 verkündete Truman-Doktrin zur „Eindämmung“ des Kommunismus („containment“) durch eine ökonomische Komponente. Ein Gesichtspunkt, der auch in der zeitgenössischen Debatte von den Befürwortern erkannt wurde: „Die Dollars, die der Marshall-Plan verheißt, sind Kugeln in dem Kampf gegen den Kommunismus“, war etwa im September 1947 in der theoretischen Zeitschrift der SPÖ zu lesen.[4] Tatsächlich stärkte der Marshall-Plan „die bereits bestehende antikommunistische Grundstimmung“ in Österreich.[5] Angesichts der US-amerikanischen Befürchtung, dass das Land „in die kommunistische Einflusssphäre miteinbezogen werden könnte“, erhielt Österreich überdurchschnittlich hohe Marshall-Plan-Mittel, „um die innere soziale und wirtschaftliche Ruhe zu gewährleisten“.[6] Der Westen praktizierte in Österreich ein „containment by integration“, „das heißt, der Kommunismus in Österreich wurde durch eine quasi-Integration des Landes in den Westen eingedämmt“.[7]

### Anfängliche Zustimmung der KPÖ?

Entgegen anderslautender Befunde in der Forschungsliteratur stand die KPÖ der Marshall-Hilfe von Beginn an – und nicht erst auf sowjetischen Zuruf hin – skeptisch bzw. ablehnend gegenüber. Bereits im September 1946 hatte die KPÖ erste Gespräche über einen Dollarkredit als „Expansionspolitik des amerikanischen Finanzkapitals“ mit dem Ziele der „Zurückdrängung des russischen Einflusses“ kritisiert und darin einen Hinweis darauf erkannt, Österreich zu einem „Brückenkopf kapitalistischer Expansionsinteressen gegen den Osten“ zu machen.[8] Die Kredite würden als „Allheilmittel“ angepriesen, so der KPÖ-Vorsitzende Johann Koplenig, sie sollten aber nicht nur dem Wiederaufbau dienen, „sondern dunklen politischen Plänen zur Verwandlung Österreichs in einen Brückenkopf des Westens“. Bereits zu diesem frühen Zeitpunkt – im Herbst 1946 – wurde von Koplenig die Gefahr kritisiert, dass Österreich zu einer „Kolonie des amerikanischen Finanzkapitals“ verwandelt werde.[9]

In nahezu sämtlichen wissenschaftlichen Darstellungen wird davon ausgegangen, dass auch der kommunistische Minister am 28. Juni 1947 im Ministerrat der Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan zunächst zugestimmt habe.[10] Der Politologe Anton Pelinka schreibt etwa, dass selbst die KPÖ „am Beginn […] positiv auf den Marshall-Plan reagiert“ habe.[11] Laut dem Historiker Manfried Rauchensteiner seien die Kommu-

nisten „unorthodox genug“ gewesen, dem *European Recovery Program* (ERP) zuzustimmen.[12] Bei Hugo Portisch wird die angebliche Zustimmung der KPÖ sogar mit atmosphärischen Eindrücken verbunden, soll diese doch „zum Erstaunen und zur Erleichterung der Regierung und der Öffentlichkeit“ erfolgt sein.[13] Erst angesichts der wenige Tage später bekannt gewordenen ablehnenden Haltung des sowjetischen Außenministers Wjatscheslaw Molotow und nach dem Abbruch der Pariser Außenministerkonferenz habe die KPÖ schließlich ein „wildes Trommelfeuer“[14] gegen den Marshall-Plan gestartet. Die anfängliche Zustimmung von Karl Altmann wird in diesen Darstellungen damit begründet, dass auch Molotow die Einladung seiner Amtskollegen Ernest Bevin und Georges Bidault nach Paris zu einer britisch-französisch-sowjetischen Vorkonferenz angenommen und die KPÖ zu diesem Zeitpunkt noch keine „Weisungen“ aus Moskau erhalten hatte.[15] Erst als wenige Tage später die sowjetische Ablehnung des Marshall-Plans deutlich wurde, schwenkte auch die KPÖ auf die Linie Moskaus ein, so die gängige Interpretation.

An dieser Darstellung sind mehrere Aspekte zu korrigieren: Zum einen wurde die offizielle Einladung an Österreich, an der ERP-Konferenz in Paris teilzunehmen, erst am 4. Juli 1947, also einen Tag nach der Abreise von Molotow aus Paris, ausgesprochen, zu einem Zeitpunkt, als die kritische Haltung der KPÖ bereits in der *Volksstimme* nachzulesen war.[16] An diesem Tag wurde im Leitartikel des kommunistischen Zentralorgans eingeschätzt, dass der Marshallplan „nichts anderes (sei) als ein neues Firmenschild für die berüchtigte Truman-Doktrin der Blockbildung und Spaltung“.[17] Erst tags darauf, am 5. Juli, fand die Rede von Marshall in Cambridge (Massachusetts) statt, in der er ein Programm für die europäische Wirtschaftshilfe entwickelte. Vor diesem Hintergrund wird es auch in der Literatur als überaus „bemerkenswert“ hervorgehoben, dass der Regierungsbeschluss vom 28. Juni 1947 bereits zu einer Zeit erfolgt war, „als es noch gar keine Einladung zu einer Konferenz“ über den Marshall-Plan gab.[18] Rauchensteiner wertet es als „Ausdruck der besonderen Notsituation, dass Österreich, noch ehe überhaupt eine regelrechte Einladung zur ERP-Konferenz in Paris ausgesprochen war, seine Bereitschaft erklärte, an dem Hilfsprogramm teilzunehmen“.[19] Der Hauptgrund für diese rätselhafte Beschlussfassung lag jedoch nicht nur in der allgemeinen Notlage Österreichs im Juni 1947, sondern in einer günstigen personellen Konstellation, die sich den beiden großen Regierungsparteien Ende Juni 1947 im Ministerrat bot.

Die angebliche Zustimmung Karl Altmanns zur österreichischen Teilnahme am Marshall-Plan geht mehr oder weniger exklusiv auf die Memoiren des damaligen Außenministers Karl Gruber (ÖVP) zurück. Dieser weiß dort zu berichten, dass zur Zeit der Viermächtekonferenz in Paris die Stimmung in Österreich optimistisch gewesen sei und dies vom Ministerrat „ausgenützt“ wurde, um eine „weitgehende Ermächtigung“ zur Teilnahme an der Pariser Konferenz zu erwirken. „Zu unserer Erleichterung schluckte der kommunistische Kollege den Antrag ohne weitere Debatte“, so Gruber in der Annahme, dass Altmann „wohl die Tragweite seiner Zustimmung kaum bewußt (war)“. Und zwar deshalb, weil er „noch keine Richtlinie von höherer Stelle“, also aus Moskau, erhalten habe.[20] Was die politischen BeobachterInnen und HistorikerInnen über Jahrzehnte an dieser Darstellung Grubers nicht störte, war die Tatsache, dass am Tag der angeblichen Beschlussfassung, dem 28. Juni 1947, gar keine Ministerratssitzung stattfand. Erst Gerald Stourzh hat 1998 in der vierten Auflage seiner Staatsvertragsgeschichte klargestellt, dass dieser Beschluss im Zirkulationswege zustande gekommen ist, was angesichts der Tragweite dieser Entscheidung als einzigartiger Vorgang gewertet werden kann. „Manche Indizien weisen darauf hin, daß Antrag und Ministerratsbeschluß im Zirkulationswege in größter Eile zustande kamen; der Gedanke, daß sehr geschickte Taktik einschließlich einer Überrumpelung des kommunistischen Regierungsmitglieds mit im Spiel gewesen sein könnte, läßt sich nicht ganz von der Hand weisen“, so Stourzh.[21]

Die Überrumpelung bestand zunächst darin, dass Altmann in diesen Tagen gar nicht in Wien anwesend war, weil er an einer internationalen Energietagung in St. Anton am Arlberg teilnahm.[22] Aus diesem Grund konnte er auch an der 73. Sitzung des Ministerrats am 24. Juni 1947 nicht teilnehmen, in deren Rahmen ein erster Schritt Richtung Marshall-Plan beschlossen wurde, nämlich der „Relief Act“, der ein Abkommen zwischen den USA und Österreich über ein – bilaterales – amerikanisches Hilfsprogramm zum Inhalt hatte.[23] Dass bereits diese Beschlussfassung nur unter Umgehung Altmanns zustande kommen konnte, belegt ein Bericht des kommunistischen Regierungsmitglieds an die Führung seiner Partei: Hierin teilt Altmann mit, dass dieser Punkt auf Antrag Grubers erst nachträglich – also nach der bereits erfolgten Einladung zur Sitzung – auf die Tagesordnung gesetzt wurde, zu einem Zeitpunkt, als Altmann bereits aus Wien abgereist war.[24] Da die Beschlüsse des Ministerrats nur einstimmig erfolgen konnten, war also nicht – wie von Gruber in seinen Erinnerungen geschildert – die Stimmung Altmanns in der Ministerratssitzung günstig, sondern einzig und allein dessen Abwesenheit, die Gruber dazu nutzte, um hinter dem Rücken des kommunistischen Ministers die Tagesordnung zu ändern. Nach nur kurzer Debatte ermächtigte der Ministerrat den Bundeskanzler, das Abkommen mit den USA zu unterzeichnen. Bereits einen Tag später, am 25. Juni 1947, setzten US-Hochkommissar Geoffrey Keyes, Kanzler Leopold Figl und Außenminister Karl Gruber ihre Unterschrift unter das Dokument.[25] Dies ist nicht zuletzt auch deshalb bemerkenswert, weil die österreichische Regierung bilateralen Abkommen mit der Sowjetunion – etwa in der Frage gemischter Wirtschaftsgesellschaften – ablehnend gegenüber stand. In der darauffolgenden Sitzung des Ministerrats am 1. Juli teilte Figl lakonisch mit, dass am 25. Juni der „Marshall-Europa-Plan“ unterzeichnet wurde und Österreich der erste Staat sei, der vom 350 Millionen Dollar-Kredit der USA einen Nutzen ziehen werde. Obwohl Altmann an der Sitzung teilnahm, folgte keine weitere Debatte über diese Information.[26]

Damit nicht genug, ließ sich Karl Gruber durch den angesprochenen Zirkulationsbeschluss ermächtigen, „durch den Pariser Gesandten dem französischen Außenminister unser großes Interesse an dem Marshall Europa-Plan zum Ausdruck zu bringen und gleichzeitig auch die Außenminister in Washington, London und Moskau über diesen Schritt zu informieren“.[27] Aktenmäßig findet sich sein Antrag nicht als Beilage zu den Protokollen des Ministerrats, sondern nur in der Ablage der politischen Sektion des Außenamts.[28] In redaktionell leicht bearbeiteter Textierung findet sich der Beschluss am Ende des Beschlussprotokolls der 74. Sitzung am 1. Juli 1947, datiert mit 24. Juni.[29] In der *Wiener Zeitung* wurde am 29. Juni nur im Kleingedruck-

ten mitgeteilt, dass die Beschlussfassung am Abend des 28. Juni erfolgt sei,[30] obwohl der Öffentlichkeit zweifelsohne bekannt war, dass die Sitzungen des Ministerrats nicht am Samstag, sondern immer am Dienstag stattfanden. Bei Lektüre der Ministerratsprotokolle dieser Wochen wird man auch indirekt nicht auf diesen Umlaufbeschluss aufmerksam, was in geradezu umgekehrtem Verhältnis zu seiner politischen Bedeutung steht. Zu ergänzen bleibt, dass der auf dem Zirkulationswege gefasste Beschluss ohne die Zustimmung Altmanns zustande gekommen ist. Der KPÖ-Minister wurde weder telegrafisch noch auf anderem Wege in die Beschlussfassung eingebunden.

Aus dem an die Parteiführung gerichteten Bericht von Karl Altmann über die darauffolgenden Sitzungen des Ministerrats am 1. und 8. Juli 1947 geht hervor, dass der KPÖ-Minister bis zum 8. Juli (!) vom Zirkulationsbeschluss, der in der *Wiener Zeitung* bereits beiläufig erwähnt worden war, keine Kenntnis erlangt hatte.[31] Nicht auszuschließen ist, dass er den Beschluss mit der bloß diplomatischen Floskel, wonach durch den österreichischen Gesandten in Paris ein „großes Interesse“ am Europa-Plan zum Ausdruck gebracht werden sollte, mit dem inhaltlich ähnlich gelagerten Beschluss über den „Relief Act“ identifizierte und ihm auch deshalb keine größere Bedeutung beigemessen hat. Auch allfällige Unklarheiten über die in diesen Tagen modifizierte sowjetische Linie gegenüber der Pariser Konferenz spiegeln sich im Schreiben Altmanns vom 1. Juli nicht wider. Den „Relief Act“ hatte Altmann zu diesem Zeitpunkt überdies „nur flüchtig durchgesehen“.[32]

## Win-win-Situation

Obwohl Karl Altmann und die KPÖ von Karl Gruber sowohl formal als auch inhaltlich überrumpelt worden waren, folgte in den nächsten Tagen und Wochen in der kommunistischen Presse keine Skandalisierung dieser regierungsinternen Vorgänge. Abgesehen von der strengen Vertraulichkeit des Ministerrats sind dafür zwei Erklärungsfaktoren in Betracht zu ziehen: Zum einen wurde in Moskau eine sowjetische Beteiligung am europäischen Wiederaufbauprogramm tatsächlich ernsthaft in Erwägung gezogen,[33] was durch die Teilnahme Molotows an der Pariser Vorkonferenz deutlich wurde. Diese Tatsache hätte Altmann – im Falle einer Teilnahme an der Ministerratssitzung – zumindest zu einer abwartenden Haltung Anlass gegeben. Grubers Manöver wurde aber aus einem anderen Grund auch im Nachhinein nicht öffentlich gemacht: Im Falle eines Einspruchs seiner Partei gegen den „Relief Act“ wäre Altmann bereits Ende Juni 1947 nichts anderes übrig geblieben, als seinen Rücktritt einzureichen und aus der Regierung auszuscheiden. Ein solcher Schritt hätte aber zu diesem Zeitpunkt gewiss keine Massenbewegung gegen die Regierung Figl-Schärf ausgelöst, wie von der KPÖ mit dem schon länger ins Auge gefassten Regierungsaustritt intendiert war. „Es ist bei dieser Angelegenheit, wie mir scheint, sogar günstig, dass ich bei der Ministerratssitzung nicht anwesend war und dass ich überdies vor meiner Abreise noch keine Kenntnis von dem Tagesordnungspunkt hatte“, resümierte Karl Altmann vor diesem Hintergrund die Beschlussfassung über den „Relief Act“.[34]

**Karl Altmann, Bundesminister für Energiewirtschaft und Elektrifizierung, beim Jugendtag der FÖJ am 4. Oktober 1947, dahinter Ernst Fischer und Franz Honner.**

Angesichts ihrer prekären Zwischenstellung als de facto Oppositionspartei im Rahmen eines Regierungsbündnisses entpuppte sich die Überrumpelung der KPÖ damit als eine solche zu ihrem eigenen Vorteil. Man mag über die Motive spekulieren, warum die KPÖ diese intransparenten Vorgänge nicht öffentlich als weiteren Beleg für die einseitige Westorientierung der beiden anderen Regierungsparteien angeprangert hat. Nicht aufrechtzuhalten ist jedoch die Deutung, wonach Altmann aus Naivität – weil er „nicht rechtzeitig die sowjetische Linie gewittert“ hatte[35] – einer österreichischen Teilnahme zugestimmt habe. Die dahingehende Beschlussfassung der österreichischen Regierung war Ende Juni 1947 ohne sein Wissen und ohne seine Zustimmung erfolgt – was sich insofern als eine „win-win“-Situation herausstellte, als die KPÖ damit weder gegen die damals noch unklare sowjetische Linie Stellung beziehen musste noch zu einem für sie ungünstigen Zeitpunkt aus der Regierung gedrängt wurde.

Als am 8. Juli 1947 der Ministerrat erneut zusammentrat, hatte sich die Lage dahingehend geklärt, dass die Sowjetunion ihre anfangs abwartende Position aufgegeben hatte und infolge ihrer Ablehnung auch die anderen osteuropäischen Länder ihre Zusage zur Teilnahme am Marshall-Plan zurückgezogen hatten.[36] Bezeichnenderweise wurde Altmann erst anlässlich dieser Sitzung der bereits im Juni gefasste Zirkulationsbeschluss übermittelt: „Beigefügt war ein Antrag an den Ministerrat (datiert vom 24. Juni 1947), dessen Abschrift ich ebenfalls beifüge. Was diesen letzteren Antrag betrifft, so ist er offenbar während meiner Abwesenheit im Zirkulationswege angenommen worden. Ich habe den Akt niemals zur Unterfertigung bekommen […]“, so sein Bericht an die KPÖ-Führung über die Ministerratssitzung am 8. Juli,[37] mehr als zwei Wochen nach dem Zirkulationsbeschluss. Altmann brachte nun in der Sitzung des Ministerrats grundsätzliche Bedenken gegen die Entsendung einer österreichischen Delegation nach Paris vor. Angesichts der offensichtlichen Differenzen zwischen

**Plakat für eine Veranstaltungsserie der KPÖ im Jahr 1948**

den Großmächten müsse Österreich „äußerst vorsichtig sein, jedenfalls so vorsichtig, daß wir nicht den Anschein erwecken, daß wir etwa unsere Politik einer der beiden Gruppen vollständig unterordnen wollen". Konkret schlug Altmann vor, dass Österreich an der Konferenz nur als Beobachter teilnehmen solle, um der Gefahr zu entgehen, dass es sich im Falle einer Blockbildung durch die Teilnahme am Marshall-Plan „auf eine Seite dieses Blockes schlägt". Der österreichische Gesandte in Paris Alois Vollgruber solle also angewiesen werden, dass „seine Mission" bei der Konferenz „nur informativen Charakter" habe.[38] Trotz dieser gewichtigen Einwände schloss sich an seine Ausführungen, denen die Ministerkollegen „sozusagen mit angehaltenem Atem"[39] gelauscht hatten, keine weitere Diskussion an. Da es Altmann im Rahmen seiner Argumentation vermieden hatte, ein dezidiertes Veto vorzubringen, wurde ohne jede weitere Debatte beschlossen, die Einladung zur Pariser Tagung am 12. Juli 1947 anzunehmen und eine Delegation zu entsenden.[40] Es wäre an Altmann gelegen, in dieser Situation zu insistieren, was aber unweigerlich die Frage nach den weiteren Konsequenzen nach sich gezogen hätte.

In Kenntnis des Wortprotokolls dieser Ministerratssitzung am 8. Juli 1947 wird es also schwer als bemerkenswert und „auffallend" eingeschätzt werden können, dass der KPÖ-Minister ein zweites Mal die österreichische Teilnahme am Marshall-Plan mitgetragen habe, was in der Forschungsliteratur nicht zuletzt deshalb mit großer Verwunderung zur Kenntnis genommen wurde, als zu diesem Zeitpunkt die definitive Ablehnung Moskau bereits klar war.[41] Angesichts der Gefahr, trotz seiner vorgebrachten Einwände vollauf mit dem Regierungsbeschluss identifiziert zu werden, ließ Altmann tags darauf in der *Volksstimme* eine Erklärung veröffentlichen, wonach die wirtschaftliche Hilfeleistung der USA zur Unterstützung eines planmäßigen Wiederaufbaus Österreichs im Rahmen einer Zusammenarbeit der europäischen Staaten grundsätzlich zu begrüßen sei. Da aber über den genauen Inhalt des Planes noch nichts bekannt sei, dürfe Österreich keinesfalls „an einer Gruppierung teilnehmen, die einzelnen Mächten eine beherrschende Stellung gibt und praktisch eine Preisgabe der wirtschaftlichen und politischen Souveränität unseres Landes bedeuten würde". Über eine definitive Teilnahme am Marshall-Plan könne also erst entschieden werden, nachdem Österreich in Paris ausreichende Informationen erhalten habe,[42] so die Rückzugsformel der KPÖ, um ihre Einwände gegen die österreichische Teilnahme weiter inhaltlich aufrecht erhalten zu können, ohne sofort aufgrund grundsätzlicher Differenzen aus der Regierung ausscheiden zu müssen. Als am 12. Juli 1947 die Konferenz in Paris zusammentrat, wurde von der KPÖ die Gefahr einer Spaltung Europas kritisiert, die angesichts des Fehlens der osteuropäischen Länder von den dortigen Beschlüssen ausginge: „Solche Beschlüsse darf daher Österreich nicht für sich annehmen", so die dezidierte Position der KPÖ im Leitartikel der *Volksstimme*.[43] Damit hatte die KPÖ im Juli alle Möglichkeiten ausgeschöpft, ihre grundlegenden Einwände gegen die amerikanische Wirtschaftshilfe geltend zu machen, ohne das sofortige Auseinanderbrechen der Konzentrationsregierung zu riskieren.

Das spätere Beharren der KPÖ, dass Karl Altmann im Ministerrat nur eine Teilnahme an der Pariser Konferenz und nicht am Marshall-Plan schlechthin mitgetragen habe,[44] reflektiert also nur dieses im Juli 1947 vorhandene taktische Problem. Inhaltlich war auch zu diesem Zeitpunkt die ablehnende Haltung der Partei deutlich. Die Einschätzung des Historikers Wolfgang Mueller, dass die Zustimmung Altmanns zum Marshall-Plan vom 28. (!) Juni 1947 in der späteren KPÖ-Propaganda „dahin *umgedeutet* wurde, dass Altmann nur die Teilnahme an der Pariser Konferenz zugestimmt habe, nicht aber am Marshall-Plan an sich",[45] ist demgemäß nicht nur hinsichtlich der faktischen Rolle Altmanns zu korrigieren. Umgedeutet wurde die Zustimmung nicht von der KPÖ, sondern von den anderen beiden Regierungsparteien. Bemerkenswert ist weniger, dass die KPÖ angeblich der österreichischen Teilnahme am Marshall-Plan zugestimmt habe, sondern dass es ihr in diesen Wochen gelang, sich trotz ihrer ablehnenden Haltung gegenüber der amerikanischen Wirtschaftshilfe nicht aus der Regierung verdrängen zu lassen. Resümiert man die Vorgänge im Ministerrat in den Tagen zwischen dem 24. Juni und dem 8. Juli 1947, so wird weniger die Unsicherheit der KPÖ über eine allfällige Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan deutlich als vielmehr die Tatsache, dass für die Partei im Rahmen der Figl-Regierung keinerlei Möglichkeiten mehr bestanden, grundsätzliche Einwände gegen die außenpolitische Orientierung der ÖVP-SPÖ-Mehrheit vorzubringen.

Für die KPÖ ging es in der zweiten Jahreshälfte 1947 letztlich nur noch darum, den geeigneten Zeitpunkt für einen Austritt zu finden bzw. sich nicht in einem ungünstigen Moment aus der Regierung drängen zu lassen. Zur entscheidenden Bruchlinie wurde die im November 1947 beschlossene Währungsreform, die als notwendige Bedingung für die Umsetzung des Marshallplans galt. Im Zusammenhang mit der Kongresshilfe der Amerikaner waren strenge Preiskontrollen verlangt worden und der Geldüberhang sollte beseitigt werden. Die in Geheimverhandlungen zwischen Politikern der beiden großen Parteien mit Vertretern der Großbanken und unter Ausschluss der KPÖ ausverhandelte Währungsreform brachte eine „Sanierung der Banken auf Kosten der Werktätigen", wie Friedl Fürnberg, der Generalsekretär der KPÖ, kritisierte.[46] Nach der Beschlussfassung des „Währungsschutzgesetzes" in der Sitzung des Nationalrats am 19. November 1947 schied die KPÖ aus der Regierung aus.[47] Die Konzentrationsregierung wurde zur „Großen Koalition", die sie de facto von Anfang an gewesen war.

## Die Kritik der KPÖ an der „Marshallisierung"

Mit der Teilnahme Österreichs am Marshall-Plan wurde die außenpolitische Westorientierung endgültig festgeschrieben. Die KPÖ musste sich der Erkenntnis stellen, „daß die erste große Welle

der revolutionären Nachkriegsbewegung an dem Tor von Österreich Halt gemacht hat“, wie Ernst Fischer die Eingliederung Österreichs „in die kapitalistische Welt“ und in den „Marshall-Block“ umschrieb.[48] Als sowjetische Antwort auf die Truman-Doktrin und den Marshall-Plan wurde im September 1947 das Kommunistische Informationsbüro (Kominform) gegründet. Andrej Schdanow verkündete auf der Gründungskonferenz in Szklarska Poręba in Polen die Zwei-Lager-Theorie, deren Quintessenz darin bestand, dass die Welt in zwei antagonistische Lager geteilt sei, die einander in einem sich zuspitzenden Klassenkampf gegenüberstünden: in ein imperialistisches und antidemokratisches Lager des Krieges mit den USA an der Spitze und ein antiimperialistisches und demokratisches Lager, ein Lager des Friedens, in dem die Volksdemokratien und die kommunistischen Parteien mit der Sowjetunion als Kraftzentrum zu finden waren.

Mit der nun einsetzenden Kampagne gegen den US-Imperialismus rückte die Kritik an der „Marshallisierung“ Österreichs in den Mittelpunkt der KPÖ-Propaganda. Während der politisch-strategische Charakter des Marshall-Plans als Instrument der Westorientierung und des Antikommunismus richtig erkannt wurde,[49] schätzte die KPÖ seine wirtschaftlichen Auswirkungen falsch ein. Angesichts der drohenden Dominanz des amerikanischen Kapitals und der daraus resultierenden Abhängigkeit Österreichs wurde der Marshall-Plan als Strategie der „Kolonialisierung“ und wirtschaftlichen „Versklavung“ Österreichs interpretiert.[50] Österreich solle durch den Marshall-Plan und „mit Hilfe der österreichischen Marshall-Regierung in eine amerikanische Kolonie verwandelt werden“,[51] so die Kritik der KPÖ. Ein taktisches Kalkül dieser Argumentationslinie bestand darin, die gegen die Partei gerichteten Vorwürfe in der nationalen Frage umzukehren: Die als „Russenpartei“ geschmähte KPÖ klagte nun umgekehrt die Regierung an, fremden Interessen zu dienen und kritisierte sie als „Agenten und Lakaien des amerikanischen Kapitalismus“.[52] Der Marshall-Plan wurde demgemäß als Preisgabe der nationalen Souveränität sowie als „Plan der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterwerfung“ und Zerreißung Europas kritisiert.[53] Die KPÖ spitzte die Kolonialisierungsthese derart zu, dass „die Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit gegen die amerikanischen Imperialisten“ als „revolutionäre Aufgabe“ und als

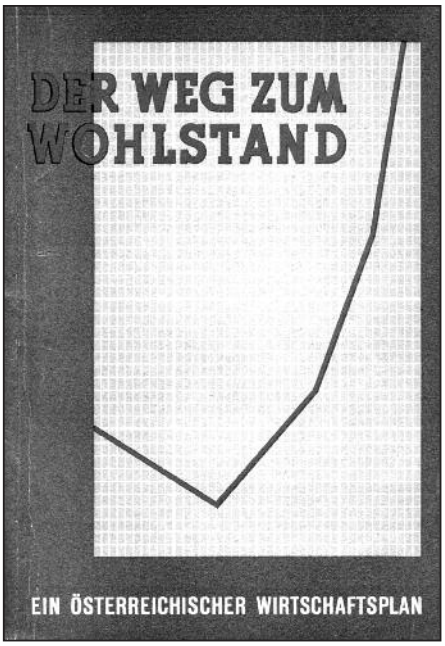
**Kundgebung der KPÖ am 1. Mai 1949 auf der Wiener Ringstraße.**

Kampf um nationale Befreiung interpretiert wurde.[54] Politisch zielte diese Interpretation darauf ab, im Bemühen um eine Mobilisierung der Bevölkerung gegen die „koloniale Versklavung“ nationale und soziale Interessen zu verknüpfen. Dies änderte aber nichts daran, dass es der KPÖ mit ihrer Kritik am Marshall-Plan nicht gelang, die Initiative in Fragen der nationalen Souveränität zurückzugewinnen: „Die Amerikaner bringen uns was, die Russen nehmen uns was“, fasste etwa das ZK-Mitglied Ditto Pölzl die „sehr einfachen“ Argumente der SPÖ zusammen, die ihr – seiner Meinung nach – ein „Übergewicht der Propaganda“ sicherten.[55]

Die Hauptargumente gegen den Marshall-Plan waren die angeblich beabsichtigte Entindustrialisierung Österreichs, die Unterbindung des Handels mit dem Osten und die Bevorzugung Westösterreichs durch die ERP-Mittel.[56] Schon vor Ankündigung des Marshall-Plans hatte die KPÖ angebliche Pläne des Auslandskapitals und des reaktionären Flügels der ÖVP kritisiert, die Großindustrie zu schwächen und „Österreich als Industrieland zu vernichten“.[57] In der Resolution des Zentralkomitees vom Jänner 1947 wurde die „Verkrüppelung Österreichs in ein Land des Rohstoffexportes, der Kleinindustrie und des Fremdenverkehrs“ kritisiert, während die entscheidenden Industrien – gemäß den Plänen der „reaktionären Drahtzieher der österreichischen Politik“ – stillgelegt werden sollten, um „der Arbeiterklasse das Rückgrat zu brechen“.[58] Ziel des Marshall-Plans sei es, so die kommunistische Kritik, „Österreich als Industrieland auszuschalten und unsere Wirtschaft von ihren natürlichen Handelspartnern und Absatzmärkten im Osten und Südosten Europas abzusperren“.[59] Richtig erkannt wurden die Auswirkungen auf den Außenhandel, die eine Einschränkung der traditionellen Wirtschaftskontakte mit den ost- und südosteuropäischen Ländern und einen Rückgang der Exporte in den Osten zur Folge hatten. Richtig war auch, dass durch den Marshall-Plan Infrastrukturunterschiede zwischen Ost- und Westösterreich verstärkt wurden, flossen doch 81 Prozent der Gelder in die westlichen Bundesländer.[60] Die angebliche Entindustrialisierung Österreichs wurde aber durch den Aufbau einer modernen Wirtschaftsinfrastruktur und Produktionssteigerungen der österreichischen Industrie widerlegt.

## KPÖ-Wirtschaftsplan „Der Weg zum Wohlstand“

Im Juni 1948 legte die KPÖ in Reaktion auf den Marshall-Plan einen eigenen „Dreijahresplan“ für die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft vor. Bereits am 1. Mai 1948 großformatig in der Parteipresse angekündigt,[61] wurde das Dokument mit dem Titel „Der Weg zum Wohlstand“ am 9. Juni 1948 vom Zentralkomitee der Partei beschlossen.[62] Seit März dieses Jahres war der Wirtschaftsplan in monatelanger Arbeit von der Wirtschaftspolitischen Kommission der KPÖ ausgearbeitet worden – unter Federführung von Theodor Prager und unter Hinzuziehung zahlreicher Experten aus verschiedenen Wirtschaftszweigen, darunter auch der spätere Linzer Universitätsprofessor Kurt W. Rothschild.[63] Als




**Wirtschaftsplan der KPÖ „Der Weg zum Wohlstand“ vom Juni 1948.**

Vorbild diente ein ähnlicher Dreijahresplan, den die Kommunistische Partei Großbritanniens im November 1947 vorgelegt hatte.[64] Der Plan forderte die Verstaatlichung der gesamten Großindustrie und des Bankwesens bei gleichzeitiger Förderung der Klein- und Mittelbetriebe und der Gewerbetreibenden. Weitere Forderungen zielten auf die Durchführung einer demokratischen Bodenreform und die Festigung der Währung durch die Abschöpfung der Kriegs- und Konjunkturprofite bei gleichzeitiger Einführung einer Vermögensabgabe ab. Die gesamtstaatliche Wirtschaftslenkung und Ressourcenverteilung sollte „den Weg für eine Planung der Volkswirtschaft Österreichs ebnen“.[65]

Wichtigster Gedanke des Wirtschaftsplans waren Wirtschafts- und Handelsabkommen mit den volksdemokratischen Ländern. Güter wie Kohle, Nahrungsmittel und Maschinen sollten vor allem aus dem Osten importiert werden, um Österreich im Gegenzug ein „von allen Krisenschwankungen freies Absatzgebiet von unbeschränkter Aufnahmefähigkeit“ zu sichern. Amerikanische Finanzkredite sollten durch „kurz- und mittelfristige Warenkredite von seiten jener Länder, die uns beliefern“, ersetzt werden.[66] In der konkreten sozialökonomischen Politik der Partei spielte der Plan jedoch kaum eine Rolle. Vielmehr bewahrheitete sich die Befürchtung Johann Koplenigs, dass er vor allem ein „Nachschlagbuch für Wirtschaftsfachleute“ darstellen werde.[67] Damit spielte der Parteivorsitzende auf die Tatsache an, dass der Wirtschaftsplan nicht nur ein Aktionsprogramm für die nächsten drei Jahre beinhaltete, sondern auch eine bemerkenswerte Analyse der damaligen wirtschaftlichen Struktur Österreichs darstellte. Der tagespolitische Gebrauchswert des Wirtschaftsplans war vor allem deshalb eingeschränkt, als er den grundlegenden Ausweg „aus der Sackgasse der kapitalistischen Krisenwirtschaft und der Marshallisierung“ mehr oder weniger aus der Perspektive eines volksdemokratischen Österreich aufzeigte, seine Realisierung also – wie Franz Honner, stellvertretender Vorsitzender der KPÖ, am 14. Parteitag festhielt – erst möglich sei, „wenn die politischen Voraussetzungen dazu gegeben sind“.[68] In der zeitgenössischen wirtschaftspolitischen Auseinandersetzung wurde der Wirtschaftsplan der KPÖ weitgehend ignoriert.

## Unterschätzte Entwicklungsdynamik

Falsch eingeschätzt wurden von der KPÖ die langfristigen Auswirkungen der amerikanischen Wirtschaftshilfe, die unter dem alleinigen Gesichtspunkt der Ausbeutung gedeutet wurde. Um die nur vorgeblich „wohltätige Wirkung des Marshall-Plans“[69] zu demaskieren, prognostizierte die KPÖ eine „Senkung des Lebensstandards der breiten Massen“, Massenarbeitslosigkeit und die „Verelendung der werktätigen Schichten“.[70] Tatsächlich ging es den USA aber mit dem Marshall-Plan nicht um eine Ausplünderungs- oder Kolonialisierungspolitik, sondern um eine Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage zur Restauration des Kapitalismus. „Der Marshall-Plan hat uns nicht versklavt und nicht in Arbeitslosigkeit und Krise gestürzt, sondern Österreich aus dem Ärgsten herausgeführt und den Gesamtstandard unseres Lebens […] verbessert“, hielt der sozialdemokratische Journalist Jacques Hannak der KPÖ-Propaganda entgegen.[71] Die „Katastrophen-Erwartungspolitik der KPÖ“ sei schließlich völlig hilflos gewesen, hält auch der Wirtschaftswissenschafter Hans Prader fest, „als dann die ökonomische Expansion einsetzte und die von der KPÖ vorausgesagten Folgen nicht eintrafen“.[72]

In einem größeren Kontext zeigt die kommunistische Fehleinschätzung der wirtschaftlichen Zielsetzungen des Marshall-Plans, dass die Dynamik der damaligen kapitalistischen Entwicklung von der KPÖ generell unterschätzt bzw. verkannt wurde. Ende 1947 prognostizierte die Partei noch ein Versinken Westeuropas in wirtschaftlichen Krisen.[73] Ab Herbst 1948 wurde zwar eine gewisse „Normalisierung“, „Erholung“ und „Stabilisierung“ der österreichischen Wirtschaft festgestellt,[74] langfristig betrachtet blieb aber die Einschätzung wirksam, dass der Marshall-Plan zu einer neuerlichen Wirtschaftskrise führen werde: „Österreich geht, wenn es die Marshall-Politik fortsetzt, unaufhaltsam der Katastrophe entgegen“, war im Februar 1950 angesichts von 133.000 Arbeitslosen in Österreich in *Weg und Ziel*, dem Theorieorgan der KPÖ, zu lesen.[75] Selbst als Anfang der 1950er Jahre der wirtschaftliche Aufschwung deutlich geworden war, wurde der Marshall-Plan in der Resolution des 15. Parteitags weiter als „Instrument zur Versklavung der Volksmassen“ kritisiert, das die Krisenmomente der kapitalistischen Wirtschaft weiter verstärke.[76] In Wahrheit leitete der Marshall-Plan die längste Konjunkturperiode der Nachkriegsgeschichte ein. Er wirkte als Initialzündung der Nachkriegskonjunktur und als Stabilisierungsfaktor des kapitalistischen Systems.

Die KPÖ war vor allem deshalb nicht in der Lage, die Entwicklungsdynamik des Kapitalismus theoretisch zu verarbeiten, als ihrem Kapitalismusverständnis Thesen Josef Stalins von einer automatischen Verschlechterung der Wirtschaftslage zugrunde lagen.[77] Das kapitalistische System wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs als angeschlagen betrachtet, sodass dessen endgültige Niederlage infolge einer neuen Wirtschaftskrise nur als eine Frage der Zeit erschien. Johann Koplenig charakterisierte etwa im November 1949 den wieder aufgerichteten Kapitalismus in Europa als „ein höchst ungesundes, nicht sehr lebensfähiges Schattengewächs“.[78] Während der Imperialismus als parasitär eingeschätzt und als seine Haupttendenz die Stagnation erkannt wurde, gingen die kommunistischen Parteien umgekehrt von einer ungebrochenen Aufwärtsentwicklung der sozialistischen Länder aus. Ungeachtet der bereits erkennbaren ökonomischen Stabilisierung kam sowohl am 15. Parteitag im Jahr 1951 als auch am 16. Parteitag im Jahr 1954 die Erwartungshaltung der KPÖ hinsichtlich einer fortschreitenden Krisenanfälligkeit des Kapitalismus zum Ausdruck. Entgegen dieser Prognosen wurde Anfang der 1950er Jahre eine langwährende, stabile Periode der Nachkriegskonjunktur eingeleitet, die einen Aufschwung des Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung und eine sichtbare Steigerung des

privaten Konsums zur Folge hatte. Während es der Regierung gelang, die Löhne und Preise zu stabilisieren, hielt die KPÖ an agitatorischen Parolen aus der Zeit der Lohn- und Preis-Abkommen fest. Die ökonomischen Analysen der KPÖ gerieten in Widerspruch zu den unmittelbaren Erfahrungen der Werktätigen. „Diese wichtigen wirtschaftlichen Veränderungen, die zu einer Wendung der Stimmung der Massen geführt haben, wurden von uns nicht nur nicht rechtzeitig erkannt, sondern im Gegenteil sogar lange direkt bestritten“, wurde im November 1953 in einem Thesenentwurf selbstkritisch eingeschätzt. Die Partei habe „in vielen Fragen die Haltung fortgesetzt, die sie seinerzeit in einer durchaus anderen Situation, eingenommen hat“.[79] In Fragen des Wiederaufbaus bestand in der kommunistischen Agitation die Tendenz, „alles zu negieren, anstatt die Leistungen der arbeitenden Bevölkerung hervorzuheben“.[80] Im Mai 1956 wurde von Johann Koplenig eingestanden, dass die Auswirkungen der Konjunktur „lange Zeit hindurch unterschätzt“ worden seien.[81]

Die Kampfbereitschaft der ArbeiterInnenklasse wurde neben der verbesserten materiellen Lage auch durch die Herausbildung der Sozialpartnerschaft als System der Konfliktverhütung gezähmt. Deren Entwicklung zum Regulierungsinstrument und Herrschaftssystem des österreichischen Kapitalismus wurde von der KPÖ zunächst nur unzureichend erkannt und analysiert.[82] Für die Partei war die neue Entwicklungsetappe auch insofern von Bedeutung, als die vielfältigen politischen Aktivitäten an der Basis – allen voran ihre sozialökonomische Politik gegen das System der Lohn-Preis-Pakte – angesichts des „Wirtschaftswunders“ in eine längerfristige Strategie eingepasst werden mussten. Eine „ihrer Kernkompetenzen, die klassenkämpferische Interessensvertretung“, die in den Jahren ab 1947 das oppositionelle Profil der KPÖ geprägt hatte, büßte angesichts der Stabilisierung der kapitalistischen Ökonomie an Bedeutung ein.[83] 1952/53 war die Periode des Wiederaufbaus mit ihren seit 1947/48 währenden Klassenauseinandersetzungen im wesentlichen abgeschlossen.

**Anmerkungen:**

1/ Mugrauer, Manfred: „Reaktionäre aus der Regierung hinauswerfen“. Die „Figl-Fischerei“ im Mai/Juni 1947, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, 25. Jg. (2018), Nr. 2, S. 1–8.

2/ Wippermann, Wolfgang: Heilige Hetzjagd. Eine Ideologiegeschichte des Antikommunismus. Berlin 2012, S. 69.

3/ Z.B. Rauchensteiner, Manfried: Stalinplatz 4. Österreich unter alliierter Besatzung. Wien 2005, S. 123; Stourzh, Gerald: Um Einheit und Freiheit. Staatsvertrag, Neutralität und das Ende der Ost-West-Besetzung Österreichs 1945–1955. Wien, Köln, Graz [5]2005 (Studien zu Politik und Verwaltung, Bd. 62), S. 106.

4/ Sturmthal, Adolf: Amerikanische Wirtschaftsperspektiven, in: *Die Zukunft. Sozialistische Monatsschrift für Politik und Kultur*, Nr. 9, Mitte September 1947, S. 260–262, hier S. 262.

5/ Pelinka, Anton: Der Marshall-Plan und die österreichische politische Kultur, in: Bischof, Günter/Stiefel, Dieter (Hg.): „80 Dollar“. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshall-Plan in Österreich 1948–1998. Wien 1999, hier S. 258.

6/ Rathkolb, Oliver: Die Zweite Republik (seit 1945), in: Lackner, Christian u.a.: Geschichte Österreichs. Stuttgart 2015, S. 525–594, hier S. 568.

7/ Bischof, Günter: Die Planung und Politik der Alliierten 1940–1954, in: Steininger, Rolf/Gehler, Michael (Hg.): Österreich im 20. Jahrhundert. Ein Studienbuch in zwei Bänden. Bd. 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Wien, Köln, Weimar 1997, S. 107–136, hier S. 130.

8/ Dollar und Unabhängigkeit, in: *Österreichische Volksstimme*, 19.9.1946, S. 1–2, hier S. 1f.

9/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 2. ZK-Plenums der KPÖ am 15.10.1946, Beilage 1: Referat von Johann Koplenig, S. 7f.

10/ Mähr, Wilfried: Der Marshallplan in Österreich. Graz, Wien, Köln 1989, S. 83–87, hier S. 83f.; Zöllner, Erich: Geschichte Österreichs. Von den Anfängen bis zur Gegenwart. Wien, München 81990, S. 536; Weiß, Florian: „Gesamtverhalten: Nicht sich in den Vordergrund stellen“. Die österreichische Bundesregierung und die westeuropäische Integration 1947–1957, in: Gehler, Michael/Steininger, Rolf (Hg.): Österreich und die europäische Integration 1945–1993. Aspekte einer wechselvollen Entwicklung. Wien, Köln, Weimar 1993 (Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck. Arbeitskreis Europäische Integration. Historische Forschungen. Veröffentlichungen, Bd. 1), S. 21–54, hier S. 25; Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 124; Mueller, Wolfgang: Die politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungspolitik in Österreich 1945–1955, in: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Vollnhals, Clemens (Hg.): Sowjetisierung oder Neutralität? Optionen sowjetischer Besatzungspolitik in Deutschland und Österreich 1945–1955. Göttingen 2006 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 32), S. 313–339, hier S. 326; Rauchensteiner, Manfried: Unter Beobachtung. Österreich seit 1918. Wien, Köln, Weimar 2017, S. 284.

11/ Pelinka: Marshall-Plan, S. 253.

12/ Rauchensteiner, Manfried: Der Sonderfall. Die Besatzungszeit in Österreich 1945 bis 1955. Graz, Wien, Köln 1979, S. 108.

13/ Portisch, Hugo: Aufregend war es immer. Wals 2015, S. 46.

14/ Gruber, Karl: Zwischen Befreiung und Freiheit. Der Sonderfall Österreich. Wien 1953, S. 175–180, hier S. 177.

15/ Mähr: Der Marshallplan in Österreich, S. 83f.

16/ Molotow warnt vor Spaltung Europas. Die Pariser Konferenz ohne Einigung beendet, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.7.1947, S. 1.

17/ Nach der Pariser Konferenz, in: *Österreichische Volksstimme*, 4.7.1947, S. 1–2, hier S. 1.

18/ Mähr: Der Marshallplan in Österreich, S. 84.

19/ Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 124.

20/ Gruber: Zwischen Befreiung und Freiheit, S. 176.

21/ Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 106.

22/ Vgl. Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik. Kabinett Leopold Figl I. 20. Dezember 1945 bis 8. November 1949, Bd. 6: 13. Mai 1947 bis 2. September 1947. Wien 2011 (i.d.F. MRP 6), S. 260.

23/ Ebd., S. 281f.

24/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 2.7.1947, S. 9.

25/ Neues amerikanisches Hilfswerk inauguriert, in: *Wiener Zeitung*, 26.6.1947, S. 1–2, hier S. 1.

26/ MRP 6, S. 300.

27/ Österreichisches Staatsarchiv (ÖStA)/Archiv der Republik (AdR), BKA AA, Sektion II–pol, Kt. 54, Zeichen Amerika 2, GZl. 107.651–pol/47, Zl. 107.900–pol/47 v. 4.7.1947.

28/ Ebd., GZl. 107.651–pol/47, Zl. 107.768–pol/47 v. 24.6.1947, Marshalls Europa Plan, Beilage: Antrag von Karl Gruber an den Ministerrat, S. 2f. Der Antrag Grubers ist auch abgedruckt in Gehler, Michael: Der lange Weg nach Europa. Österreich von Paneuropa bis zum EU-Beitritt. Dokumente. Innsbruck, Wien, München, Bozen 2002, Dok. V.6, S. 136–137.

29/ Beschlußprotokoll Nr. 74 über die Sitzung des Ministerrates am 1. Juli 1947, in: MRP 6, S. 324–330, hier S. 330. Auch aus dem Akt des Auswärtigen Amtes geht der 24. Juni als Datum der Beschlussfassung hervor. Stourzh geht aber auf Grundlage einer Paraphe von Generalsekretär Heinrich Wildner davon aus, dass der Beschluss in Wahrheit am 27. Juni erfolgte und rückdatiert wurde (Stourzh: Um Einheit und Freiheit, S. 107, Anm. 100).

30/ Bidault protestiert gegen Geheimhaltung, in: *Wiener Zeitung*, 29.6.1947, S. 1.

31/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 9.7.1947, S. 7.

32/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 2.7.1947, S. 9.

33/ Vgl. Loth, Wilfried: Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte. Berlin 1994, S. 92.

34/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 2.7.1947, S. 9.

35/ Stadler, Karl R.: Adolf Schärf. Mensch – Politiker – Staatsmann. Wien, München, Zürich

1982, S. 326.
36/ Vgl. Truman gegen Marshall-Plan?, in: *Österreichische Volksstimme*, 11.7.1947, S. 1.
37/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 9.7.1947, S. 7. In den Beilagen des Ministerratsprotokolls findet sich der Beschluss jedoch nicht (MRP 6, S. 338), was die Interpretation nahelegt, dass das Schriftstück zu diesem späten Zeitpunkt nur dem im Juni 1947 abwesenden KPÖ-Minister zur Kenntnis gebracht wurde.
38/ MRP 6, S. 350f.
39/ ZPA der KPÖ, Karl Altmann an das Politische Sekretariat des ZK der KPÖ, 9.7.1947, S. 7.
40/ MRP 6, S. 352.
41/ Mähr: Der Marshallplan in Österreich, S. 85; Rauchensteiner: Stalinplatz 4, S. 124.
42/ Einladung nach Paris angenommen, in: *Österreichische Volksstimme*, 9.7.1947, S. 1.
43/ Die Konferenz in Paris, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.7.1947, S. 1–2, hier S. 2.
44/ Ernst Fischer über die Hintergründe der österreichischen Außenpolitik, in: *Österreichische Volksstimme*, 12.12.1947, S. 2.
45/ Mueller: Die politischen Parteien in der sowjetischen Besatzungspolitik in Österreich, S. 326 (Hervorhebung M.M.).
46/ Fürnberg, Friedl: Klare Fronten, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 12, S. 817–826, hier S. 820.
47/ Die Kommunisten aus der Regierung ausgetreten, in: *Österreichische Volksstimme*, 20.11.1947, S. 1.
48/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.11.1949, Beilage 9: Ernst Fischer, S. 6.

**Verteidigung einer Ruine**
**Nachdenkliches zu 70 Jahren Grundgesetz**

Mit der Beilage »Deutsche Verfassungsprobleme – Geschichte und Gegenwart« von **Hermann Klenner**

**Das Thema:** *Ludwig Elm: Stasi-»Forschung« exemplarisch: Hochstapeln und denunzieren • Tim Engels: Freiheit stirbt mit Sicherheit • Raimund Ernst: »Eine Waffe der Demokraten« • Rolf Geffken: Gedenken oder Überdenken? • Patrik Köbele: »Kampfauftrag, statt Feiertag« • Ekkehard Lieberam: Dem »DDR-Sozialstaat« folgte die soziale Diskriminierung • Werner Rügemer: Arbeitsrechte – Blindstelle im Grundgesetz • Klaus Wagener: Verteidigung einer Ruine?*

**Weitere Themen:** *Wohnen – Bewegung, Alternativen, Eigentumsfrage; Wissenschaftler unterstützen »Fridays for Future«; Venezuela; Xis Europa-Besuch; Kulturgeschichte der DDR; »Deutschland AG«; Über Sexismus-Bashing, Sexualität und Pornographie*

| | |
|---|---|
| Einzelpreis | 9,50 € |
| Jahresabo | 48,00 € |
| ermäßigtes Abo | 32,00 € |

**Neue Impulse Verlag**
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel. 0201 | 23 67 57

**www.marxistische-blaetter.de**

49/ Vor dem 14. Parteitag der KPÖ. Was Österreich durch die Marshallisierung droht, in: *Österreichische Volksstimme*, 3.10.1948, S. 6.
50/ Koplenig, Johann: Gegen koloniale Versklavung! Durch Arbeitereinheit zum Sozialismus! Referat vor dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs am 24. September 1947. Wien: Stern-Verlag 1947 (Die aktuelle Reihe, Nr. 6), S. 8; ders.: Der Ausweg: 1. Die entscheidende Wendung. Wien: Stern-Verlag 1948, S. 23.
51/ Was ist nationale Unabhängigkeit? Wien: Stern-Verlag 1949 (Lehrhefte für die Schulung), S. 29.
52/ Koplenig, Johann: Vom 13. zum 14. Parteitag (Aus der Rede auf dem Plenum des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs am 28. August 1948.), in: *Weg und Ziel*, 6. Jg. (1948), Nr. 9, S. 601–619, hier S. 617.
53/ Resolution, in: Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs (Gekürztes Protokoll), hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Stern-Verlag o.J. [1948], S. 216–228, hier S. 217.
54/ Marek, Franz: Das Proletariat und die nationale Unabhängigkeit, in: *Weg und Ziel*, 10. Jg. (1952), Nr. 3, S. 172–182, hier S. 177.
55/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.3.1948, Beilage 18: Ditto Pölzl, S. 2.
56/ Volter, Hans: Der Marshall-Plan und Österreich, in: *die arbeit*, 2. Jg. (1948), Nr. 4, S. 16–17; Kostmann, Jenö: Warum wir den Marshall-Plan ablehnen, in: *die arbeit*, 2. Jg. (1948), Nr. 6, S. 26–28; Lenz, Georg [d.i. Adolf Löwy]: Was bringt der Marshall-Plan? Wien: Sowjetischer Informationsdienst 1949.
57/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 3. ZK-Plenums der KPÖ am 17.1.1947, Beilage 1: Referat von Friedl Fürnberg, S. 12 und 26.
58/ Resolution der Plenartagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Österreichs vom 17. Jänner 1947, in: *Weg und Ziel*, 5. Jg. (1947), Nr. 2, S. 148–151, hier S. 148.
59/ Volter: Marshall-Plan, S. 17.
60/ Stiefel, Dieter: Coca-Cola kam nicht über die Enns. Die ökonomische Benachteiligung der sowjetischen Besatzungszone, in: Bischof/Stiefel (Hg.): „80 Dollar“, S. 111–132, hier S. 123.
61/ Ein Dreijahresplan zur Hebung der Wirtschaft und des Lebensstandards, in: *Österreichische Volksstimme*, 1.5.1948, S. 5.
62/ Der Weg zum Wohlstand. Ein österreichischer Wirtschaftsplan. Ausgearbeitet von der Wirtschaftspolitischen Kommission beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Stern-Verlag 1948.
63/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.3.1948, S. 3; Alt, Peter [d.i. Kurt Rothschild]: Der Weg zum Wohlstand. Der Wirtschaftsplan der KPÖ, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg. (1948), Nr. 7/8, S. 488–492, hier S. 488.
64/ Aufbauprogramm der britischen Kommunisten, in: *Österreichische Volksstimme*, 4.1.1948, S. 2.
65/ Der amerikanische Imperialismus – der ärgste Feind der Völker. Wien: Sowjetischer Informationsdienst 1951, S. 64.
66/ Kostmann, Jenö: Ein Dreijahrplan des Wiederaufbaues, in: *die arbeit*, 2. Jg. (1948), Nr. 7/8, S. 22–24, hier S. 22.
67/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 8. ZK-Plenums der KPÖ am 28./29.8.1948, Beilage 32: Schlusswort von Johann Koplenig, S. 3.
68/ Der Kampf gegen den Marshall-Plan und der Wirtschaftsplan der KPÖ. Referat des Genossen Franz Honner, in: Der 14. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs, S. 71–81, hier S. 78 und 80.
69/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 6. ZK-Plenums der KPÖ am 12./13.10.1950, Beilage 1: Referat von Johann Koplenig, S. 1.
70/ Bericht des Genossen Koplenig an den XIV. Parteitag, hg. von der Kommunistischen Partei Österreich. Wien o.J. [1948], S. 5; Der Weg zum Wohlstand. Ein österreichischer Wirtschaftsplan, S. 15.
71/ Hannak, Jacques: Vier Jahre Zweite Republik. Ein Rechenschaftsbericht der Sozialistischen Partei. Wien 1949, S. 40.
72/ Prader, Hans: Die Angst der Gewerkschaften vor'm Klassenkampf. Der ÖGB und die Weichenstellung 1945–1950. Wien 1975 (In Sachen, Heft 1), S. 85.
73/ Fürnberg: Klare Fronten, S. 822.
74/ Prager, Theodor: Zur „Normalisierung“ der österreichischen Wirtschaft, in: *Weg und Ziel*, 6. Jg. (1948), Nr. 9, S. 620–627, hier S. 620.
75/ West, Franz: Bankrott des Marshall-Plans – Bankrott des Marshall-Sozialismus, in: *Weg und Ziel*, 8. Jg. (1950), Nr. 2, S. 108–118, hier S. 110.
76/ Resolution, in: Der 15. Parteitag der Kommunistischen Partei Österreichs im Wiener Konzerthaus, 1. bis 4. November 1951 (Gekürztes Protokoll), hg. vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Österreichs. Wien: Stern-Verlag o.J. [1952], S. 223–236, hier S. 224.
77/ Stalin, J.: Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR. Berlin 1952 (Kleine Bücherei des Marxismus-Leninismus), S. 57f.
78/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 4. ZK-Plenums der KPÖ am 11./12.11.1949, Beilage 1: Referat von Johann Koplenig, S. 10.
79/ ZPA der KPÖ, Thesen zur Diskussion über die Ergebnisse der letzten Wahlen, die politische Lage und die Aufgaben der Partei, Entwurf, 12./13.11.1953, S. 2.
80/ Koplenig: Der Kampf um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, S. 5.
81/ ZPA der KPÖ, Protokoll des 11. ZK-Plenums der KPÖ am 24./25.5.1956, Beilage 1: Referat von Johann Koplenig, S. 20.
82/ Wimmer, Ernst: „Sozialpartnerschaft“ aus marxistischer Sicht. Wien 1979, S. 12f.
83/ Baier, Walter: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008. Wien 2009, S. 122.

# Begegnungen mit Boris Brainin

## Erinnerungen an Besuche in Moskau und Wien anlässlich des Erscheinens von „Wridols Erinnerungen“

Robert Streibel

Ein kleiner handgeschriebener Zettel liegt seit nahezu 30 Jahren in meiner Schreibtischlade. Mit krakeliger Schrift bittet Boris Brainin darin die österreichische Botschaft in Moskau, dass bei seinem Ableben seine Erinnerungen dem Verfasser dieses Beitrags ausgehändigt werden sollen. Das Testament musste nie eingelöst werden, nicht weil der damals an den Rollstuhl gefesselte und zwischen Verzweiflung und Galgenhumor schwankende sowjetische Staatsbürger mit einem ewigen Leben gesegnet worden wäre, sondern weil es ihm möglich wurde, doch noch nach Österreich zu übersiedeln. Dennoch sind die Erinnerungen erst 30 Jahre nach unserer ersten Begegnung erschienen und zwingen zum Nachdenken und zur Reflexion, was diesem „Wridol“ – diesem Boris Brainin bzw. „Sepp Österreicher“, der mit verschiedenen Pseudonymen gelebt hat – mit seinen Aufzeichnungen gelungen ist. Seine Schilderungen als Häftling in der Sowjetunion unter Stalin – im Gefängnis, im Lager, in der Arbeitsarmee oder in der Verbannung – zeichnen das breitgefächerte Bild der Häftlingsgesellschaft, die keineswegs die Kriminellen ausklammert. Ein Fokus, der in den westlichen Darstellungen der Haft im Nationalsozialismus meist unterbelichtet ist.

Doch zurück zur ersten Begegnung in Moskau. Es war Ende Oktober, Anfang November 1989. Im Zuge eines Forschungsprojektes des Wissenschaftsministeriums hatten Hans Schafranek und ich unter der Projektleitung von Wolfgang Maderthaner, damals Leiter des *Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung*, die Möglichkeit, das Schicksal der ÖsterreicherInnen in der Sowjetunion zu erforschen. Es war die Zeit, als in der damaligen *Volksstimme* noch davon zu lesen war, dass Boris Brainin seinen Lebensmittelpunkt nach Sibirien verlegt hatte, als Parteihistoriker den Opferbegriff lediglich für die Ermordeten anwenden wollten. Demnach waren die Überlebenden des Gulags lediglich Opfer zweiter Klasse.

Die Gehsteige in Moskau waren mit einem Eispanzer überzogen, in den Archiven war es ratsam mit mindestens zwei Pullovern unter dem Wollsakko zu arbeiten, in den Hotels für TouristInnen saß noch in jedem Stockwerk ein Aufpasser. Im Moskauer Schularchiv, auf einem Dachboden, konnte ich – mangels Personals – einen ganzen Tag alleine verbringen, um die Akten der Kinder der ÖsterreicherInnen zu fotografieren. Doch nicht nur Archive standen auf dem Arbeitsplan, auch Besuche mit österreichischen ExilantInnen waren vorgesehen. Einer davon war Boris Brainin. Die Begrüßung an diesem 4. November 1989 war ungewöhnlich und fast ein wenig einschüchternd. Kettenrauchend im Rollstuhl empfing er mich mit den Worten: „Wie heißen sie? Streibler.“ Nach einer kurzen Richtigstellung: „Das heißt, ihr Vorfahr war ein streitsüchtiger Mensch, ein Sträubiger. Ja, ich befass mich auch mit der Geschichte der Familiennamen. Ich bekomme eine Menge Briefe aus dem Ausland. Ihr Name ist ein Spottname für einen Sträubigen, österreichisch Streibel. Verstehen Sie.“

Ich habe diese Erkenntnis bis jetzt nicht nachgeprüft, aber was hätte es für einen besseren Einstieg in ein Gespräch geben können mit einem Germanisten und Sprachforscher, der u.a. wegen einer in der Sowjetunion nicht genehmigten Theorie über den Ablaut a im Mittelhochdeutschen als „deutscher Spion“ galt. Weil er den Duden in der Ausgabe aus dem Jahr 1936 im Unterricht in Engels, dem Verwaltungssitz der autonomen Wolgadeutschen Republik, verwendet hatte, wurde er bezichtigt, rassistische Literatur einzusetzen. Der Hintergrund: Im Duden aus dem Jahr 1936 kam auch das Wort Hitler vor. Seine Studenten mussten die Mitschriften aus seinen Vorlesungen öffentlich verbrennen.

In den Interviews erschloss sich mir eine Welt, die mir höchstens aus der Literatur bekannt war. Der mörderische Stalinismus, in dem selbst die Verfolger zu Verfolgten wurden und es nicht nur einmal vorkam, dass Jahre später eine neuerliche Begegnung unter anderen Vorzeichen stattfinden konnte. In unserem ersten Gespräch debattierten wir noch, ob die sowjetische Jugendzeitschrift *Sputnik* in der DDR noch verboten oder wieder zugelassen war. Es bereitete ihm eine diebische Freude, dass er alle alten Kommunisten in Österreich überlebt hatte.

Nach meinem ersten Besuch zurück in Österreich kam ich gerade rechtzeitig, um mit unserer vier Monate alten Tochter Valerie vor den Nachrichten mit Bauklötzen „Die Mauer fällt“ zu spielen. Insgesamt konnte ich Boris Brainin noch zwei Mal in Moskau besuchen. Er rezitierte auswendig seine Gedichte, in denen er der Zensur nicht nur einmal ein Schnippchen geschlagen hatte. Diese Gedichte finden sich auch in seinen Erinnerungen wieder. Wir rauchten gemeinsam kleine mitgebrachte Zigarren und er kam dabei ins Schwärmen: „Da will man keine Zigaretten mehr rauchen.“ Seine Stimmung war von Mal zu Mal verzweifelter. „Ich lebe seit 57 Jahren in diesem Saustall, ich habe keine Muttersprache mehr. Da habe ich nicht Russisch gelernt und das Deutsche vergessen.“

### Versuch einer Biographie

Da ich seine schriftlichen Erinnerungen mit den Akten verglich, führte dies auch zu Diskussionen und warf für mich natürlich auch die Frage auf, wie weit die erzählte Geschichte den Tatsachen entspricht. Ein Streitpunkt war unter anderem die Tatsache, dass er im Gefängnis sowjetischer Staatsbürger wurde, was er als vorausblickende Entscheidung darstellte, da ihm so die Abschiebung nach Deutschland während des Hitler-Stalin-Paktes, die seinem Bruder widerfuhr, erspart blieb. Er übte auch Selbstkritik und gab zu, dass er noch lange – auch im Gefängnis – Stalin verteidigt hätte. Mit den gesammelten Unterlagen und Dokumenten versuchte ich, einen biografischen Abriss zu erstellen.

Die eigene Lebensgeschichte war bis vor kurzer Zeit nicht nur für die in seinen Büchern angeführten Kurzbiografien tabu. Geradlinig und hymnisch sind die Attribute, mit denen die Buchklappentexte umschrieben werden können. „Der Dichter, Nachdichter, Humorist und Satiriker Sepp Österreicher ist einer der populärsten sowjetdeutschen Schriftsteller“, „als Lektor für Poesie der Zeitung ‚Neues Leben‘ hat er große Verdienste um die Förderung der Sowjetdeutschen Literatur“,[1] ist dort etwa zu lesen. Einige

**Boris Brainin in Nishni Tagil (Ural) mit seinen Kindern Valeri und Lydia (1953)**

Jahre später wurden schon mehr Daten geliefert. Im Jahr 1983 hieß es noch, dass er in Nikolajew, Russland, geboren worden sei; die Tatsache, dass er in Österreich aufgewachsen ist, wurde jedoch verschwiegen.[2] 1986 war die Zeit reif für folgende Kurzbiografie: „Geboren 1905 in Nikolajew, lebte viele Jahre in Österreich, studierte an der Wiener Universität Germanistik und Geographie, Doktor phil. Seit 1927 Mitglied, seit 1978 Ehrenmitglied der KPÖ. Flüchtete aus Österreich nach den Februarkämpfen 1934. Rückkehr in die UdSSR 1935. Bedeutender Satiriker, Humorist und Nachdichter. Etwa 1500 Nachdichtungen sowjetischer Lyrik.“[3]

## Annäherung an die Wahrheit

Die Annäherung an die Wahrheit gleicht einer Sinuskurve. Eine Station auf diesem Weg stellte der Bericht in der *Volksstimme* dar, in dem eine weitere Lücke mit eine Umschreibung geschlossen wurde: „In Engels unterrichtete er Geschichte der deutschen Sprache, bis sich sein Wirken nach Sibirien verlegte.“[4] Die Kurve nähert sich weiter der Wahrheit. Auf einem Symposium über den Hitler-Stalin-Pakt in Wien kam es zu einer Kontroverse über diese skandalöse Umschreibung der Haft-, Lager- und Verbannungszeit von Brainin, die letztlich ihren Niederschlag in einem von Hans Schafranek geschriebenen *profil*-Artikel fand. Schafranek erkannte darin ein typisches Beispiel der Vergangenheitsbewältigung à la KPÖ: „Doch dieser Versuch der österreichischen Wendehälse, ein halbes Jahrzehnt nach Beginn von Glasnost und Perestroika die eigene Geschichte umzugestalten, endete bisher, der Halbherzigkeit wegen, in totaler Konfusion.“[5]

Für Mitglieder der zum Zeitpunkt der Diskussion noch bestehenden „Arbeitsgemeinschaft der KPÖ für Geschichte“ war dies alles nur ein Missverständnis: Boris Brainin habe es selbst so gewollt, da er auch in den 1980er Jahren noch gefürchtet hatte, seine Haftzeit zu erwähnen. Einen Schlussstrich unter diese Kontroverse setzte Brainin in einem Leserbrief an *Weg und Ziel*, die damalige theoretische Zeitschrift der KPÖ: „Dass ich meine Tätigkeit nach Sibirien verlegte, ist ein Erfindung von E. Feichtinger. Ich war nicht wenig erstaunt, als ich diese journalistische Spitzfindigkeit in der Volksstimme las.“[6] Der Lagerhäftling kann sich seiner Geschichte stellen, der Humorist verabschiedet sich.

## Entdeckt von Hugo Bettauer

Boris Brainin wurde am 10. August 1905 in Nikolajew in der heutigen Ukraine geboren und wuchs in einer Familie auf, die stark von der Mutter geprägt war. Unmittelbar nach der im selben Jahr stattfindenden Revolution floh die Mutter, die mit Leo Trotzki persönlich bekannt war, mit dem wenige Monate alten Wickelkind Boris nach Wien, um einer Verhaftung zu entgehen. Der Vater war zu diesem Zeitpunkt zum russisch-japanischen Krieg mobilisiert, desertierte und folgte der Familie nach Wien. „Ich bin mit der Muttermilch erzogen worden im Geist des russischen, revolutionären Proletariats. Da ist meine Mutter schuld daran. Meine Wiegenlieder waren ‚Brüder zur Sonne, zur Freiheit‘ und andere revolutionäre Lieder, die heute kein Mensch mehr kennt.“[7]

Bereits in der Volksschule muss Boris Brainin Antisemitismus erfahren, wenn er nicht – als feindlicher Ausländer – während des Ersten Weltkrieges überhaupt vom Schulbesuch ausgeschlossen war. Seine Hefte werden von Mitschülern zerrissen, und er wird auf offener Straße niedergeschlagen. Um den Sohn zu beschäftigen und die Zeit, bis Privatlehrer engagiert waren, zu überbrücken, gab die Mutter dem Neunjährigen Puschkin zum Übersetzen. Die Liebe zur Literatur wurde auch durch die jugendlichen Übersetzungsübungen nicht zerstört. Im Gymnasium liest er bereits Maupassant und Emil Zola im Original. Die Universitätsbibliothek schien Boris Brainin der geeignete Ort, um sich mit der deutschen Literatur bekannt zu machen. „Da habe ich viele Stunden in der Handelsakademie geschwänzt und bin in die Universitätsbibliothek gegangen und habe die deutsche Literatur von den Merseburger Sprüchen an zu lesen begonnen.“

Brainin begann Gedichte und lustige Geschichten zu schreiben und an diverse Zeitungen einzuschicken. Hugo Bettauer, der die Zeitung *Der Tag* herausgab, nahm sich des jungen Autors an, und so erschien in der Beilage zur Zeitung *Der Tag der Jugend* die erste Humoreske unter dem Pseudonym „Boris“ mit dem Titel „Meine Erste“. Gemeint war die erste lange Hose. Bettauer dürfte Vertrauen nicht nur zu den literarischen Fähigkeiten von „Boris“ gewonnen haben. Er betraute ihn mit dem Aufbau einer Organisation für junge Autoren, die sich regelmäßig zu Lesungen und Vorträgen in einem Palais in der Himmelpfortgasse trafen.

Der Brand des Justizpalastes und das Massaker unter den Demonstranten im Jahr 1927 markieren die Wende im Leben des jungen Sozialdemokraten, der die Ereignisse links vom Parlament stehend mit den Jugendlichen seiner SAJ-Gruppe miterlebte. Das Versagen der Sozialdemokratie veranlasste Brainin, der weiter links stehenden USAJ unter Leitung von Otto Kadmon beizutreten. Die Mutter war von diesem Schritt ihres Sohnes befriedigt, denn sie hatte schon die ganze Zeit über versucht, ihrem Boris klarzumachen, dass er bei den Sozialdemokraten nichts verloren habe.

Mit dem Schöngeistigen hat er jedoch nicht viel auf dem Hut. In den Sommerferien wandert er mit seiner Gitarre durch Europa. „Er sang auf Straßen, Hin-

terhöfen und Jahrmärkten. Die Tasche vollgestopft mit Münzen kehrt Boris in Herbergen ein, wo er unter den wandernden Arbeitslosen schnell bekannt wurde.“[8] Bei diesen Wanderungen kam er zu seinem ersten Pseudonym: „So wurde ich ziemlich populär unter diesen arbeitslosen Gesellen, die da herumgewandert sind. Die haben mich gefragt, wie heißt denn du? Ich konnte doch nicht sagen, ich heiße Boris. Ich sag’: ich heiß Sepp. Da habe sie mich genannt ‚Sepp, der Österreicher‘. Und so hab’ ich dieses Pseudonym gewählt. Hab’ ich gedacht, das ist wohl das Beste. Denn Österreicher bin ich geblieben, ein Russ’ ist aus mir nicht geworden, ich bin Österreicher geblieben.“[9]

## Ein Germanist bestimmt das „Rote Tempo“

Der KPÖ trat Boris Brainin im Jahr 1927 direkt in den Räumen des damaligen Zentralkomitees in der Alser Straße bei. „Der Friedl Fürnberg hat mich als Musikant gekannt und mich mit dem Aufbau einer Laiengruppe beauftragt.“ Zwischen dem Beitritt und dem ersten Auftritt in der Spielgruppe der KPÖ, dem *Roten Tempo*, lagen jedoch etwas mehr als vier Jahre, wie Boris Brainin einem Brief an Christine Kanzler feststellt, die über das proletarische Theater in Österreich gearbeitet hat.[10]

Als Boris Brainin zum *Roten Tempo* gerufen wurde, befand sich die Spieltruppe gerade in einer Krise, da einige GenossInnen, die die Gruppe geprägt hatten, auf Grund anderer Parteiaufträge dem *Roten Tempo* den Rücken kehren mussten. Boris Brainin war Org.-Leiter, Pol.-Leiter, Agitprop-Leiter und künstlerischer Leiter in einer Person. Der Gegensatz könnte größer nicht sein: der Germanistikstudent als Leiter einer Agitprop-Truppe. Die Auftritte der Truppe, die auf Dekorationen verzichtete und deren Mitglieder immer einfache Schlosseranzüge trugen, wurden mit dem „Lied vom Roten Tempo“ eingeleitet: „Wir sind das Rote Tempo / wir führen euch den Pfad, / den Pfad, den ihr marschieren müsst. / Komm in unsre Reihen /Proletariat! / Kämpf mit uns, Jungsozialist! / […].“[11] Boris Brainin stellte das Repertoire zusammen und schrieb einen Teil der Lieder selbst.

Gastspielreisen führten die Gruppe im Jahr 1931 nach Graz und in die Industrieorte Leoben, Judenburg und Grünbach. Über Neubeitritte zur KPÖ konnten sich die GenossInnen in den Schlosseranzügen freuen. In Leoben und Judenburg verdoppelte bis verdreifachte sich nach dem Auftritt des *Roten Tempos* die Parteiorganisation.

In einem 1975 verfassten Brief von Boris Brainin an die KPÖ beschreibt er die Aktionen des *Roten Tempos* und erinnert sich unter anderem auch an einen Vorfall in Graz: „In Graz kam eine Massenversammlung mit 2000 Besuchern zustande. Zu einem solchen Massenbesuch hatte uns die Polizei verholfen, die unser Konzert zuerst verbot, dann aber doch erlaubte. In Graz angekommen, ließ ich den Bus mit den Genossen auf einen Platz unweit des Parteilokals stehen. Überall sahen wir schon zu unserem Vergnügen die Plakate auf Mauern und Zäune: ‚Achtung! Das Rote Tempo kommt!‘ usw. Ich ging ins Parteisekretariat, um zu erfahren, wo sich das Versammlungslokal befindet. Es war eine Massenversammlung unter offenem Himmel im Garten eines großen Gasthauses vorgesehen und bereits erlaubt. Als ich mit der Adresse in der Hand zurückkam, war der Bus verschwunden. Aufgeregte Leute standen dort herum und teilten mir mit, dass alle meine Leute verhaftet waren. Ohne lange zu überlegen, lief ich zur Polizei. Der Wachhabende wollte mich nicht durchlassen, als ich aber sagte, ich sei der ‚Anführer‘ der Verhafteten, ging er mit mir in den ersten Stock und führte mich zu einem Offizier – siehe, da saßen sie alle! Der Offizier war nicht wenig erstaunt, dass der ‚Hauptschuldige‘, statt zu verduften, selber freiwillig erschien. ‚Sie wollen auch in den Häfen?‘, fragte er belustigt. Ich erklärte ihm, wir seien arbeitslose Schauspieler, die sich ein Stück Brot verdienen wollen ‚Wenn heute unsere Abendvorstellung ins Wasser fällt, so sind wir ruiniert und müssen uns als Bettelmusikanten durchschlagen. Also lassen Sie uns Lieber auftreten und wir verschwinden aus Graz, ohne Ihnen weiter zur Last zu fallen.‘ Als ich ihm vorschlug, ein paar Gstanzeln zur Gitarre vorzusingen, winkte er ab und verlangte nur, wir sollen ihm versprechen, dass wir die steirische Landesregierung nicht beleidigen. Das versprachen wir ihm hoch und heilig, worauf er uns entließ.“[12]

In diesem Brief erinnert sich Boris Brainin auch an einige verschollene Lieder wie jenes über das „Gürtel-enger-Schnallen“:

*„Achtung, SP-ler!*
*Du wirst immer schmäler*
*Schnallst dir immer enger deinen*
*Gürtel um den Wanst.*
*Doch deine Führer,*
*Rothschildsanierer,*
*meinen, dass du ihn noch*
*etwas enger schnallen kannst“*

An der Universität Wien studierte der „Proletkünstler“ Germanistik und beendete sein Studium im Jahr 1933 mit einer Dissertation über die Studien zur Naturschilderung in den deutschen geographischen Reisewerken des 19. Jahrhunderts ab.[13] Der Abschluss des Studiums wäre beinahe verteilt worden, da die Aktivisten des *Roten Tempos* bei einem der letzten legalen Auftritte im Frühjahr 1933 auf dem Brunnenmarkt in Ottakring verhaftet wurden. Brainin zeigte seinen Studentenausweis vor. Der Polizist meinte nur, würde er das melden, dann wäre Brainin längste Zeit Student gewesen, und forderte die Gruppe auf, sich nicht mehr im Bezirk blicken zu lassen.

## Lagerhaft und Verbannung

Erwin Matl, der Herausgeber von „Wridols Erinnerungen“, fasst das weitere Schicksal in den nun veröffentlichten Lebenserinnerungen kompakt zusammen: Nach den Februarkämpfen des Jahres 1934 floh Brainin über Polen in die Sowjetunion, wo er am 12. März 1935 eintraf. Obwohl er nicht als politischer Emigrant anerkannt wurde, konnte er 1935/36 Sprachwissenschaft am Pädagogischen Institut der Wolgadeutschen Republik in der Stadt Engels unterrichten. Unter seinen Studenten waren auch die Eltern des Komponisten Alfred Schnittke.

Brainin wurde am 5. Oktober 1936 verhaftet und am 21. August 1937 wegen antisowjetischer Propaganda und Mitgliedschaft in einer konterrevolutionären Organisation zu sechs Jahren Lagerhaft verurteilt. 1938 fiel Brainin dem Befehl des NKWD (Volkskommissariat für innere Angelegenheiten der Sowjetunion) Nr. 00439 zum Opfer (Operation zur Ergreifung von Repressivmaßnahmen an deutschen Staatsangehörigen, die der Spionage gegen die UdSSR verdächtig sind), wurde aber nicht erschossen. Bis 1942 befand er sich im Gulag im Nord-Ural und bis 1945 in der Arbeitsarmee in Gefangenschaft. Möglicherweise hat Brainin der Wechsel seiner Staatsbürgerschaft das Leben gerettet. Sein ebenfalls in die Sowjetunion emigrierter und später inhaftierter Bruder Wilhelm, der in Wien geboren wurde, hatte die sowjetische Staatsbürgerschaft nicht angenommen, da er wahrscheinlich auf eine Wiedervereinigung mit seiner Frau und seinem Sohn, die in Wien blieben, hoffte. Er wusste nicht, dass diese schon im Jahre 1939 von Wien nach Argentinien ge-

**Auftritt von Boris Brainin mit eigenen Liedern (1965)**

flüchtet waren und schätzte die politische Lage falsch ein: Er wurde 1940 nach Nazideutschland ausgewiesen und Ende 1941 im Konzentrationslager Majdanek ermordet.

Boris Brainin lebte ab 1946 in Verbannung mit Rechtsminderung in Nishni Tagil und später in Tomsk, lehrte an den dortigen Schulen und Hochschulen und wurde schließlich 1957 rehabilitiert. In Werchoturje heiratete er die Kinderärztin Assja Brajnina, geb. Passek (1946), in Nishni Tagil wurden sein Sohn Valeri Brainin (1948, lebt nun in Deutschland) und die Tochter Lydia Braynina (1953, lebt nun in den USA) geboren.

Valeri Brainin meint zu den Gulag-Erinnerungen seines Vaters. „Natürlich war das Leben im Gulag ein Alptraum, aber in den Memoiren meines Vaters wird der Leser nicht nur die schrecklichen Seiten finden. Unter den Protagonisten, die das Leben meines Vaters im Lager begleiteten, waren sowohl negative als auch positive Charaktere, unabhängig davon, ob es sich um Wachleute, politische Gefangene oder Kriminelle handelte. Mein Vater war von Natur aus Optimist. Er konnte in allen Lebenslagen etwas Positives und sogar Humorvolles sehen. In Wirklichkeit war das Leben im Lager wahrscheinlich schlimmer als er erzählen wollte. Aber genau das, also seine ungewöhnliche Sicht der Dinge, macht diese Erinnerungen so originell."

## Schriftsteller und Nachdichter

1959 wurde Brainin Mitglied des Schriftstellerverbandes der UdSSR. Mit Unterstützung von Samuil Marschak und Lew Ginsburg, den bekannten sowjetischen Übersetzern aus dem Deutschen, übersiedelte er 1963 nach Moskau. Er arbeitete als Literaturberater der Zeitung der Russlanddeutschen *Neues Leben* und leistete einen wesentlichen Beitrag zum Entstehen, zur Erhaltung und zur Entwicklung der Literatur der Russlanddeutschen.

Boris Brainin veröffentlichte ca. 1.500 Nachdichtungen der Lyrik sowjetischer Dichter und übersetzte u.a. Alexander Puschkins „Eugen Onegin" ins Deutsche. Unter seinen Nachdichtungen sind Werke u.a. von Sergej Jessenin, Anna Achmatowa, Marina Zwetajewa, Boris Pasternak, Konstantin Simonow, Jewgenij Jewtuschenko, Andrej Wosnessenski und Bulat Okudschawa. Er übersetzte auch Lieder aus dem sowjetischen Kultfilm „Ironie des Schicksals".

Boris Brainin veröffentlichte vor allem unter dem Pseudonym „Sepp Österreicher". Weitere von ihm verwendete Pseudonyme sind Natalie Sinner, Berthold Brandt und Klara Peters. Die Verkleidung seiner Person betrieb er geschickt. Als Natalie Sinner, gewählt nach einer Geliebten im Lager, veröffentlichte Brainin Gedichte zum internationalen Frauentag. Glückwunschkarten zum 8. März bekam „Natalie Sinner" alias Boris Brainin bis wenige Jahre vor seinem Tod. Den Wegweiser für seine Pseudonyme lieferte er selbst im Gespräch: „Natalie Sinner für Lyrik, Berthold Brandt für Prosa, Sepp Österreicher für Humor und Nachdichtungen, Klara Peters für Nachdichtungen, die mir nicht gefallen, und Dr. Boris Brainin für wissenschaftliche Arbeiten."[14]

Bei meinem Besuch in Moskau meinte Boris Brainin: „Ich kann's nicht erwarten nach Wien zu kommen. Noch niemals habe ich so gefühlt, so schmerzhaft gefühlt, dass Österreich meine Heimat ist." 1992 kehrte er schließlich nach Österreich zurück. Im Maimonides-Altersheim in Wien-Leopoldstadt konnte ich ihn noch besuchen und wir haben die Herausgabe seiner Erinnerungen besprochen. Boris war kein einfacher Zeitgenosse, leichten Änderungen bzw. Korrekturen an seinem Text wollte er nicht zustimmen, und so kam es zu Lebzeiten zu keiner Publikation des Manuskripts. Umso glücklicher bin ich, dass dieses Buch nun nach 30 Jahren doch noch seine LeserInnen erreicht.

*Boris Brainin: Wridols Erinnerungen. Das Leben des bedeutenden österreichischen Exilautors, Übersetzers, Satirikers und Nachdichters aufgezeichnet von ihm selbst in Moskau 1985 und Wien 1993, hg. von Erwin Matl und Leopold Hnidek. Strasshof: Pinum Literatur Verlag 2019, 200 S., 19,20 Euro*

**Anmerkungen:**

1/ Sepp Österreicher: Humorsalat, Satirisches Intermezzo, Potpourri, Allerhand von Kinderland. Moskau 1981.

2/ Sepp Österreicher: Spaß beiseite. Moskau 1983.

3/ Sepp Österreicher: Echo. Ausgewählte Nachdichtung sowjetischer Lyrik. Moskau 1986.

4/ Erich Feichtinger: Flüchtling, Tippelbruder, Humorist, in: *Volksstimme*, 1.9.1985.

5/ Hans Schafranek: „Bis sich sein Wirken nach Sibirien verlegte". Die KPÖ und die Opfer der stalinistischen Säuberungen, in: *profil*, Nr. 7, 12.2.1990.

6/ Boris Brainin in *Weg und Ziel*, Nr. 9/1990.

7/ Interview von Robert Streibel mit Boris Brainin am 6.10.1990.

8/ Feichtinger: Flüchtling.

9/ Interview von Robert Streibel mit Boris Brainin am 4.11.1989.

10/ Brief von Boris Brainin an Christine Kanzler, 3.6.1984.

11/ Ebd.

12/ ZPA der KPÖ, Boris Brainin an das Zentralkomitee der KPÖ, o.D. [Ende 1975].

13/ Boris Brainin: Studien zur Naturschilderung in den deutschen geographischen Reisewerken des 19. Jahrhunderts (mit besonderer Berücksichtigung der 2. Hälfte des Jahrhunderts). Dissertation Universität Wien 1933.

14/ Interview von Robert Streibel mit Boris Brainin am 4.11.1989.

# Ferdinand Barth

## Erinnerungen eines Österreichers an die bayerische Räterepublik

Florian Schwanninger

Vor 100 Jahren, Ende April/Anfang Mai 1919, wurde die bayerische Räterepublik von Freikorps und Regierungstruppen niedergeschlagen. In den ersten Maitagen gelang es ihnen in zum Teil heftigen Kämpfen, den letzten Widerstand zu brechen. Vor allem in den Arbeitervierteln im Münchner Osten flackerte die Gegenwehr immer wieder auf. Eine höhere Opferzahl als die Kämpfe forderten jedoch die Morde und Übergriffe durch die Freikorps und Regierungstruppen. Die offizielle Gesamtzahl der Opfer von rund 560 Personen dürfte bei weitem zu niedrig sein – neuere Schätzungen gehen von rund 1.200 Toten aus.[1] Teilweise dürften sich die Soldaten „in einer regelrechten Pogromstimmung“[2] befunden haben. Zahlreiche AktivistInnen der Räterepublik und der ArbeiterInnenbewegung wurden misshandelt und ermordet. Tausende Standgerichtsverfahren fanden in den nächsten Monaten unter den Bedingungen einer Militärdiktatur statt. Das Spitzelwesen erlebte eine Hochkonjunktur. Unter den Hingerichteten befand sich auch Eugen Leviné, die kommunistische Führungspersönlichkeit der „zweiten Räterepublik“ ab Mitte April. Er wurde zum Tod verurteilt und am 5. Juni 1919 in München-Stadelheim hingerichtet.[3]

Unter den Proponenten der Räterepublik befanden sich auch einige Österreicher. Der bekannteste Name ist Otto Neurath, der als Präsident des Zentralwirtschaftsamtes fungierte. Auf künstlerischer Ebene engagierte sich u.a. der oberösterreichische Maler Aloys Wach im „Aktionsausschuss revolutionärer Künstler Münchens“ und steuerte Grafiken zu den Publikationen der Räterepublik bei. Auch unter den Kämpfern der bayerischen Roten Armee befanden sich einige Österreicher, hier sind jedoch derzeit nur wenige namentlich bekannt. Einer von ihnen war der gebürtige Oberösterreicher Ferdinand Barth. Barth kam am 12. November 1898 in Gmunden „als Sohn bürgerlicher Eltern“, wie er in seinen unveröffentlichten Erinnerungen schrieb,[4] zur Welt. Mit fünf Jahren übersiedelte er mit seinen Eltern nach Hallein (Salzburg), wo er die Volksschule absolvierte. Auf ein Intermezzo im Jesuiteninstitut in Feldkirch (Vorarlberg) folgte der Besuch einer Jesuitenschule in Salzburg.

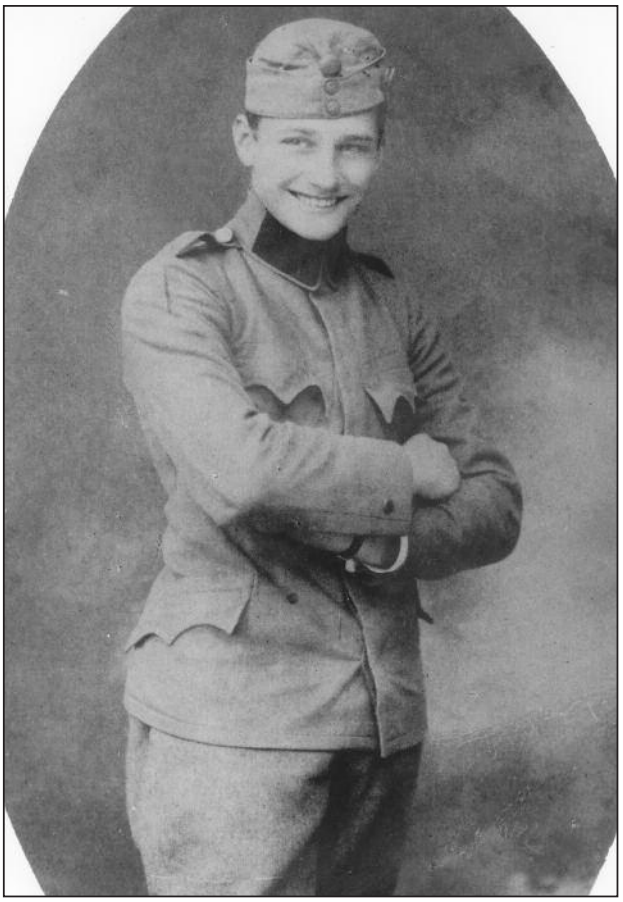
Kurz nach Beginn des Ersten Weltkriegs kam Ferdinand Barth in eine Hotelschule in der französischen Schweiz. Zurück in Salzburg folgte der Dienst bei den „Jungschützen“, wo Barth durch disziplinarische Probleme auffiel. Im Jahr 1916 wurde er schließlich zur k. u. k. Armee einberufen und an die Italienfront kommandiert. Den schriftlichen Erinnerungen folgend entging Barth dem direkten Einsatz im Kampfgeschehen durch ein Verhalten gegenüber seinen Vorgesetzten, das an den „braven Soldaten Schwejk“ erinnert. Im Hinterland der Front überdauerte Barth den Krieg bis zum Zusammenbruch des Heeres. Zusammen mit hunderttausenden verwahrlosten Soldaten schaffte er schließlich die Rückkehr in die Heimat. Am 12. November 1918, dem Tag der Ausrufung der Republik und an seinem 20. Geburtstag, kam Ferdinand Barth wieder nach Salzburg zurück. Der Krieg und die Niederlage stellten für seine Familie einen massiven Einschnitt dar. Ihr Geschäft musste aufgrund des kriegsbedingten wirtschaftlichen Niedergangs geschlossen werden, auch gingen die fast zur Gänze in Kriegsanleihen investierten Familienersparnisse verloren. Nachträglich betrachtet, begann für Ferdinand Barth damals „der Weg vom Sohn des ausweglosen Mittelstandes zum klassenbewussten Arbeiter“.[5]

Noch im November 1918 übersiedelte Ferdinand Barth ins brodelnde Berlin, wo er in einer Likörfabrik arbeitete und verschiedenste politische Veranstaltungen besuchte. Am meisten zogen ihn jene des Spartakusbunds in ihren Bann. Barth nahm seinen biografischen Aufzeichnungen zufolge am Januaraufstand 1919 teil, verlor nach dem Sieg der Regierungskräfte seine Arbeit und flüchtete vor den Razzien gegen Aufständische nach München. Dort lebte seine Schwester, die an den Kammerspielen beschäftigt war.[6] Barth dürfte sich in der Räterepublik nur am Rande des Geschehens und auch an keinen Kämpfen beteiligt haben. Eine Denunziation war aber offenbar ausreichend, um Gefahr zu laufen, erschossen oder zumindest eingekerkert zu werden. Neben dieser Verfolgungserfahrung dürfte auch der erstmalige Beitritt zur jungen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) prägend für Barths weiteres politisches Leben gewesen sein.[7]

Nach der Niederschlagung der Räterepublik und der Abschiebung nach Österreich folgten Wanderjahre, die Barth bis Ende der 1920er Jahre auf verschiedene Kontinente und in unterschiedliche Berufe, u.a. als Matrose, führten. In Hamburg politisierte er sich erneut, trat wieder der KPD bei und entwickelte sich in den kommenden Jahren zu einem Berufsrevolutionär. Als Steward leistete Barth auch Kurierdienste zwischen Deutschland und den USA für die Internationale der Seeleute und Hafenarbeiter (ISH), eine kommunistische Gewerkschaftsorganisation.[8] Wie die österreichischen Behörden später vermerkten, wurde Ferdinand Barth „wegen seiner Propagandatätigkeit anlässlich eines Streikes der Hafenarbeiter in Hamburg im Jahre 1931“[9] aus Deutschland ausgewiesen. Ab 1931 wirkte Barth von Wien aus in der Koordinierung und Organisation kommunistischer Gewerkschaftsarbeit unter Binnenschiffern und Hafenarbeitern im Donauraum.[10] Die Zeitschrift *Die rote Donauwacht* wurde von ihm herausgegeben.[11]

Nach dem Verbot der KPÖ, deren Mitglied Barth nach seiner Abschiebung aus Deutschland geworden war, betätigte er sich illegal für die Partei und wurde mehrmals verhaftet. In einem Schreiben des Wiener Polizeipräsidenten vom 1. November 1936 wurde Barth als „radikaler Kommunist“ beschrieben und kurz danach in das Anhaltelager Wöllersdorf gebracht, wo er von 13. November 1936 bis 13. April 1937 inhaftiert war.[12] Nach der Entlassung aus Wöllersdorf arbeitete Barth in einem Hotel in Bad Gleichenberg, nahm jedoch bald wieder die illegale Arbeit für die KPÖ in Wien auf. Laut seinen biografischen Aufzeichnungen nahm er auch an der Konferenz in der Floridsdorfer Lokomotivfabrik zur Verteidigung Österreichs gegen den drohenden Einmarsch Deutschlands teil.[13] Im April 1938 folgte nach Konspirationsfehlern der Abzug aus der illegalen Arbeit und die Emigration nach Brünn in der Tschechoslowa-

© Peter Willmitzer



**Ferdinand Barth im Ersten Weltkrieg**

kei.[14] Dort meldete sich Barth für den Einsatz bei den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg.[15] Nachdem die Leitung der Exilpartei dem Ansuchen stattgegeben hatte, folgte der Transport über Frankreich und die Pyrenäen nach Spanien, wo Barth im österreichischen „12. Februar"-Bataillon der 11. Internationalen Brigade der Republikanischen Armee kämpfte.[16]

Nach der Niederlage der Republik und dem Sieg der Franquisten musste auch Ferdinand Barth die Internierung in Frankreich erleben. Aufgrund eines disziplinarischen Vergehens im Chaos des Rückzugs an die französische Grenze wurde Barth nach der Ankunft im Internierungslager Gurs aus der KPÖ ausgeschlossen. Ein Vorgang, der 1945/46 rückgängig gemacht bzw. aufgehoben werden sollte.[17]

Nachdem sich Barth zu einer französischen Arbeitskompanie (Prestataire-Kompanie) gemeldet hatte, begann eine Odyssee, die ihn nach der Flucht vor den heranrückenden deutschen Truppen im Jahr 1940 schließlich bis nach Tunesien und Algerien führen sollte. Er arbeitete in den Jahren bis 1945 unter anderem als Heizer auf Dampfern im Mittelmeer und als Mechaniker in einem tunesischen Bergwerk. In Algerien erlebte Ferdinand Barth das Kriegsende als Sekretär der *Österreichischen Freiheitsfront*. 1946 konnte er schließlich nach Österreich zurückkehren.[18] Nach einiger Zeit in Wien und Niederösterreich übersiedelte Barth wieder nach Salzburg, wo er 1984 starb.

**Anmerkungen:**

1/ Nora Kapfer: Bürgerkrieg und Niederschlagung der Rätebewegung in München, in: Revolution! Bayern 1918/19. Augsburg 2008 (Hefte zur Bayerischen Geschichte und Kultur, Bd. 37), S. 43–47, hier S. 46.

2/ Rudolf Herz/Dirk Halfbrodt: Revolution und Fotografie. München 1918/19. Berlin 1988, S. 30f.

3/ Ebd., S. 41.

4/ Ferdinand Barth: Erinnerungen, S. 1. Die biografischen Aufzeichnungen wurden Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre von Lilian Stadler transkribiert. Exemplare befinden sich im ZPA der KPÖ sowie im Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW). Peter Willmitzer (München) erhielt das Manuskript 1985 über den Spanienkämpfer Ferdinand Hackl. Er erweiterte es Anfang der 2000er Jahre um einen Titel („Mit allen Wassern gewaschen. Ein roter Matrose erzählt"), ein Inhaltsverzeichnis, ein Vorwort, Kapitelüberschriften, einen tabellarischen Lebenslauf, Anmerkungen in Fußnoten und einen Anhang. An Barths Text wurden keine Änderungen vorgenommen. Die Absicht, dieses Manuskript zu publizieren, konnte bis dato nicht verwirklicht werden. Die Ausführungen im vorliegenden Aufsatz beziehen sich auf das ursprüngliche Manuskript. Für die Informationen und Unterlagen danke ich Peter Willmitzer.

5/ Barth: Erinnerungen, S. 7.

6/ Ebd., S. 8–11.

7/ Ebd., S. 11f.

8/ Ebd., S. 16–23.

9/ Österreichisches Staatsarchiv/Archiv der Republik, BKA Inneres, 20g.

10/ Barth: Erinnerungen, S. 24.

11/ ÖStA/AdR, BKA Inneres, 20g.

12/ Ebd.

13/ Barth: Erinnerungen, S. 49–51.

14/ Ebd., S. 53f.

15/ Siehe hierzu: Spanien-Archiv im DÖW, Personendossier Ferdinand Barth.

16/ Barth: Erinnerungen, S. 55f.

17/ Ebd., S. 67.

18/ Ebd., S. 70–89.

## Ferdinands Barths Erinnerungen an die bayerische Räterepublik

Das politische Klima in München gleicht aufs Haar der Berliner Luft im vergangenen November [1918]. Sofort fühle ich mich in den heißen Straßendiskussionen, für und wider die Räterepublik nach russischem Muster, wie zu Hause. Und doch ist zwischen Berlin und München ein deutlicher Unterschied in den Auseinandersetzungen. Während bei den Gesprächspartnern in Berlin das Interesse für die Vorgänge in Russland auch bei den Andersmeinenden zu spüren ist, und der Bolschewismus nur selten rundweg abgelehnt wird, sind die Straßendiskussionen in München vor allem in der stark frequentierten Innenstadt von anderer Art. Hier treten vor allem Studenten in offener Arbeiterfeindlichkeit auf und platzen geradezu vor Überheblichkeit und Arroganz. Umso offener und ungehemmter ist aber andrerseits die Zustimmung und Unterstützung der einfachen Menschen, wenn so ein vermeintlicher Herrenmensch eine gehörige Abfuhr bekommt. Einmal bringt mir eine Frau sogar ein Reindl mit warmer Suppe und ein Stück Brot, weil sie beobachtet hat, dass ich schon seit Stunden ohne Unterbrechung am Stachus stehe und die kommunistische Ordnung gegen die Geldsäcke und den schamlosen Verrat der Eberts und Scheidemanns verteidige.

Lastautos voll Arbeiter mit roten Armbinden und wehenden Fahnen gehören in den Straßen zu den täglichen Erscheinungen. Nach der Ermordung Eisners findet eine gewaltige Demonstration empörter Menschen statt, bei der ich als vierter Mann an einem schweren Maschinengewehr mittragen darf. Woher es kommt und wie ich zum Mitträger werde, weiß ich nicht, plötzlich bin ich es eben und gehöre dazu. Da die Forderung nach Errichtung einer Räterepublik unabweisbar wird, proklamiert die SPD mit Unterstützung der Unabhängigen Sozialdemokraten die „1. Bayerische Räterepublik", aber schon nach einer Woche ist klar, dass das ganze nur ein Täuschungsmanöver ist. Arbeiter und demobilisierte Soldaten sollen hinters Licht geführt werden und alles beim Alten bleiben.

Am 13. April 1919 stürzt die sogenannte „Räteregierung", und revolutionäre Arbeiter- und Soldatenräte übernehmen die tatsächliche Macht und unterstellen die Volksbeauftragten ihrer unmittelbaren Kontrolle.

Am 15. April trete ich in meinem Wohngebiet der Sektion Schwabing der jungen KPD bei. Außer einer Bestätigung meiner Parteizugehörigkeit und einer roten Armbinde erhalte ich sozusagen als Einstandsgabe auch ein Gewehr. Da Schwabing kein Arbeiterbezirk ist, komme ich auch nicht zu einer Betriebskampfgruppe, sondern werde zu Straßenpatrouillen und Hotelkontrollen im Stadtzentrum kommandiert. Unsere Aufgabe ist es vor allem, eingeschleuste, weiße Offiziere und Schieber aus dem Verkehr zu ziehen. In Wirklichkeit treffen wir fast nur auf unpolitische Leute aus der näheren Umgebung der Stadt, die ihre Heimfahrt verpasst haben oder verschreckte Liebespaare. Die, die wir suchen, sind nicht auf Hotelzimmer angewiesen; sie finden unbegrenzten Unterschlupf in den Wohnungen der Bourgeoisie, die sich ihrerseits zwar aus dem öffentlichen Leben verkrochen hat, aber dafür ihrer Fäden im Verborgenen umso eifriger spinnt. Während die Arbeiter beinahe glauben, die Macht schon in den Händen zu haben, gibt der Sozialdemokrat Ebert in Übereinstimmung mit der SP-Regierung Scheidemann und dem ehedem kaiserlichen Generalstab der noch vorhandenen Reichswehr und den aus monarchistischen Offizieren und Berufssöldnern formierten „Freikorps“ den Marschbefehl gegen die Münchner Arbeiterschaft.

Am 1. Mai 1919 setzt die Soldateska gegen die von allen Seiten eingeschlossene Stadt zum konzentrierten Angriff an. Am 2. Mai fällt München nach einem heroischen Widerstand seiner Roten Garden, als Opfer der militärstrategischen Unerfahrenheit der Führung, der schwankenden Haltung der USPD wie der konterrevolutionären Koalition der SPD mit den reaktionären Kreisen der deutschen Bourgeoisie und der Entente. Der Kampf endet in einem Blutbad unter den gefangenen Rotgardisten und kämpfenden Arbeitern.

Am 3. Mai morgens werde ich von einem Trupp Zivilisten mit weißen Armbinden aus der Wohnung geholt. Mein Gewehr habe ich noch rechtzeitig vom Mansardenfenster aus in der Dachrinne versteckt, sodass sie es nicht finden. Offenbar stehe ich, von Nachbarn denunziert, auf einer vorbereiteten Liste. Zwei Mann aus dem Trupp bringen mich in die nahegelegene Tierärztliche Hochschule, wo bereits zwei andere Gefangene vor bewaffneten Wachposten an der Wand stehen. Ob wir tatsächlich erschossen werden sollen, oder das Ganze nur ein Teil der psychologischen Vorbereitung auf die weitere Prozedur ist, weiß ich nicht. Ich habe mich damit abgefunden und warte nur auf das Kommando und das Geräusch des Anschlages, denn sehen kann ich nur die weiße Mauer, da ich mit dem Gesicht zur Wand stehe. Von Zeit zu Zeit kommt immer wieder ein neuer Zugang, und nachdem wir so etwa eine gute halbe Stunde stehen, kommt der Befehl zum Abmarsch; Bestimmung natürlich unbekannt! Immer neue Abteilungen mit immer neuen Gefangenen stoßen zu uns oder wir zu ihnen, Männer wie Frauen, Alte und Junge bilden bereits eine beträchtliche Kolonne, wie wir so durch die Stadt getrieben werden. Die Reaktion benützt die Gelegenheit, die Siegesparade, die vor einem Jahr mangels eines Sieges nicht stattfinden konnte, nun nach dem fragwürdigen Sieg gegen das eigene Volk nachzuholen. Vor allem das lumpenproletarische Gesindel im Stadtteil Tal strömt aus den stinkenden Bierkellern und tobt gegen die Kommunisten, droht mit den Fäusten und bespuckt die Gefangenen. Nach schier endlos scheinendem Spießrutenlaufen werden wir schließlich in die Keller der alten Hauptpost eingeliefert, um die Entscheidung des Standgerichtes abzuwarten. Alle paar Minuten wird einer oder eine von den Gefangenen abgeführt, aber niemand kehrt zurück, sodass die Spannung immer drückender wird.

**Ferdinand Barth (1.v.l.) bei einer Mai-Kundgebung der KPÖ in Salzburg.**

Endlich bin ich an der Reihe. Zwei Soldaten führen mich in einen kleinen Saal. Ein halbes Dutzend höhere Offiziers, aufgereiht an einem rotbedeckten Tisch; im Rücken des Vorgeführten bewaffnete Soldaten: Namensnennung, Tätigkeit während der Räterepublik, Alter, Abführen! Kein Urteilsspruch. Noch in der gleichen Nacht geht’s mit einer Anzahl Gefangener und unter schwerbewaffneter Bedeckung bei strengstem Schweigen per Lastautos ins Gefängnis Stadelheim und dort in eine Einzelzelle. Immer wieder, Tag und Nacht hört man Salvenfeuer, das leider nicht von letzten Widerstandsnestern, sondern nur von Exekutionen stammen kann. So vergehen an die drei Wochen der Ungewissheit, bis ich eines Tages mit einem größeren Transport per Viehwaggon und Eisenbahn nach Ingolstadt verfrachtet und dort auf Fort Prinz Karl Kasemattenquartier beziehe. Das Standgericht ist nun wohl ausgestanden, sonst hätte man sich wohl kaum so viele Transportkosten gemacht. Nach zwei, drei Monaten werde ich wieder zu einer Reise eingeladen, diesmal nach München ins Polizeipräsidium, wo ich nach den üblichen Formalitäten wie „Erinnerungsfoto“ und „Klavierspielen“ meine endgültige Ausweisung aus Bayern erhalte. Reisekosten nach Salzburg, diesmal aus eigener Tasche.

Vor meiner Abreise besuche ich noch meine Schwester, die mir erzählt, wie sie nach meiner Verhaftung ihren Bekanntenkreis für eine Intervention zu meinen Gunsten mobilisiert hat. Natürlich wollte sich niemand die Finger verbrennen. Nur ein aktiver Oberst erklärte sich bereit, ‚für die Gerechtigkeit einzutreten‘, wenn ihm meine Schwester schwört, dass ich niemand getötet habe, was sie natürlich hoch und heilig und bereitwilligst tat – übrigens zu Recht. Vielleicht hat seine Intervention sogar geholfen.

# Reaktionärer „Humanismus“

## Eine neue Gegen-Erzählung zum Februar 1934

Winfried R. Garscha

Der Historiker Kurt Bauer hat in einem Anfang dieses Jahres erschienenen Buch erstmals sämtliche Opfer der Kämpfe des Februar 1934, versehen mit biografischen Informationen, aufgelistet – und zwar sowohl auf Seiten der Exekutive (was bereits weitgehend bekannt war) als auch auf Seiten der Aufständischen und der Zivilbevölkerung (wo man bisher auf Schätzungen angewiesen war, was zu weit auseinander liegenden Zahlenangaben geführt hatte). Kurt Bauer kommt das Verdienst zu, im Rahmen eines vom Zukunftsfonds der Republik Österreich geförderten Projekts diese längst überfällige Forschungsarbeit geleistet zu haben.

Mit einer solchen seriösen Arbeit kann man sich zwar unter FachhistorikerInnen einen Namen machen, öffentliche Aufmerksamkeit ist damit – zumal mehr als acht Jahrzehnte nach den Ereignissen – jedoch kaum zu erzielen. Der Autor hat daher sein Buch auch dazu genutzt, die zu Jahrestagen regelmäßig produzierte „heiße Luft in Form von Gedenkbroschüren und Heldenlegenden“ endlich durch eine angeblich seriöse wissenschaftliche Darstellung abzulösen und „ein wissenschaftliches Standardwerk“ zu verfassen. So Kurt Bauer über Kurt Bauer in der *Wiener Zeitung* vom 9./10. Februar 2019.

Der ORF bescheinigte ihm, er zerpflücke „sowohl die von der Sozialdemokratie gepflegte Erzählung vom Kampf für Demokratie als auch die konservative Legende von den Gemeindebauten als Bürgerkriegsfestungen“ (https://science.orf.at/stories/2964353). Tatsächlich ist die Darstellung jedoch alles andere als gleichermaßen kritisch gegenüber beiden Seiten. Der Autor bestreitet zwar nicht, dass die Koalitionsregierung aus Heimwehrfaschisten und Christlichsozialen unter Kanzler Engelbert Dollfuß 1933/34 die parlamentarische Demokratie zerstörte und auf eine faschistische Diktatur nach italienischem Vorbild hinarbeitete. Doch dagegen zur Wehr setzen hätte sich seiner Meinung nach nur jemand dürfen, der selbst ein lupenreiner bürgerlicher Demokrat war. Da die kämpfenden Angehörigen des Republikanischen Schutzbunds, aber auch der sozialdemokratische Parteiführer Otto Bauer nicht dazu gehörten, und auch sonst in der damaligen historischen Situation niemand auszumachen war, der Kurt Bauers Anforderungsprofil an einen Demokraten entsprochen hätte, musste man sich nach dieser Logik den von der Regierung betriebenen Staatsstreich in Raten eben widerstandslos gefallen lassen. Und sich bewaffnet dagegen zu erheben, geht schon überhaupt nicht, weil bei Straßenkämpfen in einem Bürgerkrieg die größte Opfergruppe immer wieder unbeteiligte Zufallsopfer sind, spricht er dem Kampf überhaupt jegliche Legitimität ab. Die Toten des Februar 1934 werden damit zum „Argument“ gegen jegliche bewaffnete Abwehr des Faschismus.

### Endlich zuverlässige Zahlen

Zu den positiven Seiten des Buches gehört die eingangs erwähnte Tatsache, dass nunmehr zuverlässiges Zahlenmaterial vorliegt: „Insgesamt konnten 357 Personen namentlich ermittelt werden, die mit einiger Sicherheit als direkte oder indirekte Todesopfer des Februaraufstandes zu werten sind. 25 Prozent [89 Tote] sind den Aufständischen zuzurechnen und 31 Prozent [112 Tote] den Regierungskräften. Ebenfalls 31 Prozent sind als Nicht-Kombattanten zu werten, die dem Aufstand als Unbeteiligte zum Opfer fielen. Zudem enthält die Datenbank 44 unklare Fälle […]. Aufgrund einiger zweifelhafter Fälle ist von einer gewissen Schwankungsbreite auszugehen. Daher erscheint es angemessen, die Zahl der Opfer des Februaraufstandes mit ungefähr 350 bis 360 Toten zu beziffern.“ (S. 74) „Unter den 357 erfassten Februaropfern finden sich 28 Frauen und fünf Kinder (zwei Mädchen im Alter von viereinhalb und vierzehn Jahren sowie drei Buben im Alter von sechs, dreizehn und vierzehneinhalb Jahren). Alle diese Opfer sind den Nicht-Kombattanten zuzurechnen.“ (S. 76) Die Liste der Opfer ist im Buch auf den Seiten 140 bis 186 abgedruckt.

Zu den zahlreichen Tabellen und Statistiken gehört auch eine regionale Zuordnung der Toten. Die Verteilung der Todesopfer auf die einzelnen Wiener Bezirke ist allerdings nicht ganz richtig, weil Kurt Bauer irrtümlich den damals zum 2. Bezirk gehörenden Goethehof dem 21. Bezirk zurechnet.

### Quellenauswahl und schiefe Optik

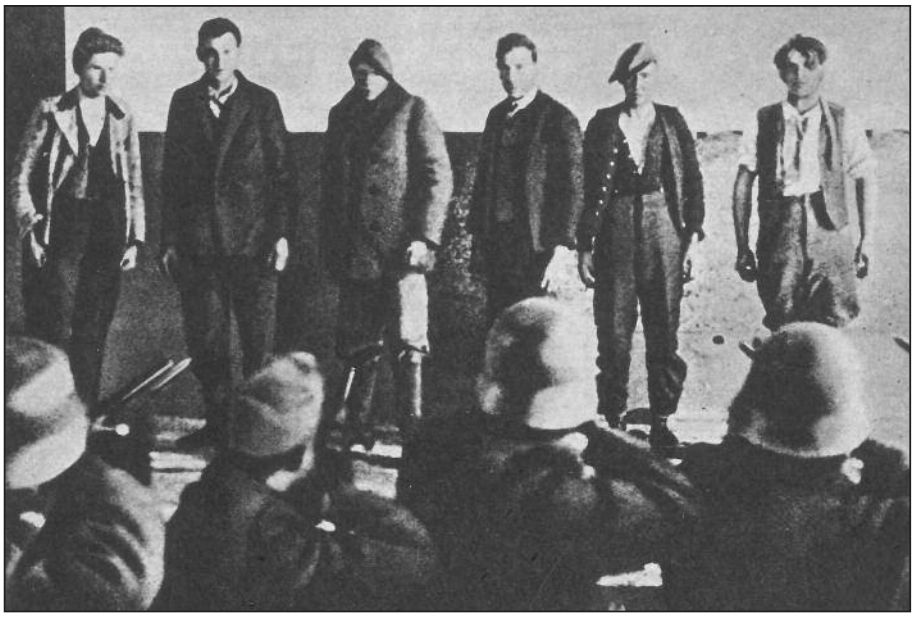
Obwohl Kurt Bauer immer wieder kritische Passagen gegen Engelbert Dollfuß, bei dem sich seiner Meinung nach „zunehmend antiparlamentarische Instinkte“ (!) durchsetzten (S. 15), einschiebt, verrät schon der Stil der Schilderung der historischen Ereignisse, bei wem die Sympathien des Autors sind und auf welche Quellen er sich vornehmlich stützt: Da tritt „eine Feldhaubitzbatterie der Brigadeartillerieabteilung in Enns den zwanzig Kilometer langen Marsch über vereiste Straßen nach Steyr an“ (S. 40). Die Verlegung einer Bundesheereinheit ins Hausrucker Kohlerevier liest sich so: „Durch tiefen Schnee kämpften sich die Soldaten über den Berg Richtung Holzleithen.“ (S. 41) Ganz anders die Schilderung der Bewegungen der Aufständischen. Der steirische Arbeiterkammersekretär Josef Stanek hatte „einen fatalen Fehler begangen: Er war nicht wie die anderen sozialdemokratischen Funktionäre sofort von der Bildfläche verschwunden, sondern hatte sich stundenlang bei den Aufständischen herumgetrieben.“ (S. 63)

Die FunktionärInnen der Arbeiterbewegung lügen, übertreiben maßlos und betreiben Gräuelpropaganda. Die Regierung hingegen macht „unkluge“ Dinge und setzt „überzogene“ Maßnahmen wie diese „überhasteten, schlampig durchgeführten“ Standgerichtsprozesse: „Verurteilte, die möglicherweise durchaus verwerfliche Taten begangen hatten (Rauchenberger, Hoys, Ahrer, Bulgari), wurden wegen der drakonischen Urteile mit einem Mal zu Märtyrern der Arbeiterbewegung.“ (S. 63)

Noch ärgerlicher wird es, wenn die Verbrechen der Heimwehr wie die Erschießung der Arbeitersanitäter in Holzleithen nicht mit der faschistischen politischen Einstellung der Täter in Bezug gesetzt werden: „Das unbestreitbare Faktum des besonderes brutalen Vorgehens der Heimwehren dürfte darauf zurückzuführen sein, dass es sich im Grunde um eine bunt zusammengewürfelte Truppe handelte. Die Heimwehr-

leute waren schlechter ausgebildet als die Angehörigen der Polizei, Gendarmerie und des Bundesheeres, und in der Regel verhielten sie sich auch wesentlich undisziplinierter." (S. 104f.) Eine solche Herangehensweise ist nicht von vornherein illegitim. Die Darstellung der Februarkämpfe ist kein Privileg linker HistorikerInnen. Es ist dem Autor selbstverständlich unbenommen, seine Wertungen in die Sprache, derer er sich bedient, einfließen zu lassen. Nur soll er dann nicht so tun, als würde er eine Art „objektive" Darstellung liefern und die „Mythen" beider Seiten hinter sich lassen.

Bei der Entzauberung dieser „Mythen" bedient sich Bauer vornehmlich der Polizeiberichte – so jenes des steirischen Sicherheitsdirektors über die Flucht des steirischen Schutzbundführers Koloman Wallisch mit seinen letzten Getreuen. Allerdings zitiert er gerade hier auch die Begründung des Staatsanwalts für den Justizmord an Wallisch: Dieser habe von Anfang an darauf hingearbeitet „unser armes Volk dem Bolschewismus auszuliefern". Er sei „eine Eiterbeule am gesunden Volkskörper der Obersteiermark", die ausgeschnitten gehöre, um „den Volkskörper wieder gesund zu machen" (S. 62).



**Auf der Theaterbühne des Arbeiterheimes Holzleithen wurden von der Heimwehr mehrere Schutzbund-Samariter erschossen (nachgestellte Aufnahme).**

## Der „Humanist" Dollfuß und die „feigen" SP-Führer

Der Aufstandsversuch von Teilen des Schutzbundes endete bekanntlich nach nicht einmal vier Tagen mit einer totalen Niederlage. Dass der Bürgerkrieg so kurz war und dass zu Recht darüber diskutiert wird, ob man die Kämpfe überhaupt als Bürgerkrieg bezeichnen kann, lag vor allem an zwei Faktoren: das Fehlen einer einsatzbereiten und fähigen Leitung auf Seiten der Aufständischen und der Einsatz von Artillerie gegen Wohnhäuser, der die Kämpfenden zur Aufgabe der bedrohten Objekte manchmal schon veranlasste, bevor das Bundesheer den ersten Schuss abgefeuert hatte.

Während nun aber Kurt Bauer penibel alle Informationen über das schmähliche Verhalten der sozialdemokratischen Führer von Otto Bauer und Julius Deutsch abwärts zusammengetragen hat und ihre Flucht ins Ausland auf eine moralisierende Weise schildert, die sich eng an die Regierungspropaganda anlehnt, argumentiert er lang und breit, warum der Einsatz von Artillerie letztendlich eine notwendige Option war. „Human war der Beschuss von Wohnhäusern mit Kanonen wahrlich nicht. Aber es ist sehr wahrscheinlich, dass die Kämpfe ohne Artillerieeinsatz wesentlich länger gedauert und eine ungleich höhere Anzahl von Todesopfern auf allen Seiten gefordert hätten." (S. 123) Denn schließlich hatte Dollfuß mit dieser Entscheidung ja die Kämpfe abgekürzt und damit Menschenleben gerettet. Und genau darin besteht ja das Problem in Kurt Bauers Darstellung: die Kämpfe selbst seien die eigentliche Katastrophe („blutiges Desaster", S. 136) gewesen, und daher stellte alles, was zu ihrer Abkürzung beitrug, geradezu einen Akt der Humanität dar. Ja, man müsse sogar „das Vorgehen des Dollfuß-Regimes als verhältnismäßig maßvoll bezeichnen". (S. 138) Weniger human waren die aufständischen Schutzbündler. Ihnen wirft Bauer vor, „Polizisten, Gendarmen, Soldaten und Heimwehrleute haufenweise abzuknallen". (S. 135)

## Internationale Dimension ausgeklammert

Großen Wert legt der Autor auf die Widerlegung der in der internationalen ArbeiterInnenbewegung verbreiteten „Mythen" über die österreichischen Februarkämpfe. Dabei geht es ihm nicht nur um die Widerlegung von Falschmeldungen – insbesondere in Bezug auf die völlig überzogenen Opferzahlen von mehreren Tausend, die teilweise noch Jahrzehnte später im Umlauf waren – sondern generell um die Verklärung des Februar 1934 als Kampf „für Freiheit und Demokratie", „wie es später auf Dutzende Gedenksteine gemeißelt wurde" (S. 137), um Kranzniederlegungen und Gedenkfeiern (S. 84). Dazu sei überhaupt kein Anlass. Das, was die Kämpfe charakterisiere, sei „das traurige, erbärmliche Geschäft des Krieges" (S. 135) gewesen, und daran sei sicherlich nichts Heroisches.

Dass genau die von Kurt Bauer „entzauberten" Mythen es waren, die dem Kampf gegen die faschistische Offensive auch anderswo in Europa neuen Aufschwung gaben, liegt außerhalb seiner Vorstellungswelt. Dass Dollfuß jeglichen Einfluss der Linken mit Brachialgewalt brechen und ein autoritär-faschistisches Regime errichten wollte, war angesichts der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland und der aggressiven Außenpolitik der Mussolini-Diktatur keine Kleinigkeit. Es ging schließlich nicht um eine Auseinandersetzung um Details der Budgetpolitik, sondern um Demokratie oder Diktatur, die Aufrechterhaltung eines wenngleich prekären Friedens oder das Taumeln Europas in den nächsten Weltkrieg – mit Österreich an der Seite des faschistischen Italiens. In diesem Abwehrkampf, dessen Erfolg das Gemetzel des Zweiten Weltkriegs und die Shoah verhindern hätte können, brauchte es positive Anknüpfungspunkte. Dass zumindest Teile der österreichischen ArbeiterInnenschaft sich bewaffnet gegen die faschistische Machtübernahme aufzulehnen versuchten, war nach der kampflosen Niederlage der deutschen ArbeiterInnenbewegung durch die Machtübernahme Hitlers von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

*Kurt Bauer: Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen. Wien, Köln, Weimar: Böhlau Verlag 2019, 217 S., 29 Euro*

# Am 17. Juni 1977 auf der Kennedybrücke

Gerald Grassl

Früher war der 17. Juni – in Erinnerung an den Aufstand in der DDR im Jahr 1953 – ein Anlass für rechte bis neonazistische Organisationen, Demonstrationen und Kundgebungen zu veranstalten. So kündigte die Studentenorganisation *Aktion Neue Rechte* (ANR) für den 17. Juni 1977, einen Freitag, auf fünf Plätzen in Wien Kundgebungen zum „Tag der Deutschen Einheit" an, wobei auf ihren diesbezüglichen Flugblättern diese „Deutsche Einheit" auch immer Österreich, Südtirol sowie Teile Polens und der Tschechoslowakei umfasste.

Es bildete sich hierauf ein antifaschistisches Komitee, das ein Verbot dieser neofaschistischen Provokationen durchsetzen konnte. Gleichzeitig rief das Personenkomitee zu antifaschistischen Kundgebungen an den von den Neonazis angekündigten Plätzen auf, die auch behördlich bewilligt wurden. Ich wohnte damals in der Felberstraße im 14. Bezirk (parallel zur Westbahn) und begab mich zur Kennedybrücke im benachbarten 13. Bezirk. Dort befanden sich bereits etwa ein Dutzend paramilitärisch gekleidete Mitglieder der ANR (ganz in Schwarz, mit Stiefeln und roten Armbinden mit weißem Kreis, in dessen Mitte ein stilisierter Adler prangte), und verteilten Flugblätter. Außerdem etwa 40 bis 50 AntifaschistInnen, alle älter als 60 Jahre. Die meisten von ihnen waren Überlebende aus Konzentrationslagern und RemigrantInnen aus Exilländern. Wir waren nur drei Genossen von der Kommunistischen Jugend (KJÖ). Im weiten Kreis um uns etwa 50 Polizisten, die unsere Aufforderung, den ANR-Spuk zu stoppen, jedoch ignorierten.

Plötzlich begann zwischen den älteren AntifaschistInnen und den ANRlern ein Gerangel. Ich sagte zu meinen KJÖ-Genossen: „Gegen diese militanten Typen haben wir keine Chance." Aus dem Augenwinkel sah ich, wie eine ältere Dame, es war die antifaschistische Widerstandskämpferin und KPÖ-Aktivistin Anna Opferkuh, zu Boden stürzte. Ich ging davon aus, dass sie niedergeschlagen worden war und wollte ihr zu Hilfe eilen. Erst im Verlauf des danach gegen mich angestrengten Prozesses erfuhr ich den wahren Sachverhalt: Die Frau wollte einem ANRler die Flugblätter entreißen, dieser ließ die Papiere jedoch blitzartig aus, worauf sie rückwärts stürzte.

Plötzlich umkreisten mich drei Typen der ANR, schlugen mich nieder und traten auf mich ein. Ich erlitt dabei eine Kopfverletzung und Hautabschürfungen. Ich krümmte mich, öffnete die Schnalle des Gürtels, zog ihn heraus und schlug damit zu meiner Verteidigung um mich. Die Angreifer wichen zurück. Während dieser Aktion war meine Umhängetasche weggeflogen, ihr Inhalt lag verstreut herum. Ich begann alles einzusammeln, da kam ein Polizist in Begleitung eines ANRlers auf mich zu und wollte meine Daten wissen, denn der Bursche von der ANR hatte über dem Auge ein kleines Cut und erstattete nun Anzeige gegen mich wegen Körperverletzung. Mir war unbehaglich zumute, denn neben dem Polizisten stand ein weiterer ANRler, der – trotz meines Protests – vom Polizisten ungehindert alles mitschrieb. Danach brachten mich Genossen in ein Krankenhaus, wo zahlreiche Hämatome und eine Gehirnerschütterung festgestellt wurden. Die Ärzte wollten mich zur Beobachtung auf der Station lassen, doch ich wollte nach Hause. Sie erstatteten Anzeige gegen „Unbekannt", später konnten die drei ANR-Schläger tatsächlich ausgeforscht werden.

Gegenüber der Felberstraße-Häuserfront befindet sich eine Ziegelmauer entlang der Bahn. Am Tag darauf trat ich aus dem Haustor. Auf der anderen Seite war auf der Mauer in großen Lettern zu lesen: „ANR – wir kommen!" Angesichtsdessen wurde mir schon „anders". In den folgenden Monaten gab es immer wieder Anrufe nach Mitternacht mit Morddrohungen.

Ich war damals Buchhändler in der Zentralbuchhandlung der KPÖ. Es war Vorweihnachtszeit, die letzten Kunden verließen das Geschäft, der Filialleiter schloss hinter mir das Tor. Ich war fast schon beim Stephansplatz, als ich den Ruf „Genosse Grassl!" hörte. Ich drehte mich um, sah ein Auto, das mit den Scheinwerfern blinkte, und ging auf das Auto zu. Als ich es erreichte, gingen wie auf Kommando die Autotüren auf und vier paramilitärisch gekleidete Typen kamen lachend hervor. In Panik lief ich zur Buchhandlung zurück und trommelte gegen die Eingangstür, bis mir der verwunderte Filialleiter öffnete. Das Auto mit seinen Insassen war nun weg.

## Skandalurteil

Der von September bis November 1977 stattfindende Prozess gegen die drei ANR-Schläger endete mit deren Freisprüchen, und alle rechneten natürlich damit, dass nun erst recht auch ich einen Freispruch erhalten werde. Aber es kam anders. Seltsam war bereits, dass der „berüchtigte" Presserichter Ernest Maurer für meinen Fall zuständig war, denn hier ging es um eine Strafgerichts- und nicht um eine Pressesache. Maurer entschied bei Klagen gegen die *Volksstimme* in jedem Fall zuungunsten des Zentralorgans der Kommunistischen Partei Österreichs, in Fällen gegen rechtsextreme Medien aber immer zugunsten der Beklagten. Ein besonders eklatanter Fall war 1983, als Maurer dem Kriegsverbrecher Robert Jan Verbelen, der 1947 in Belgien in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden war (und danach in Wien lebte), in seiner Klage gegen den *Volksstimme*-Redakteur Alfred Schiemer Recht gab und Schiemer wegen Presse-Ehrenbeleidigung zu einer Geldstrafe in der Höhe von 8.000,– Schilling verurteilte. 1977 hatte Maurer der *Kameradschaft Prinz Eugen* in ihrer Klage gegen die kommunistische *Schwechater Rundschau* Recht gegeben.[1]

Eine junge Rechtsanwältin, die allerdings auf Wirtschaftsangelegenheiten spezialisiert war, stellte sich kostenlos für meine Verhandlung zur Verfügung. Nach sechs Hauptverhandlungen (!) wurde ich am 16. Juni 1978 wegen Körperverletzung zu einer Geldstrafe von 3.600,– Schilling oder 20 Tagsätze verurteilt (ca. 170,– Euro, damals mehr als die Hälfte meines Monatsgehalts). Die Zeugenaussagen, die meine Darstellung bestätigten, wurden allesamt als „unglaubwürdig" und in den Aussagen „widersprüchlich" qualifiziert, die Mitglieder der ANR (von denen – offensichtlich abgesprochen – jeder Wort für Wort das gleiche sagte) waren für Ernest Maurer jedoch allesamt „glaubwürdig". Viele Medien (auch aus dem Ausland) berichteten über das Skandalurteil. Wir gingen in Berufung, das Urteil wurde jedoch bestätigt, weil unsere Berufung einen Formfehler enthielt.

**Nach dem Skandalurteil gegen den Schriftsteller und Liedermacher Gerald Grassl (2.v.l.) trat dieser am 31. Oktober 1980 in der Strafvollzugsanstalt des Wiener Landesgerichts II 20 Tage Haft an. Er wurde von 25 Kulturschaffenden in die Haftaufnahmestelle begleitet, u.a. von Elfriede Jelinek (4.v.l.) und Lutz Holzinger (re.).**

Es ist nicht möglich, sich danach einfach an den Obersten Gerichtshof (OGH) zu wenden, denn dies kann nur die Generalprokuratur (Oberstaatsanwaltschaft). Anfang Dezember 1979 wurde auch dort das Urteil bestätigt. Inzwischen war der spätere KPÖ-Vorsitzende Walter Silbermayr mein Rechtsanwalt. Nach dem Urteilsspruch kam der Generalprokurator zu uns und versuchte mich zu „trösten“: Die Höchstrichter wären zwar von meiner Unschuld überzeugt, doch wegen des Formfehlers in der Berufung hätten sie gar nicht anders entscheiden können.

Was nun? Ich kündigte an, dass ich dieses Urteil einfach verweigern werde. Silbermayr wollte wissen, wie ich mir das genau vorstellen würde. Meine Antwort: „Ich bezahle das nicht. Und wenn sie kommen, um mich für die Haft zu holen, lade ich alle meine Freunde in die Wohnung ein, und da sollen sie mich dann erst einmal rausholen.“ Darauf Silbermayr: „Die kündigen sich aber nicht an, sondern kommen irgendwann um fünf Uhr früh. Wenn du einen Mucks machst, hast du auch noch Widerstand gegen die Staatsgewalt am Hals.“ Und weiter: „Die Geldstrafe ist ja gar nicht so hoch. Mit sechs Hauptverhandlungen und je einer Berufungs- und OGH-Verhandlung werden aber die Gerichtskosten enorm hoch sein.“

Ich beschloss, am 1. Jänner 1980 im Wiener Amerlinghaus einen unbefristeten Hungerstreik zu beginnen. Eine Woche vor Weihnacht erhielt ich vom damaligen Justizminister Christian Broda (SPÖ) ein Telegramm. Er lade mich zu einem Gespräch ins Ministerium ein. Das Gespräch – zwei Tage später – dauerte etwa eine Stunde. Wir diskutierten, ob es sich um ein politisches oder ein strafrechtliches Urteil handle. Zum Schluss zwinkerte er mir zu: „Genosse“, Broda sprach mich mit „Genosse“ an, „hast du eigentlich das Urteil schon schriftlich? Vielleicht hast duch dich verhört, und im endgültigen Urteil steht ganz was anderes drinnen.“ Aha! So läuft der Hase. Eine typisch österreichische „Lösung“, dachte ich. Ich sagte den Hungerstreik ab und wartete auf das schriftliche Urteil, das nach den Feiertagen eintraf. Ich hatte mich natürlich nicht verhört. Erstaunlich war, dass die Gerichtskosten mit insgesamt nur 1.000,– Schilling beziffert wurden.

Anlässlich des Jubiläums der Unterzeichnung des Österreichischen Staatsvertrags gab es am 15. Mai 1980 eine große offizielle Festveranstaltung der Regierung, zu der die Außenminister der Signatarstaaten (Sowjetunion, Großbritannien, USA und Frankreich) eingeladen waren. Die KJÖ hatte mittlerweile eine eigene Broschüre über meinen Fall herausgegeben und an die Botschaften der Länder geschickt, die maßgeblich an der Befreiung Österreichs vom Faschismus beteiligt waren. Dazu die Ankündigung, dass ich am 15. Mai 1980 im Amerlinghaus einen unbefristeten Hungerstreik beginnen werde.

Erneut erhielt ich prominente Post. Diesmal vom Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger. Er informierte mich, dass er in meiner Angelegenheit vier Anfragen an das Parlament gestellt habe, doch darauf noch keine Antwort erhalten habe, somit sei das Urteil noch nicht rechtsgültig. Daher ersuche er mich, nicht in den Hungerstreik zu treten, sondern erst die Antwort des Parlaments abzuwarten. Also – viel zu höflich, wie ich bin – sagte ich den Hungerstreik neuerlich ab.

Kaum waren die vier Außenminister wieder zu Hause, erhielt ich neue Post vom Herrn Bundespräsidenten: Er bedaure, doch die österreichische Justiz sei unabhängig, daher… Er forderte mich auf, an ihn ein „Gnadengesuch“ zu senden. Ich antwortete ihm, weshalb ich das Urteil nicht anerkennen könne und ihm daher auch kein entsprechendes Gesuch senden werde. Ab nun kam mehrmals der Gerichtsvollzieher, schaute sich in meiner Wohnung um, ob er etwas pfänden könne, fand aber nichts.

## „Go in“ am Hernalser Gürtel

Am Freitag, den 31. Oktober 1980, ging ich in Begleitung von etwa 25 Kulturschaffenden, darunter die Schriftstellerin Elfriede Jelinek und der Journalist Lutz Holzinger, zum Strafantritt ins Landesgericht II am Hernalser Gürtel. Wir verabredeten uns um 10 Uhr zu dieser Aktion. Wahrscheinlich deshalb, weil auch Helmut Qualtinger und André Heller ihre Teilnahme angekündigt hatten, gab es vor dem Eingang zum LG II einen ziemlich großen Presserummel. Doch die beiden kamen nicht. Es hieß, dass sie am Abend in einem Beisl „untergegangen“ waren. Wir drängelten in den Aufnahmeraum, und Elfriede Jelinek sagte zum stellvertretenden Direktor, dass sich alle Anwesenden mit mir mitverurteilt fühlen, daher möchte jetzt jede/r einen halben Tag einsitzen und am Abend gehen wir gemeinsam wieder nach Hause. Ich befand mich in der Mitte der Leute. Plötzlich standen zwei kräftige Polizisten neben mir, stemmten mich an den Ellbogen hoch, und ich schwebte über meinen Freunden aus dem Raum und betrat erstmals in meinem Leben eine Gefängniszelle.

Um etwa 13 Uhr wurde ich in den Gang vor dem Direktionszimmer geführt. Alle meine FreundInnen waren noch da. Lutz Holzinger sagte: „Wir haben beschlossen, dass wir das Geld für deine Strafe sammeln und den Betrag heute einzahlen.“ Ich bedankte mich für die Beteiligung an der Aktion, sagte aber, dass ich keinesfalls die Aktion abbrechen möchte und dass meine FreundInnen wegen mir sicher keine Angst haben müssten. Wir verabschiedeten uns herzlich lachend.

Zuvor hatte ich in einem Brief an das Justizministerium darum gebeten, mir eine Einzelzelle, die Mitnahme einer Schreibmaschine, von 20 Büchern und freien Postverkehr zu gestatten. All das wurde mir zugesagt. Normalerweise wird einem Häftling einmal pro Woche ein Besuch gestattet. Nun kam täglich eine Delegation, etwa von *Amnesty International*, vom *Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes*, vom Zentralkomitee der KPÖ, und natürlich Jugendorganisationen von Sozialistischer Jugend, JG, Junge ÖVP, KJÖ bis zu den Pfadfindern, um sich persönlich über meine Befindlichkeit zu erkundigen. Meine Lebensgefährtin konnte mich daher während meiner Haftzeit nur einmal für 30 Minuten sehen. Beim Hofrundgang war mir ab der Zellentür so etwas wie ein persönlicher Bewacher zugeteilt (ein sehr netter, geradezu „unterwürfiger“ dreifacher Totschläger).

Am Dienstag Abend wurde ich in die Direktion gebracht. Auf dem Tisch des Direktors lagen Zeitschriften mit Artikeln über die Freitag-Aktion. Er machte mir einen Vorschlag: „Sie haben ein Viertel der Strafe schon abgesessen. Wir Justizbeamte machen nun eine Kollekte und bezahlen Ihre Reststrafe.“ Entrüstet lehnte ich ab. Jahre später bereute ich diesen falschen Stolz, denn DAS wäre wohl der „Hammer“ gewesen: Justizbeamte sammeln Geld, damit ein Antifaschist aus der Haft frei kommt!

Für den letzten Hafttag hatten sich Freunde angemeldet, die mich mit Transparenten vom Landesgericht abholen wollten. Die Beamten setzten mich um 5 Uhr früh vor die Tür. Es war sehr kalt und es gab Nieselregen. Was mir während der Haftzeit extrem abgegangen war: gewohntes Sexualleben und normaler Kaffee. Außerdem war während der Nacht ständig gedämpftes Licht, und jede halbe Stunde öffnete sich die Kontrollklappe (viele Jahre später erfuhr ich, dass ich vom Ministerium als „suizidgefährdet“ eingestuft worden war). Ich hielt ein Taxi auf, und es ging nach Hause. Endlich wieder der Duft von gutem Kaffee! Kurz darauf, um 7 Uhr, klopfte es an der Tür. Der Gerichtsvollzieher stand davor und begehrte Einlass. Warum? „Ich komme gerade aus dem Gefängnis!“ Darauf er: „Ich weiß, aber die Gerichtskosten sind noch offen.“ Ich lud ihn auf eine Tasse Kaffee ein und gab ihm den Tausender.

**„Go in“ am Hernalser Gürtel am 31. Oktober 1980**

Schluss: Einer meiner ANR-Angreifer starb vor ca. 20 Jahren an Magenkrebs. Er war Immobilienhändler geworden. In seinem Keller fand man ein großes Waffenlager. Ein zweiter ANR-Angreifer wurde Rechtsanwalt und ist heute Spitzenfunktionär der FPÖ Niederösterreich. Was aus dem dritten ANRler wurde, weiß ich nicht. Alle drei wurden später mehrmals wegen Gewalttaten verurteilt. Mich wundert nur, wie der eine vor diesem Hintergrund Rechtsanwalt werden konnte. Am 15. Dezember 1981 wurde die ANR vom Verfassungsgerichtshof wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung verboten. Im großen ANR-Geschworenenprozess von Oktober 1983 bis April 1984 saßen neben Gottfried Küssel auch zwei „meiner“ Angreifer auf der Anklagebank.

Der Presserichter Ernest Maurer behauptete immer, keiner Partei anzugehören, wurde jedoch im Jahr 2000 von der FPÖ als Mitglied des ORF-Kuratoriums vorgeschlagen. Aufgrund von Protesten trat er kurz darauf wieder von dieser Position zurück. Im Dezember 2006 setzte Maurer als Vorsitzender des Berufungssenats am Oberlandesgericht Wien die dreijährige unbedingte Haftstrafe für den britischen Holocaust-Leugner David Irving zur Bewährung aus. Maurer begründete dieses neuerliche Skandalurteil mit dem „bisher untadeligen Wandel“ jenes Mannes, der lange und beharrlich den Holocaust leugnete, und der Tatsache, dass die Irving zur Last gelegte Straftat zeitlich bereits so weit zurückliege. Maurers Lebenspartnerin, die Verfassungsrichterin Brigitte Bierlein, wurde Ende Mai von Bundespräsident Alexander Van der Bellen mit der Bildung einer Übergangsregierung beauftragt.

**Anmerkungen:**

1/ Die Skandalurteile von Ernest Maurer sind in einer Publikation dokumentiert: Alexander Mensdorf: Im Namen der Republik. Rechtsextremismus und Justiz in Österreich. Wien: Löcker Verlag 1990. Hierin sind auch Auszüge aus dem Urteil 3U 673/77 gegen Gerald Grassl abgedruckt: „Die Zeugen [der ANR, Anm.] Max Höfer, Harald Schmidt, Georg Gasser und Martin Neidthart brachten in ihren Aussagen [...] eine sehr präzise Darstellung des Sachverhaltes, wobei Widersprüche untereinander nicht gegeben waren [...]. Aus diesen Zeugenaussagen war [...] der Eindruck zu gewinnen, dass die Gehässigkeiten den politisch Andersdenkenden gegenüber nicht in diesem Maße ausgeprägt war. Die Genannten zeigten sich in ihrer Vernehmung wesentlich sachlicher und waren in keiner Weise emotionsgeladen.“ Über Gerald Grassl heißt es im Urteil: „Aufgrund des vom Beschuldigten gewonnenen persönlichen Eindruckes scheint dieser leicht mitzureißen zu sein und fehlt ihm die Toleranz gegenüber politisch Andersdenkenden.“

# Maly Trostinec

## Die plötzliche Aufmerksamkeit für eine vergessene Mordstätte des Nationalsozialismus

Nirgendwo außer in Auschwitz wurden mehr Juden und Jüdinnen aus Österreich umgebracht als in Maly Trostinec bei Minsk; nirgendwohin wurden mehr Menschen aus Wien direkt in eine nationalsozialistische Vernichtungsstätte deportiert als zwischen November 1941 und Oktober 1942 nach Minsk bzw. Maly Trostinec. Und dennoch war der Tatort dieses Massenmords an fast 10.000 ÖsterreicherInnen bis vor kurzen nur einigen wenigen Fachleuten bekannt; und das war kein ausschließlich österreichisches Phänomen: in den meisten Internet-Beiträgen zum Holocaust fehlt(e) er in der Liste der „Vernichtungslager". Das ist umso verwunderlicher, als das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes schon seit den 1990er Jahren auf die Bedeutung von Maly Trostinec hingewiesen hat. Jahrelang hat der von Waltraud Barton geleitete Verein *IM-MER/Maly Trostinec erinnern* versucht, durch Veranstaltungen, Aktionen und jährliche Gedenkreisen diese Mordstätte in der österreichischen Erinnerungskultur zu verankern.

Nachdem die Regierungen der Großen Koalition, aber auch die SPÖ-Alleinregierung der 1970er Jahre, eine gerechte Regelung der Entschädigung für den nationalsozialistischen Raub der Vermögenswerte österreichischer Juden und Jüdinnen jahrzehntelang in die Länge gezogen hatten, versuchte die Regierung Wolfgang Schüssels der internationalen Kritik an der Regierungsbeteiligung der Haider-FPÖ den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem es der Entschädigungsfrage höchste Priorität einräumte und bereits im Jänner 2001 mit dem „Washingtoner Abkommen" eine respektable Lösung erzielte. Auch als die FPÖ sich diesmal anschickte, ihre „Regierungsfähigkeit" unter Beweis zu stellen, nahmen sich einige ihrer führenden Repräsentanten einer Sache an, die von früheren Regierungen trotz wortreicher Absichtserklärungen nicht umgesetzt worden war. Und wieder war es ein „jüdisches" Thema: Ausgerechnet der damalige FPÖ-Vizebürgermeister Johann Gudenus ergriff im Juni 2017 die Initiative im Wiener Gemeinderat und verlangte einen „ideellen und finanziellen" Beitrag der Stadt Wien an der Errichtung eines Denkmals für die österreichischen Holocaust-Opfer in Minsk. Zwar waren es dann die Grünen, die einen entsprechenden All-Parteien-Antrag formulierten, der im Gemeinderat einstimmig beschlossen wurde, doch die Finanzierung des vom Nationalrat bereits 2016 beschlossenen Projekts war damit noch immer nicht gewährleistet. Es blieb der türkis-blauen Regierung vorbehalten, das umzusetzen, was in all den Jahren zuvor nicht möglich gewesen war: In ihrem Regierungsprogramm vom Dezember 2017 verkündete die neue Bundesregierung, die Errichtung einer würdigen Gedenkstätte in Minsk sei ihr „ein besonderes Anliegen".

Am 28. März 2019 weihten Bundeskanzler Sebastian Kurz und der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko in Minsk das österreichische „Massiv der Namen" ein. Das von der Bundesregierung in Auftrag gegebene Mahnmal des Architekten Daniel Sanwald besteht aus zehn Stelen, die an die zehn Wiener Transporte nach Minsk bzw. Maly Trostinec erinnern. Die Stelen sind mit einem geringen Abstand zueinander aufgestellt. In die Stelen meißelte er die Vornamen der Deportierten.

Maly Trostinec ist auch Thema einer bisher in Deutschland und Belarus gezeigten Ausstellung, die das *Haus der Geschichte Österreich* mit drei Tafeln zu den Deportationen österreichischer Jüdinnen und Juden und ihrer Schicksale ergänzt hat. Die Ausstellung ist zwischen 14. Juni und 3. November 2019 auf dem Alma Rosé Plateau in der Neuen Burg (Eingang Heldenplatz) in Wien zu sehen.

Noch vor der Gründung des DÖW, etwa 1960/1961, übergab der damals für Kontakte zur KPdSU zuständige KPÖ-Funktionär Friedrich Hexmann ein acht Seiten umfassendes maschinschriftliches Dokument betreffend Maly Trostinec an den mit dem Aufbau eines Widerstandsarchivs beauftragten Angestellten des KZ-Verbands, Herbert Steiner. Die auf brüchigem Papier getippte Durchschrift war ein Bericht, der mit der Deportation des Autors und seiner Familie im Mai 1942 beginnt und mit dem letzten Massaker der SS unmittelbar vor ihrer Flucht vor der Roten Armee endet. 1975 publizierte das DÖW in der Dokumentation „Widerstand und Verfolgung in Wien" Auszüge daraus unter dem Titel „Bericht eines unbekannten Deportierten über seine Deportation nach Minsk (nach 1945)".

Das neue Jahrbuch des DÖW enthält dieses einmalige Dokument im vollen Wortlaut. Vor zweieinhalb Jahren war es gelungen, den Maly-Trostinec-Überlebenden Wolf Seiler als Autor zu identifizieren. Er hatte im Aufnahmeantrag an den KZ-Verband die Frage nach der „Funktion im KZ" mit „Judenältester" beantwortet. Jahrzehnte später berichtete sein Sohn Alfred in einem Dokumentarfilm von Andreas Gruber („Aus dem Paradies zurück in die Hölle – Die Reise des Alfred Seiler von West Palm Beach nach Maly Trostinec"), dass die Familie nach der Befreiung durch die Rote Armee 1944 zunächst von den sowjetischen Behörden festgenommen wurde, 1946 aber nach Österreich ausreisen konnte.

Foto: Ben Bonouvrier

**Das im März 2019 enthüllte „Massiv der Namen" für die österreichischen Holocaust-Opfer in Minsk.**

Neben Beiträgen von Claudia Kuretsidis-Haider, Sabine Schweitzer und Gerald Netzl enthält das Jahrbuch einen umfangreichen Forschungsbericht von Friedl Garscha, der den Spekulationen um die Opferzahlen ein Ende setzt. Obwohl das DÖW diese bereits in den 1990er Jahren richtig geschätzt hatte, war bis in die unmittelbare Vergangenheit von „über 10.000" oder sogar „13.000" die Rede. Tatsächlich sind es 9.735: Von den 9.757 aus Wien, Brünn und Theresienstadt nach Minsk bzw. Maly Trostinec deportierten österreichischen Jüdinnen und Juden sind 22 Überlebende bekannt. Das Buch ist im Buchhandel sowie direkt im DÖW erhältlich: Deportation und Vernichtung – Maly Trostinec. 359 Seiten, 19,50 Euro.

**Winfried R. Garscha**

## Oskar-Kokoschka-Retrospektive im Wiener Leopold-Museum

# Ein Blick auf den Antifaschisten

Helmut Rizy

Zumeist werden die gängigen Stereotypen bemüht, wenn es um Oskar Kokoschka geht: Da ist einmal der „Oberwildling“ junger Jahre, der zu jener Zeit mit einem kahlgeschorenen Schädel noch zu provozieren vermochte, dann der von Alma Mahler „Besessene“ und schließlich der Portraitist der Reichen und Mächtigen. Da freut man sich, wenn die vom Wiener Leopold Museum und dem Kunsthaus Zürich gestaltete umfassende Retrospektive den Expressionisten, den Migranten und den Europäer in den Titel rückt. Dabei hätte man durchaus auch den Antifaschisten Oskar Kokoschka hinzunehmen können, da hier auch die meisten der im Londoner Exil entstandenen politischen Gemälde vereint sind.

Im Winter 1939/40 malte Oskar Kokoschka das Bild „Die Krabbe“: Im Vordergrund ein monströses Schalentier während im Meer dahinter ein Mensch unterzugehen droht – bzw. untergeht, weil ihm niemand zu Hilfe kommt. Der Künstler nahm darin Bezug auf das Münchner Abkommen vom September 1938. Der britische Premier Chamberlain – die Krabbe – und der französische Ministerpräsident Daladier hatten darin die Annexion des Sudetenlandes durch Hitlerdeutschland akzeptiert und trugen damit Schuld am Untergang der Tschechoslowakei.

Der Tschechoslowakei fühlte sich Kokoschka besonders eng verbunden; er besaß einen tschechischen Pass, da er 1934 Prag als neue Heimat gewählt hatte. Einer der Gründe dafür war seine Ablehnung des austrofaschistischen Regimes, das seine Kunst für sich zu vereinnahmen versuchte. Und in Prag lernte er auch seine spätere Frau Olda Palkovská kennen, mit der er schließlich 1938 – kurz bevor deutsche Truppen auch die „Rest-Tschechei“ besetzten – nach London flüchtete.

Ein weiteres Gemälde ist ebenfalls diesem Thema gewidmet: „Das rote Ei“ entstand 1940/41. Was er in dem Bild festhalten wollte, erklärte Kokoschka später auf der Rückseite einer Reproduktion des Bildes: „Das Rote Osterei. Mussolini, Hitler, der Britische Löwe, (mit Schwänzchen geringelt in Form eines Pfundzeichen) der französische Kater der unterm Tisch sich mit Napoleon’s Hut drapiert. Im Hintergrund das Czernin Palais, Prag. Dieses Bild wurde von Benes für das Auswärtige Amt in Prag, 1939, erworben. OK.“

### „Enemy Aliens“

Es folgte das Bild „Loreley“ (1941/42). Queen Victoria reitet auf einem Fisch, dem sie einen britischen Matrosen ins Maul stopft. Ein Krake hat ihr den Dreizack – Zeichen der britischen Seeherrschaft – entführt. Weit draußen im Meer die „Arandora Star“, neben der Menschen im Wasser treiben. Kokoschka nahm mit diesem Gemälde die britische Politik gegenüber den Flüchtlingen aus Deutschland, Österreich und Italien aufs Korn. Bei Kriegsbeginn lebten rund 75.000 Flüchtlinge in Großbritannien, vor allem Menschen, die den faschistischen Regimen entkommen waren. Dennoch stellte sie die britische Regierung unter Generalverdacht, und internierte sie unterschiedslos als „Enemy Aliens“ (feindliche Fremde). Als die Lager im Mutterland nicht mehr reichten, wurden die Flüchtlinge auch nach Australien und Kanada verfrachtet. Am 1. Juli 1940 verließ die „Arandora Star“ – ohne Geleitschutz – den Hafen von Liverpool mit 1.200 Menschen an Bord in Richtung Neufundland. Schon tags darauf traf nördlich der Äußeren Hebriden der Torpedo eines deutschen U-Boots das Schiff. 800 Menschen – 700 Internierte und 100 Mann der Besatzung kamen ums Leben, herbeieilende Schiffe retteten die übrigen. Die heftigen Debatten, die in der Folge entbrannten, führten immerhin zu einem Umdenken in Bezug auf die in Großbritannien lebenden Flüchtlinge.

Im selben Zeitraum entstand auch das Gemälde „›Anschluss‹ – Alice im Wunderland“: Die allegorische „Austria“ steht als nackte Wahrheit in einem Stacheldrahtverhau, während sich Neville Chamberlain, ein Nazi-Soldat und ein Kirchenvertreter, alle mit Stahlhelm, wie die buddhistischen Affen jeweils die Augen, den Mund und die Ohren zuhalten. Sie symbolisieren Kapital, Militär und Klerus, die Europa an den Abgrund geführt haben. Im Hintergrund sieht man ein brennendes Gebäude mit der Aufschrift Wien, wie auch eine kopflose Madonna mit einem kopflosen Jesuskind auf dem Arm. Deutlich wird auf das Jahr 1934 hingewiesen, in dem der Austro-

**Das rote Ei, 1940/41 (Nationalgalerie Prag)** © Fondation Oskar Kokoschka

© Fondation Oskar Kokoschka

**„Anschluss" – Alice im Wunderland, 1942 (Wiener Städtische Versicherung)**

faschismus, wie Kokoschka damit ausdrücken wollte, den Weg zum „Anschluss" Österreichs an das Deutsche Reich bereitet hatte.

Auf der Rückseite einer Reproduktion des Bildes hat Oskar Kokoschka vermerkt: „The ‚Anschluss' 1939 [sic] Speak not evil, see not evil, hear not evil, this is how the Three monkeys in the Budhist legend are remembered. Die Wahrheit darf nicht genannt, gehört noch gesehen werden, obwohl sie ein Feigenblatt trägt, aber Wien kann ruhig abbrennen und die Kinder dort verhungern. Dies stört auch heute noch die Großmächte nicht, die ihre Gewaltpolitik ruhig weiterbetreiben. OK."

## Engagement nicht nur als Maler

Es waren jedoch nicht allein die Bilder, mit denen der politische Kokoschka an die Öffentlichkeit trat. Schon 1936 hatte er als Mitglied der tschechischen Delegation eine Rede am Brüsseler Friedenskongress gehalten. Im Jahr darauf gestaltete er nach dem verheerenden Luftangriff der Legion Condor auf die baskische Stadt Guernica in Prag ein Plakat mit dem Aufruf zur Hilfe für die baskischen Kinder. Des Nachts wurde dieses Plakat von Jugendlichen immer wieder affichiert, nachdem es die Polizei tagsüber entfernt hatte.

Als 1939 von deutschen und österreichischen Emigranten in London der *Freie deutsche Kulturbund* in London gegründet wurde, war Oskar Kokoschka dabei. Den Satzungen zufolge galt es, bis zur Rückkehr in ein befreites Land „die freie, deutsche Kultur zu erhalten und fortzubilden". Im Sommer 1941 wurde Kokoschka Präsident des Kulturbundes; und im Jahr darauf wurde in London eine vom Kulturbund gestaltete Wanderausstellung „We accuse – Ten Years of Hitler Fascism" eröffnet, die Verfolgung, Unterdrückung und Widerstand zum Thema hatte.

Oskar Kokoschka war auch Mitglied des Exekutivkomitees bzw. Vorstands des *Austrian Centre,* Autor der Exilzeitschrift *Zeitspiegel* und im *Free Austrian Movement* engagiert. Und als der *Austrian PEN* unter dem Vorsitz von Robert Neumann im August 1942 eine zweitägige Österreichische Kulturkonferenz veranstaltete, konnte man mit Kokoschka als Redner rechnen.

Im selben Jahr entstand das Gemälde „Marianne-Maquis – Die zweite Front": Premierminister Winston Churchill sitzt als Arbeiter verkleidet im Café de PARIS in Soho zusammen mit dem Oberkommandierenden General Bernard Montgomery. Daneben über zwei Hocker gelehnt Marianne, Symbolfigur des freien Frankreich. An ihrer Seite hängt ein rotes Tuch mit vielen Hammer-und-Sichel-Zeichen bemalt. Eine Ratte läuft an einem Schuh vorbei, den sie verloren hat.

Im Titel ist Marianne durch Maquis erweitert, den bewaffneten französischen Widerstand, der gegen die deutschen Besatzer einen Partisanenkampf führt und dringend mit Waffen und anderer Ausrüstung versorgt werden müsste. Hier ist aber die britische Regierung sehr zurückhaltend, da ihr – wie es scheint – im Maquis zu viele Kommunistinnen und Kommunisten vertreten sind. Zugleich wird mit diesem Bild auch die Forderung nach der Zweiten Front im Kampf gegen Nazi-Deutschland betont bzw. die Verzögerungstaktik der westlichen Alliierten angeprangert.

Erste Pläne für eine zweite Front hatte es bereits Ende 1941 gegeben, doch wurde der Landetermin immer wieder verschoben. 80 Prozent der deutschen Truppen standen an der Ostfront, während die USA und Großbritannien alle ihre Kräfte gegen wenige Divisionen in Nordafrika einsetzten. Die Sowjetunion sollte sich im Kampf gegen Hitlerdeutschland möglichst stark verausgaben, so hofften sie. Erst nach der Schlacht um Moskau und insbesondere nach Stalingrad begann ein Umdenken. Aber selbst dann dauerte es noch mehr als ein halbes Jahr bis zur Landung in der Normandie.

Ein sechstes Gemälde mit antifaschistischem Bezug, es trägt den Titel „What Are We Fighting For", ist vom Kunsthaus Zürich nicht mit nach Wien gekommen. Wie es heißt, seien Malschichten gelockert, weshalb das Bild aus restauratorischen Gründen nicht auf die Reise gehen konnte.

Nach der Befreiung Österreichs versuchte Viktor Matejka, der kommunistische Kulturstadtrat von Wien, Kokoschka zur Rückkehr nach Österreich zu bewegen: „Dass Sie für mich immer unser bedeutendster österreichischer Maler in diesem Jahrhundert waren und auch sind, ist Ihnen wahrscheinlich noch in Erinnerung. Ich bin aber der Meinung, heute mehr denn je, dass diese Ihre Bedeutung endlich auch den Österreichern klar gemacht werden muss", schrieb Matejka im Februar 1946 an Kokoschka und stellte fest, dass man in Wien eine das ganze Lebenswerk des Künstlers umfassende Ausstellung durchführen müsse, die dann von hier in verschiedene Städte der Welt gehen müsse.

Insgesamt sind in der Retrospektive rund 250 Exponate zu sehen. Da jedoch die fünf hier beschriebenen Gemälde nur selten gemeinsam zu sehen sind, sollte man ihnen hier besondere Aufmerksamkeit schenken.

*Die Ausstellung „Oskar Kokoschka – Expressionist, Migrant, Europäer" ist noch bis 8. Juli 2019 im Leopold Museum in Wien zu sehen.*

# Ein Park für Therese Mahrer

Am 28. Februar dieses Jahres wurde in Krems der Platz vor dem Zugang zu den Schulen in der Kasernstraße „Therese Mahrer Park“ benannt. Therese Mahrer hatte nach 1945 als KPÖ-Stadträtin für Schule und Kultur wegweisende Akzente vor allem in der Schulpolitik gesetzt.

Therese Mahrer (geb. Lutzer) wurde am 14. August 1912 in Krems geboren. Ihr Vater war Tischler und einer der Mitbegründer der lokalen Sozialdemokratie, ihre Mutter war in einer Bergmannsfamilie in ärmlichen Verhältnissen aufgewachsen. Auch Therese war seit ihren Jugendjahren in den Organisationen der ArbeiterInnenbewegung aktiv, bei den Kinderfreunden, im Arbeiter-Turnverein (ATV), den Roten Falken und in der Sozialistischen Arbeiterjugend. Nach dem Besuch der Volks- und Bürgerschule arbeitete Mahrer von Oktober 1929 bis zu Februar 1934 in der Tagesheimstätte der Kremser Kinderfreunde als Hortleiterin und Erzieherin. Von 1930 bis 1933 gehörte sie der Sozialdemokratischen Partei als Mitglied an, hierauf trat sie auf dem Wege der *Linksradikalen Arbeiteropposition* (LRAO), einer linksoppositionellen Gruppierung innerhalb der Sozialdemokratie, zur KPÖ über, die bereits im Mai dieses Jahres verboten worden war. Auch ihr späterer Ehemann Alois, den sie im Mai 1943 heiratete, gelangte 1933 über die LRAO zur kommunistischen Bewegung und wurde im Kremser Kommunistischen Jugendverband (KJV) aktiv.

Nachdem infolge der Februarkämpfe des Jahres 1934 alle sozialdemokratischen Organisationen, darunter auch die Kinderfreunde, verboten worden waren, endete Mahrers Dienstverhältnis mit der sozialdemokratischen Kinderorganisation. Bis 1938 folgten Jahre der Arbeitslosigkeit. Von Juni bis August 1934 saß sie aufgrund ihrer illegalen politischen Arbeit im Kreisgericht Krems in Untersuchungshaft. Von Mai bis Juli 1935 war sie erneut inhaftiert, was ihren geplanten Besuch der „Internationalen Leninschule“ in Moskau vereitelte.

Nach einem fünfmonatigen Fachkurs für Buchhaltung war Mahrer im Herbst 1938 drei Monate als Kontoristin und Stenotypistin bei einer Kremser Speditionsfirma beschäftigt. Nach ihrer Übersiedlung nach Wien begann sie im Februar 1939 über Vermittlung des Arbeitsamtes als Bibliothekarin zu arbeiten. Bis März 1945 war sie hierauf in der Bibliothek des „Statistischen Amtes für die Alpen- und Donau-Reichsgaue“, das in der Neuen Burg am Wiener Heldenplatz untergebracht war, als Vertragsangestellte beschäftigt. Mahrers Angaben zufolge waren die meisten der höheren Beamten dieses Amtes antinazistisch (monarchistisch) eingestellt, was ihren Prüfungserfolg und ihre Einstellung ins Amt begünstigte. Parallel dazu besuchte sie zu ihrer Weiterbildung Kurse der Volkshochschulen und des „Freien Lyzeums“. Gegen Kriegsende wurde Mahrer ausgebombt, worauf sie auf eigenen Wunsch hin aus dem Dienstverhältnis mit dem Statistischen Amt ausschied und nach Krems zurückkehrte.

Foto: Martin Kalchhauser

**Benennung des Therese-Mahrer-Parks in Krems, v.l. Vizebürgermeisterin Eva Hollerer, Schwiegertochter Ursula Mahrer, Tochter Eva Richter-Mahrer, Sohn Wolfang Mahrer (Gemeinderat) und Bürgermeister Reinhard Resch**

Nach der Befreiung vom Faschismus begann Mahrer in Krems als Frauenleiterin der KPÖ-Bezirksleitung zu arbeiten. Sie gehörte auch (als erste Frau) dem provisorischen Gemeinderat der Stadt Krems an und wurde am 21. September 1945 zur amtsführenden Stadträtin gewählt, zuständig für Schule und Kultur. Insgesamt setzte sich der damalige Stadtsenat aus zwölf Mitgliedern zusammen, die drittelparitätisch von den drei demokratischen Parteien ÖVP, SPÖ und KPÖ entsendet wurden. Als Stadträtin für Schule und Kultur machte sich Mahrer um die Erhaltung von Kulturdenkmälern verdient, gründete ein Stadtorchester, förderte Laienbühnen und den Sport und setzte vor allem in schulpolitischer Hinsicht Akzente: 1946 gelang es ihr, von der sowjetischen Besatzungstruppen die Freigabe einer Kaserne zu erreichen, die nach ihrer Sanierung zur Schule umgebaut wurde. Dafür wurde ihr auch vom damaligen Unterrichtsminister Felix Hurdes der Dank ausgesprochen für ihre „von warmer Liebe zur Jugend beseelte und keine persönliche Opfer scheuende Müheverwaltung für die Lösung der Raumfrage der notleidenden mittleren Lehranstalten in Krems“. Ab November 1947 fanden in der ehemaligen Infanterie- und Pionierkaserne fünf Lehranstalten Platz (eine Hauswirtschaftsschule, die Höhere Lehranstalt für Bautechnik, ein Mädchengymnasium und zwei Berufsschulen), 100 Familien erhielten hier eine neue Wohnung.

Bei den Gemeinderatswahlen des Jahres 1950 erreichte die KPÖ zwar 15 Prozent der Stimmen, Mahrer musste nun aber nach fünf Jahren Amtstätigkeit als Kulturstadträtin aus dem Stadtrat ausscheiden und verließ auch den Gemeinderat. Im Mittelpunkt standen nun ihre 1947 und 1949 geborenen Kinder. Ihr Sohn Wolfgang ist Gemeinderat der Liste *Kommunisten und Linkssozialisten* (KLS) in Krems.

Die Eröffnung eines *Sowjetischen Informationszentrums* in St. Pölten im Jahr 1953 ermöglichten Mahrer die kurzzeitige Rückkehr in den Bibliothekarsberuf. So eröffnete im Juni dieses Jahres der *Sowjetische Informationsdienst*, der für Presse, Rundfunk und die Informationszentren der sowjetischen Besatzungsmacht verantwortlich war, auch am Kremser Dreifaltigkeitsplatz eine Bibliothek mit Lesesaal. Bis zum Abschluss des Staatsvertrags im Jahr 1955 war Mahrer hier als Bibliothekarin beschäftigt. Nach dem Abzug der sowjetischen Besatzungsmacht wurden zwar die *Sowjetischen Informationszentren* geschlossen, aus der Kremser Bibliothek ging aber die Lesestube der lokalen Zweigstelle der *Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft* (ÖSG) hervor, die von Mahrers Ehemann Alois („Louis") gegründet und geleitet wurde. Alois Mahrer arbeitete nach einem Lehramtsstudium als Professor an der Höheren Technischen Lehranstalt in Krems und war darüber hinaus bis zu seinem Ableben im Jahr 1977 als Leiter der ÖSG-Bibliothek tätig. War ihr Mann verhindert, so hat auch Therese Mahrer hier weiter Bibliotheksstunden abgehalten. Insgesamt leistete sie, die nach 1955 nicht mehr berufstätig war, viel Organisationsarbeit für die ÖSG Krems, etwa im Zusammenhang mit Filmvorführungen und Gruppenreisen.

In einem Exposé hat Mahrer ihr Berufsbild einer fortschrittlichen Bibliothekarin dargelegt: „Der Beruf eines Bibliothekars ist ohne Zweifel eine ‚Berufung von höchster Verantwortung', denn in seine Hände ist es gelegt, ‚das richtige Buch an den richtigen Leser' zu bringen. Liebe und Begeisterung, Geduld und Ausdauer sind neben der genauen Kenntnis der zu entlehnenden Bücher und der laufenden Neuerscheinungen das beste Rüstzeug seiner Arbeit. Er muß seinen Leser genau kennen und mit ihm einen engen Kontakt haben, soll er ja gerade an der Jugend und an der werktätigen Bevölkerung seine hohe Aufgabe richtig erfüllen. In unserem gesellschaftlich so rückständigen Lande ist das Leihbuch oft das einzige Bildungsmittel für die breiten Schichten des Volkes", so Mahrer in diesem in ihrem Nachlass erhaltenen Papier: „Der gute Bibliothekar muß seinen Leser zum Freund des Friedens, der Völkerverständigung, des Fortschritts und des Humanismus erziehen."

Therese Mahrer starb am 8. April 1989 in Krems.

**Manfred Mugrauer**

*Stefan Bollinger: November '18. Als die Revolution nach Deutschland kam. Berlin: Edition Ost 2018, 252 S., 14,99 Euro*

Den hundertsten Jahrestag der Revolution des Herbstes 1918 in Deutschland hat der Berliner Historiker Stefan Bollinger zum Anlass genommen, die Ereignisse zusammenzufassen und Erkenntnisse für Gegenwart und Zukunft aus diesen zu destillieren. Das vorliegende Buch beschränkt sich nicht auf die Beschreibung von Umständen und AkteurInnen, von revolutionären Bewegungen, Persönlichkeit und ihren GegnerInnen. Vielmehr versucht der Autor, jene Entwicklungen der Novemberrevolution zu analysieren, aus denen Erkenntnisse zum Verständnis auch anderer revolutionärer Ereignisse gezogen werden können. Nicht zuletzt geht es Bollinger schließlich auch darum, heutigen und künftigen Bewegungen Wissen über die Dynamiken zu vermitteln, die in den Wochen und Monaten des Herbstes 1918 ihre Wirkkraft entfalteten. „Die Vergewisserung der Geschichte kann helfen, Traditionen zu entwickeln, Vorbilder zu finden", schreibt er demgemäß in seinem Resümee, „Sie sollte warnen vor Entscheidungen und Entwicklungen, die alle Beteiligten, Verfechter wie Kritiker, in die Irre, ins Verhängnis führen können." (S. 193)

Bollinger erhebt gar nicht den Anspruch, den gesamten Verlauf der Revolution nachzuzeichnen, wie er im Vorwort schreibt. Vielmehr geht es ihm darum, „Zäsuren und entscheidende Daten" (S. 9) zur Erläuterung der zentralen Entwicklungslinien der Novemberrevolution heranzuziehen. Zudem will er die „Langzeitwirkung" dieser Entwicklungen beschreiben, die ja nicht nur im Scheitern der Weimarer Republik und in NS-Faschismus und Zweitem Weltkrieg besteht. Der November 1918 war nach 1945 als sehr unterschiedlich interpretierter Bezugspunkt auch für die politischen AkteurInnen von BRD und DDR von Relevanz. In seine Analyse der revolutionären Ereignisse streut Bollinger deshalb diese Auseinandersetzung um die Revolution in den Jahrzehnten des Kalten Krieges ein. Dies unterstreicht den Charakter des Buches als eines, das nicht nur historische Anschauung vermitteln will, sondern direkt in die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen der Gegenwart eingreift.

Der vorliegende Band ist aber nicht nur für geschichtspolitisch oder revolutionstheoretisch Interessierte relevant. Das Buch ist trotz dieser weiterführenden Diskussion auch als Einführung in die Geschichte der Novemberrevolution geeignet. Prägnant schildert Bollinger die wichtigsten Persönlichkeiten, Parteien und Gruppen, die Auseinandersetzungen zwischen den AkteurInnen, die Kämpfe und widerstreitenden Ideen. Die zahlreichen vollständig zitierten Dokumente geben den LeserInnen zudem eine kleine Quellensammlung zum Thema zur Hand, die dazu einlädt, sich unmittelbar auf die Gedankenwelt der AkteurInnen der Novemberrevolution einzulassen.

Bollinger ist ein im besten Sinne des Wortes parteiischer Wissenschaftler. „Wir stehen heute vor den Trümmern kommunistischer, sozialdemokratischer und auch anarchistischer Politik", schreibt er, „Wir haben die Pflicht es wieder zu versuchen. Das wird nicht die Reanimation der Theorien des 19. und 20. Jahrhunderts bedeuten, aber ihre kenntnisreiche Aneignung." (S. 205) Bollingers Buch leistet einen wertvollen Beitrag dabei, sich Theorie und Geschichte revolutionärer Bewegungen und deren Widersprüche, die zu Erfolgen und Misserfolgen beigetragen haben, am konkreten Beispiel der Novemberrevolution anzueignen.

**Simon Loidl**

*Engagement für Frieden. Gegen Krieg, Elend und Ausbeutung. Innsbruck u.a.: Studien-Verlag 2019 (schulheft 173), 132 S., 17,50 Euro*

Seit dem Bestehen der *schulhefte* war politische Bildung und Friedenserziehung ein immer wiederkehrendes und notwendiges Thema. Eine zusammenfassende Rückschau auf die „Friedensnummern" in der *schulheft*-Reihe von den frühen 1980er Jahren bis 2015 findet man in einem Beitrag mit dem Titel „schulheft für den Frieden – was sonst?" im *schulheft*, Nr. 158 (2015) „Linke Positionen, gibt's die noch?". Leider hat sich an der Thematik seither nichts im positiven Sinn verändert, im Gegenteil: die Situation hat sich weltweit verschlechtert. Es ist notwendiger denn je, sich in der Friedensarbeit zu engagieren. Die Beiträge der aktuellen Ausgabe sollen auf verschiedenen Ebenen Informationen und Anregungen liefern.

Mit Armin Bernhard und Eva Borst ist im vorliegenden *schulheft* die Kritische Pädagogik zu dieser Thematik vertreten. Armin Bernhard sieht im System der gesellschaftlichen Friedlosigkeit Ausgangspunkt und Gegenstand der pädago-

gischen Friedensarbeit, denn die pädagogische Bekämpfung der gesellschaftlichen Strukturen des Unfriedens, der Widerstand gegen den organisierten Unfrieden, sind Hauptaufgaben der Friedenspädagogik. Dazu bedarf es einer unversöhnlichen Haltung gegen sämtliche Formen von Friedlosigkeit. Kritische Friedenspädagogik muss die geistige Widerstandsfähigkeit gegenüber gesellschaftlichen Manipulationsversuchen im Allgemeinen grundständig aufbauen. Die geistige Loslösung von den Legitimationsfiguren des organisierten Unfriedens ist zugleich ein Akt der Bewährung von Mündigkeit und somit ein genereller Auftrag von Pädagogik. Kritische Selbstreflexion zu entwickeln, deckt die geheime Komplizenschaft mit dem System gesellschaftlicher Friedlosigkeit auf. Bernhard nennt die Weltordnung, angelehnt an den Schweizer Soziologen Jean Ziegler, eine kannibalische und liefert dafür wesentliche Beispiele aus allen Bereichen des Unfriedens. Kritische Pädagogik benötigt, so Bernhard, eine Didaktik zur Aufschlüsselung des kapitalistischen Gesellschaftsmodells im Hinblick auf seine friedlosen Strukturen.

Ebenfalls auf Basis Kritischer Pädagogik schreibt Eva Borst amüsant, aber durchaus ernst gemeint, über „Zarte Kinder. Ein Essay über die Einsamkeit des ‚Teflonmenschen'": Die psychische Konstitution des „Teflonmenschen" lässt ihn in der Kälte der kapitalistischen Welt möglichst ohne Mitgefühl und Solidarität überleben. Dieser Mensch verfestigt eine autoritäre Gesellschaft, er ist das Ergebnis einer Sozialisation in eine von Friedlosigkeit gekennzeichnete Gesellschaft. Borst vermittelt Einsichten in die menschenverachtende Zurichtung des Menschen im kapitalistischen System und zeigt demgegenüber die Möglichkeit zur Humanität auf. Sie erschließt, basierend etwa auf Adorno, Arendt und Gruen, die Entwicklung von Empathie und der Möglichkeit, gegen erzwungenen Konformismus aufzubegehren, Gehorsam zu verweigern und sich gegen jegliche Form der Inhumanität zu stellen.

Die folgenden Beiträge helfen, die politisch bildenden Einsichten in die Friedensthematik zu vertiefen. Conrad Schuhler stellt eine Collage aus gekürzten Schwerpunkten der Münchner Zeitschrift *isw-Report* zu Flucht und Terror zusammen: „Krieg, Armut, Umweltkatastrophe – der globale Kapitalismus: Die Ursachen der Flucht und des Terrors – die Verantwortung des ‚Westens'". Er deckt stringent auf, was in der politischen Argumentation großer Medien verborgen bleibt oder deren Lügen zum Opfer fällt und in den herrschenden Bildungsinstitutionen als Information angeboten wird. Christoph Butterwegge stellt zum Thema „Die soziale Entwicklung und der Aufschwung des Rechtspopulismus" einen kurzen Auszug aus seinen Publikationen der letzten Jahre zur Verfügung, und das noch bevor die österreichischen Prognosen dies überboten. Unser schlüssiges Rezept gegen diese Entwicklung wäre: täglich Butterwegge ins Hauptprogramm.

Franz Sölkner stellt das geplante Projekt „Rüstungsatlas Österreich" vor. Man erfährt über die Geschichte der österreichischen Rüstungsindustrie, über Entwicklungen von Waffengattungen und Rüstungsexporten. Das Atlas-Projekt bedeutet einen großen Arbeitsaufwand in komplizierter Zusammenarbeit friedensengagierter Gruppen. Methodische Probleme, schwierige Recherchezugänge, Geheimhaltungsinteressen und Verschwiegenheiten müssen dabei gemeistert werden. Der Atlas soll Wissen erschließen und weitergeben, um Friedenengagierten gezieltes Agieren, Lernen und Lehren zu ermöglichen.

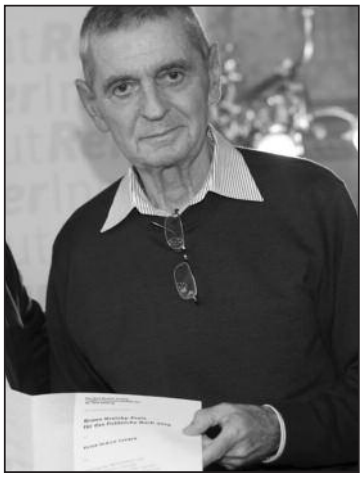
Manfred Sauers Beitrag „Atomwaffen ächten und verbieten" behandelt wichtige Stationen in der Entwicklung und Verbreitung von Atomwaffen und beleuchtet die jahrzehntelangen Bemühungen um Rüstungsbegrenzung bzw. vollständige Abschaffung der Atomwaffen.

Cilja Harders und Sarah Clasen vertreten ein mehrdimensionales Verständnis von sozialem Geschlecht als Institution, als Set von Normen und Werten, als Teil des Schichtungssystems und der Arbeitsteilung. Aus feministischer Sicht sind zwei Aspekte bei der Untersuchung von Friedensmöglichkeit zentral, ungleiche Gesellschaftsstrukturen und Gesellschaftskonzeptionen, die Männer und Frauen fundamental unterschiedliches Gewaltverhalten zuschreiben. Weiters geht es um die Ursachen von Gewalt und welche Rolle das Geschlecht dabei spielt, um feministische Friedensentwürfe und um das ganz konkrete Instrument zur Erfassung der geschlechtssensiblen Friedensfähigkeit von Gesellschaften.

Winfried Wolf beschreibt und erklärt im Interview „Das Engagement für Frieden und gegen Krieg ist so wichtig wie selten zuvor" seine jahrzehntelange Antikriegsarbeit. Ausgehend von der Reflexion, der gegenwärtig gefährlichen weltpolitischen Situation, geht er auf die Frage nach seiner Politisierung und seinem Friedensengagement ein. Parallel zur Analyse der jeweiligen zeitgeschichtlichen Vorkommnisse und seiner familiären Bedingtheit entwickelt er seine Positionierung, Schlüsselerlebnisse, Erfahrungen, Erkenntnisse, Veränderungen, sein Handeln. Die Verantwortung als Wissenschafter, Journalist, politischer Vertreter und Aktivist für den Frieden und gegen den Krieg bestimmte sein bisheriges Leben. Bindungen an politische Institutionen, selbst an linke fixierte Gruppen wurden ihm mehr und mehr zum Hemmschuh. Die Qualität und

## Peter Ulrich Lehner
### (1941–2019)

Die *Alfred Klahr Gesellschaft* trauert um Peter Ulrich Lehner, der am 28. Februar dieses Jahres im 78. Lebensjahr verstorben ist. Der engagierte Antifaschist war Mitglied des Bundesvorstands der Sozialdemokratischen FreiheitskämpferInnen und Redakteur der 2013 eingestellten Zeitschrift *Mitbestimmung*. Die Zeitschrift



führte Intellektuelle, GewerkschafterInnen, BetriebsrätInnen, SozialistInnen verschiedener Colleur und auch kommunistische AutorInnen zusammen. 2014 gab Lehner das umfangreiche Werk „Verfolgung, Widerstand und Freiheitskampf in Hernals" heraus. Im *Institut für Wissenschaft und Kunst* organisierte er eine Diskussionsreihe zur Fragen der ArbeiterInnenbewegung. Peter Ulrich Lehner war ein treuer Besucher unserer Veranstaltungen und gehörte der AKG auch als Mitglied an.

Quantität seiner Publikationen und seine gelebte Solidarität können als wegweisend für Lehrende und Lernende angenommen werden.

Ergänzend werden Empfehlungen von Friedensliteratur und -institutionen vorgestellt. Wer sich ernsthaft für Friedenserziehung interessiert und selbst als Friedenserzieher/in wirken will, wird um dieses schulheft nicht herumkommen.

**Michael Rittberger**

*Ute Waditschatka, Österreichische Gesellschaft für Architektur (Hg.): Wilhelm Schütte. Architekt. Frankfurt – Moskau – Istanbul – Wien. Zürich: Park Books 2019, 176 S., 38 Euro*

Anlässlich seines 50. Todestags hat die *Österreichische Gesellschaft für Architektur* Wilhelm Schütte eine umfangreiche Monografie gewidmet. Die ÖGfA, 1965 gegründet, hatte sich unter anderem die (Wieder-)Entdeckung der eigenen österreichischen Moderne auf die Fahnen geheftet. Das Wissen dazu war durch die NS-Zeit und das konservative Kulturklima im postfaschistischen Österreich verschüttet, wichtige Protagonisten tot oder vertrieben. Aktiv nahm man Kontakt mit der Vorgeneration auf und fand im nach Schweden emigrierten Architekten Josef Frank aber auch in Wilhelm Schütte einen Mentor. Dieser war 1900 in Heißen (Ruhrgebiet) geboren worden und hatte seine wichtigsten Lebens- und Arbeitsstationen in Frankfurt (1925–1930), in der Sowjetunion (1930–1937), in der Türkei (1937–1947) und danach bis zu seinem Tod 1968 in Wien. Dort hatte er in der Nachkriegszeit als Kommunist trotz seiner jahrzehntelangen Erfahrung als Schulbauexperte keine oder kaum öffentliche Aufträge erhalten. Dennoch teilte er seine Expertise und internationalen Kontakte vor allem mit jüngeren Kolleg/innen gerne und versuchte den Austausch über Grenzen hinweg zu fördern. Er hatte der ÖGfA testamentarisch einen Teilnachlass sowie Aktien vermacht, deren Ertrag Reisestipendien nach Osteuropa zur Hochzeit des Kalten Krieges finanzierte.

Wilhelm Schütte ist lediglich in Fachkreisen rund um das Neue Frankfurt als Neuerer der Schulbautypologie bekannt. Ansonsten hat man es mit einer raren Ausnahme eines creative couple zu tun, in dem der männliche Part im Schatten des prominenten weiblichen steht. Kurz: Schütte findet zumeist als „bekannter Unbekannter“ im Zusammenhang mit Margarete Schütte-Lihotzky (1897-2000) Erwähnung. Beide waren am Frankfurter Hochbauamt tätig, heirateten 1927 und blieben über ihre Trennung 1951 hinaus auch beruflich verbunden. Schütte-Lihotzky, die „Jahrhundertgestalt“ (Thomas Flierl, S. 25), war eine der ersten Architektinnen, die im Roten Wien begann und in Folge an denselben Orten wie ihr Mann wirkte. Sie hatte sich mit der Frankfurter Küche in die Architekturgeschichte und hochbetagt mit ihren „Erinnerungen aus dem Widerstand“ (1985) in die zumindest österreichische Zeitgeschichte nachhaltig eingeschrieben. Über Wilhelm Schütte berichtete sie mehrfach in ihren (autobiografischen) Schriften und Interviews.

Doch erst die umfangreiche ÖGfA-Publikation offenbart Schüttes reiches Œuvre, seine reflektiert-vermittelnde Arbeitsweise (die Bibliografie verzeichnet mehr als 70 eigene, publizierte Texte). In zehn fundierten Aufsätzen werden der Architekt und homo politicus sowie wichtige Projekte beleuchtet. David Baum, der seine Diplomarbeit über Schütte verfasst hat, zeichnet die vielseitig orientierte Studienzeit (Aachen, Darmstadt und München) sowie die grundlegende Arbeit am Reformschulbau im Neuen Frankfurt nach. Maja Lorbek analysiert seine „rationelle Programmatik“ im Schulbau im internationalen Kontext und erklärt anschaulich den so genannten „Schütte-Typus“, der optimale Raumbedingungen für progressive pädagogische Konzepte zum Ziel hatte. Gemeinsam mit Susanne Veit-Aschenbrenner stellt sie die Freiluftschule Floridsdorf (1961) als Höhepunkt der Schütte’schen Typusentwicklung vor. 1930 ging Schütte in einer Architekten-Gruppe um Ernst May in die Sowjetunion, wo er als Schulbauexperte in neugeschaffenen Industriestädten tätig war. Thomas Flierl behandelt die kaum erforschte Zeit, die Projekte, die Vertragssituation und die für ausländische Experten immer schwierigeren Arbeitsbedingungen, die Schütte (unter Argwohn offizieller Stellen) nicht kritiklos hinnahm. Mit Zwischenstopps in London und Paris ging das Ehepaar 1937 nach Istanbul. Während sich Margarete ab Ende 1940 in Wien im Widerstand engagierte und nur knapp der Hinrichtung entging, blieb Wilhelm zehn Jahre in der Türkei. Er war, wie Burcu Dogramaci kenntnisreich darstellt, maßgeblich an der kemalistischen Bildungsoffensive beteiligt und ein vielgeschätzter Akademieprofessor und Publizist. Ab 1947 in Wien konnte er, wie erwähnt, seine Karriere de

**Margarete Schütte-Lihotzky und Wilhelm Schütte in Sofia (1949).**

facto nicht mehr fortsetzen, baute und plante wiederholt für die KPÖ, etwa das Globus Verlagshaus in Wien in den Jahren 1954 bis 1956 (Gabriele Kaiser). Im Kontext seiner langjährigen Tätigkeit für die CIAM (*Congrès Internationaux d’Architecture Moderne*, 1929–1959) und als Mitbegründer der CIAM Austria stehen Projekte für die Wiener Innenstadt (Ute Waditschatka; David Baum). Nicht zuletzt durch Schütte-Lihotzkys Werkkatalog wusste man von Schüttes Planungen für antifaschistische Mahnmäler und Gedenkstätten. Andreas Vass beleuchtet die umfangreiche Werkgruppe, die in Mauthausen, Gusen, Melk, Ebensee, Hartheim und Wien weitgehend ohne österreichische Gelder realisiert wurden. Nicht zuletzt durch den (wiederabgedruckten) Nachruf Fritz Webers, Architekt und Freund Schüttes, wird eine Persönlichkeit greifbar, die gegenüber neuen (architektonischen, technischen etc.) Entwicklungen sowie Begegnungen offen und von hohem sozialen und politischen Verantwortungsbewusstsein in ihrem Tun geprägt war.

**Bernadette Reinhold**

*Niemals vergessen! 70 Jahre Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen 1949–2019, hg. von Gerald Netzl. Wien: ÖGB-Verlag 2019, 232 S., 29,90 Euro*

Es ist eine ausgezeichnete Idee, den runden Jahrestag einer antifaschistischen Organisation mit einer illustrierten Chronik des Antifaschismus in der

Zweiten Republik zu feiern. Unter der Leitung von Gerald Netzl hat der *Bund Sozialdemokratischer FreiheitskämpferInnen, Opfer des Faschismus und aktiver AntifaschistInnen* einen Bildband vorgelegt, der dessen Organisationsgeschichte mit der politischen Entwicklung in Österreich in dieser Zeit verbindet. Der erste Teil besteht aus Nachdrucken von Beiträgen in der Verbandszeitschrift *Der Sozialistische [ab 1993: Sozialdemokratische] Kämpfer*, wobei die Faksimiles nicht nur durch ihre repräsentative Auswahl, sondern auch durch ihre hohe Qualität beeindrucken. Im zweiten Teil wird die jeweilige Zusammensetzung des Bundesvorstands seit 1949 dokumentiert. Der dritte Teil stellt die Landesorganisationen vor.

Hervorzuheben ist die sachliche Darstellung der Vor- und Gründungsgeschichte, die durch den Kalten Krieg und das Auseinanderbrechen des einheitlichen, überparteilichen KZ-Verbands 1947/48 geprägt war. Dadurch haben, wie Netzl schreibt, „nicht nur die politischen NS-Opfer ihre einheitliche Lobby" verloren, da es nunmehr drei Opferverbände gab, besonders schwer traf dieser Verlust die jüdischen Opfer. „Sie wurden innerhalb Österreichs auf die politisch vergleichsweise machtlose IKG verwiesen." (S. 6)

Die Faksimiles aus dem *Kämpfer* aus den letzten siebzig Jahren zeigen die jeweiligen Schwerpunkte der Auseinandersetzung mit „Ewiggestrigen", mit Rechtsextremismus und den Versuchen zum Umschreiben der Geschichte. Früher als die beiden anderen Opferverbände – der KZ-Verband und die *ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten* – haben die Freiheitskämpfer, unter dem Einfluss von Rosa Jochmann, die Bedeutung der Aufnahme von Vertretern der nachfolgenden Generationen erkannt, um den Bestand der Organisation zu sichern und die Erinnerungsarbeit in die Zukunft zu tragen. Der Band dokumentiert auch die sozialpolitische Funktion der Opferverbände, die im Rahmen der Opferfürsorge beratend sowohl für Mitglieder als auch für Behörden tätig sind.

Von den beiden anderen Verbänden unterscheiden sich die Freiheitskämpfer unter anderem dadurch, dass sie sich als Teil der Sozialdemokratie verstehen. Die Mitgliedschaft war lange Zeit unmittelbar mit der Parteizugehörigkeit zur SPÖ gekoppelt, während der KZ-Verband auch in den Jahrzehnten, in denen er maßgeblich von der KPÖ beeinflusst wurde, eine überparteiliche Organisation bildete, in der auch Mitglieder der ÖVP und SPÖ ihren Platz fanden. Die Zugehörigkeit zur SPÖ beinhaltete auch einen politischen Auftrag: „mahnendes Gewissen" innerhalb der Sozialdemokratie zu sein – eine Aufgabe, der sich der Bund bereits zu stellen hatte, als der Wettlauf der SPÖ mit der ÖVP um die Stimmen der ehemalige Nationalsozialisten Ende der 1940er Jahre einsetzte.

**Winfried R. Garscha**

*Widerstand und Verfolgung in der Steiermark. ArbeiterInnenbewegung und PartisanInnen 1938–1945, hg. vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes. Graz: CLIO 2019, 760 S., 25 Euro*

Das Erscheinen des Bandes „Widerstand und Verfolgung in der Steiermark" verführt den Rezensenten zu persönlichen Erinnerungen an den Beginn der 1980er Jahre. Damals hatte Wolfgang Neugebauer als wissenschaftlicher Leiter des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes in Graz sowohl im universitären, als auch im außeruniversitären Bereich nach Mitarbeitern gesucht, um die in Wien begonnene Reihe mit Forschungen über die Steiermark weiterzuführen. Kartons mit kopierten Materialien wurden vom DÖW an das Geschichte-Institut der Karl-Franzens-Universität geliefert und sollten den Startschuss für dieses Projekt liefern. Ich nahm an einer ersten Besprechung teil, nachdem ich kurz zuvor mein Geschichtestudium abgebrochen hatte. Danach hörte ich nichts mehr davon und das Projekt versandete.

1991 wurde das Steiermark-Projekt vom DÖW neu angekurbelt. In diesem Jahr waren die bislang letzten Beiträge zur Bundesländer-Edition „Widerstand und Verfolgung" erschienen, womit die Reihe seit 1975 auf insgesamt 13 Bände angewachsen war. In der Tatsache, dass die Steiermark erst verhältnismäßig spät in Angriff genommen wurde, spiegeln sich auch einige Charakteristika dieses Bundeslands. So beispielsweise die den regionalen Archiven noch vor wenigen Jahrzehnten vorstehende Beamtenschaft, die peinlich darüber wachte, dass über ihre austrofaschistische und deutschnational-nazistische Klientel nichts Ungünstiges oder „Gefährliches" nach außen dringe – und somit unbefangenes zeitgeschichtliches Forschen weitgehend einschränkte. Andererseits war die universitäre Grazer Geschichtswissenschaft – auch weil sie mit vielen Personen aus

dem konservativen und deutschnational-NS-affinen Lager ausgestattet war – an jüngerer österreichischer Geschichte, so es sich nicht um Herrschaftsgeschichte handelte, uninteressiert. Vor diesem Hintergrund wollte sich am Thema „Widerstand und Verfolgung" niemand die Finger verbrennen. Erst nach 1984, als ein Lehrstuhl für Zeitgeschichte eingerichtet und mit Helmut Konrad besetzt wurde, begann sich dies langsam zu ändern.

Äußerlich unterscheidet sich der nun erschienene, 760 Seiten starke Band von den vorangegangenen Editionen: Hatten die bisherigen Bände ein rotes Cover, schuf der Grafiker des Clio-Verlags Georg Rigerl nun einen weißen Einband, auf dem der Stacheldraht der vorangegangenen DÖW-Bände zitiert und zugleich verdreifacht wird. Die Jahre der austrofaschistischen Diktatur 1934 bis 1938 werden ausgespart und die Untersuchung auf den organisierten Widerstand der ArbeiterInnenbewegung zwischen 1938 und 1945 und den bewaffneten Widerstand gegen den Nationalsozialismus beschränkt. Der letztere umfasst den Partisanenkampf auf dem Gebiet der Steiermark, die österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien, den Kampfeinsatz bei den Alliierten und schließlich (als zeitliche Ausnahme) die Freiwilligen im Spanienkrieg in den Jahren 1936 bis 1939.

Die umfangreiche Einführung zu den im Buch behandelten Themenkomplexen stammt von Heimo Halbrainer, dem wissenschaftlichen Leiter des Grazer Geschichtsvereins CLIO. Die herausragende Rolle Halbrainers auf diesem Forschungsgebiet spiegelt sich unter anderem auch im Literaturverzeichnis des Buches wider, in dem auf nahezu

vier Seiten (von insgesamt acht) 42 von ihm verfasste Publikationen aufscheinen. Strukturell hält sich der Band weitgehend an das ursprüngliche Konzept der Reihe. Die in der Edition abgedruckten Quellen stützen sich im Wesentlichen auf die im DÖW gesammelten Materialien, u.a. auf Akten der NS-Justiz und die darin enthaltenen Ermittlungsakten der Gestapo. Darüber hinaus wurden Unterlagen aus zahlreichen Archiven im In- und Ausland herangezogen, neben verschiedenen österreichischen auch Archive in Großbritannien und Russland oder aus dem Bundesarchiv in Berlin. Die Einführung Halbrainers bietet einen Überblick über diese Dokumente und stellt, wo erforderlich, Zusammenhänge her. Der Editionsteil wurde von Elisabeth Holzinger, Manfred Mugrauer und Wolfgang Neugebauer erarbeitet.

Die organisierte politische Bewegung der österreichischen Arbeiterinnen und Arbeiter war die bedeutendste und zahlenmäßig größte Gruppe des antifaschistischen Widerstands in unserem Land. Davon sieht man seit langem gerne ab, wenn man den Fokus ausschließlich auf die Opfer des Nationalsozialismus richtet. Deshalb ist es von besonderer Bedeutung, dass mit diesem Werk wieder dem aktiven Widerstand in diesem Bundesland neue Aufmerksamkeit geschenkt wird. Dass der organisierte sozialistische Widerstand lediglich kurz nach dem „Anschluss“ (und gegen Ende der NS-Herrschaft) von Bedeutung war, hat damit zu tun, dass dieser einerseits früh zerschlagen wurde, andererseits seitens der Leitung der früheren Revolutionären Sozialisten jegliche organisierte und aktionistische Tätigkeit für sinnlos erachtet wurde und die AnhängerInnen aufgefordert wurden, diese einzustellen. Jene Sozialistinnen und Sozialisten, die widerständig bleiben wollten, versuchten dies in der Folge individuell oder im Rahmen der kommunistischen Strukturen oder Netzwerke.

Mit 365 Seiten umfassen daher die Dokumente über kommunistische Widerstandsgruppen mehr als die Hälfte des vorliegenden Bandes. Sie zeigen das breit gefächerte Spektrum, das von den kommunistischen Anti-Nazi-Aktivitäten abgedeckt wurde. Nicht nur im engeren Bereich der Fabriken und Bergwerke sowie der Eisenbahn entfalteten die Kommunisten und Kommunistinnen über viele Regionen der Steiermark ihre Widerstandsakte, sondern sie verfügten auch in der kulturellen Sphäre der Gesellschaft über bedeutende Kräfte, die das NS-Regime angriffen, etwa Schauspieler wie Karl Drews, Dichter wie Richard Zach oder Architekten wie Herbert Eichholzer. Es ist die Stärke einer kommentierten Sammlung wie dieser, dass sich historisch nicht gebildete Laien aufgrund ausführlich wiedergegebener Dokumente (und nicht aus dem Zusammenhang gerissener Halbsätze) selbst ein Bild machen können, welche Kräfte einander gegenübergestanden sind, welche Mittel beiden Seiten zur Verfügung standen, welche Beweggründe der Widerständigen zu welchen Konsequenzen geführt haben, wie die nationalsozialistische Staatsmacht agiert und argumentiert hat und dergleichen mehr. Wer für sein eigenes Urteil, für den Unterricht in Schulen, für die Argumentation gegenüber Ahnungslosen Quellen sucht, kann ohne große Schwierigkeiten in diesem Band fündig werden.

Was dieses Werk für Gesamtösterreich bedeutsam macht, ist die mehr als zweihundert Seiten starke Dokumentation des bewaffneten Widerstands gegen das NS-Regime. Bei der Präsentation des Buches im Steiermärkischen Landtag auf Einladung der Präsidentin Bettina Vollath Anfang April dieses Jahres wies Gerhard Baumgartner, der wissenschaftliche Leiter des DÖW, zu Recht auf die Bedeutung hin, die der bewaffnete Widerstand als „eigener Beitrag zur Befreiung“ im Sinne der Moskauer Deklaration von 1943 für Österreich hatte und hat. Im Buch ist diese Thematik vor allem auf die Abschnitte „PartisanInnenwiderstand“ und „Österreichische Freiheitsbataillone in Jugoslawien“ konzentriert. Es ist ein Dreivierteljahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs im historischen Bewusstsein der meisten Österreicherinnen und Österreicher, aber auch im Bundesland Steiermark selbst noch immer nicht in ausreichendem Maße angekommen, dass es auf dem Gebiet der heutigen Steiermark bewaffneten Partisanenkampf gab.

Den Dokumenten über die Koralmpartisanen und die Partisanengruppe Leoben-Donawitz sowie über andere, kleinere Gruppierungen ist daher weit über die Steiermark hinaus Aufmerksamkeit zu wünschen. Dasselbe gilt für den Abschnitt über die auf Initiative der KPÖ etablierten Österreichischen Freiheitsbataillone in Jugoslawien, deren Bedeutung in den Jahrzehnten nach dem Ende des NS-Regimes vor allem aus Gründen der Geopolitik und des Antikommunismus gering geschätzt und danach nahezu vergessen wurde. Naturgemäß handelte es sich nicht um eine „rein steirische“ Angelegenheit, und insofern geht dieser Abschnitt über den Widerstand „in der Steiermark“ hinaus. Er findet aber seine Berechtigung auch darin, da einerseits Verbindungen zwischen den Partisanen im Rahmen des jugoslawischen Befreiungskampfes und den beiden genannten Gruppierungen auf steirischem Boden bestanden, andererseits kämpften im ersten Freiheitsbataillon über 40 Prozent Steirer.

Der dritte und vierte Teil des Abschnitts über den bewaffneten Widerstand behandelt den Kampfeinsatz von Steirern bei den Alliierten sowie eine Dokumentation der Freiwilligen aus der Steiermark im Spanienkrieg. Abschließend wird auf lokal begrenzte überparteiliche, von Vertretern der ArbeiterInnenbewegung initiierte Widerstandsgruppen eingegangen, die sich in der Regel knapp vor dem Ende des NS-Regimes formierten, nichtsdestoweniger aber, wie z.B. die *Steirische Kampfgemeinschaft* in Graz, bei der Auflösung der NS-Herrschaft besondere Bedeutung erlangten. Somit wurde auf hohem wissenschaftlichem Niveau eine Leerstelle geschlossen. Es ist zu hoffen, dass von dieser Edition weitere Impulse zur Erforschung von Widerstand und Verfolgung in der Steiermark ausgehen werden.

**Karl Wimmler**

## In eigener Sache

Die *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft* werden vier Mal jährlich neben den Mitgliedern unserer Gesellschaft auch an zahlreiche Institutionen und Vereine, sowie an Personen im In- und Ausland, die an den Aktivitäten und Publikationen der *Alfred Klahr Gesellschaft* interessiert sind, gesendet.

Aufgrund des größeren Seitenumfangs unserer *Mitteilungen* und der höheren Posttarife sind die Kosten in den letzten Jahren stark gestiegen. Angesichts der insgesamt schwierigen finanziellen Situation bitten wir all jene, die an einem Weiterbezug der *Mitteilungen* interessiert sind und nicht Mitglied sind, ein Jahresabonnement zum Preis von 6,– Euro bzw. ein Förderabo in einer selbst zu bestimmenden Höhe zu lösen.

Sollten Sie Mitglied der AKG werden wollen, so beträgt der Jahresbeitrag 20,– Euro pro Jahr.

**Alfred Klahr Gesellschaft**
Verein zur Erforschung der
Geschichte der Arbeiterbewegung

# Die Freiheitliche Partei Österreichs: parlamentarischer Arm der extremen Rechten?

## FPÖ – Burschenschaften – Identitäre

Vortrag von Dr. **Bernhard Weidinger**
(Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes)

Der Vortrag beleuchtet die Rolle der FPÖ für den österreichischen Rechtsextremismus – seit Jahrzehnten im Parlament, inzwischen auch (wieder) in der Bundes- und mehreren Landesregierungen.
Es wird u.a. auf die Frage eingegangen, inwieweit die Partei selbst rechtsextremen Charakter aufweist, auf die Bedeutung der Burschenschafter für die Partei und ihre Beziehungen zu anderen AkteurInnen der außerparlamentarischen extremen Rechten wie der so genannten „Identitären Bewegung“.

Dr. **Bernhard Weidinger** ist Rechtsextremismus-Forscher am Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes.

Mittwoch, **26. Juni 2019**, 19.00
**transform!, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien**

**Mitteilungen der**
**Alfred Klahr Gesellschaft**

Herausgeber und Medieninhaber:
Alfred Klahr Gesellschaft
Präsident: Walther Leeb
Redaktion und Grafik: Manfred Mugrauer
MitarbeiterInnen dieser Ausgabe: Winfried R. Garscha, Gerald Grassl, Claudia Kuretsidis-Haider, Simon Loidl, Manfred Mugrauer, Bernadette Reinhold, Michael Rittberger, Helmut Rizy, Florian Schwanninger, Robert Streibel, Karl Wimmler
Adresse: Drechslergasse 42, 1140 Wien
Telefon: (+43–1) 982 10 86
E-Mail: klahr.gesellschaft@aon.at
www.klahrgesellschaft.at

Vertragsnummer: GZ 02 Z 030346 S
Österreichische Post AG
Sponsoring-Post
P.b.b., Verlagspostamt 1140 Wien

## AKG–Spendenkonto

IBAN: AT66 6000 0000 9202 3930
BIC: OPSKATWW

Vor hundert Jahren, am 3. November 1918, wurde die Kommunistische Partei Österreichs gegründet. Sie ist damit die drittälteste kommunistische Partei der Welt und die älteste Partei Österreichs mit ungebrochener Kontinuität.

Hundert Jahre KPÖ bedeuten in erster Linie hundert Jahre aufrechten Gangs Hunderttausender Menschen durch die österreichische Zeitgeschichte. Wie mehr als 2.000 Abbildungen zeigen, waren die österreichischen KommunistInnen in Politikfeldern aktiv, die sich wie eine Konstante durch sämtliche Perioden der Parteigeschichte ziehen: in Betrieben und Gemeinden, sozialen Kämpfen, friedenspolitisch, frauenpolitisch und im antifaschistischen Kampf. Hinzu kommt ein „Internationalismus der Tat“, der für alle Phasen der KPÖ-Geschichte kennzeichnend ist. Die KPÖ war dabei nicht nur eine politische und soziale Emanzipationsbewegung, sondern auch eine Kulturbewegung.

Manfred Mugrauer (Hg.): **Partei in Bewegung.** 100 Jahre KPÖ in Bildern
Wien: Globus-Verlag 2018, 448 S., mit ca. 2.300 Abbildungen, 39,90 Euro
Erhältlich beim Bundesvorstand der KPÖ (*bundesvorstand@kpoe.at*).